



DER GLOBALE RECHTSINDEX DES IGB 2025

DIE SCHLIMMSTEN
LÄNDER DER WELT
FÜR ERWERBSTÄTIGE
MENSCHEN

INHALT

VORWORT	4
Globale Trends für Erwerbstätige Menschen	9
Auf einen Blick	15
Die Ratings 2025	18
Die schlimmste Region der Welt	27
Die zehn schlimmsten Länder für Erwerbstätige Menschen	39
Die weltweit häufigsten Rechtsverletzungen	50
Der Globale Rechtsindex erklärt	64
Beschreibung der Ratings	65
Liste der Indikatoren	66

VORWORT

Dies ist die 12. Ausgabe des Globalen Rechtsindex des IGB, der einzigen umfassenden, weltweiten jährlichen Untersuchung von Verletzungen der Arbeitnehmerrechte - Freiheiten, die die Grundlage demokratischer Rechtsstaatlichkeit und fairer Arbeitsbedingungen für alle bilden.

Aus dem diesjährigen Index geht eine erhebliche und sich weiter verschärfende weltweite Krise für arbeitende Menschen und Gewerkschaften hervor. Im Jahr 2025 haben sich die durchschnittlichen Länderratings in drei von fünf Regionen verschlechtert, wobei Europa und Gesamtamerika die schlechteste Bewertung seit der Einführung des Index im Jahr 2014 erhielten. Erschreckenderweise haben nur sieben der 151 untersuchten Länder die Bestnote erhalten. Die Daten zeigen eine starke Eskalation der Verletzungen grundlegender Rechte, einschließlich des Zugangs zur Justiz, des Rechtes auf Rede- und Versammlungsfreiheit sowie des Rechtes auf Tarifverhandlungen.

Unter diesen zunehmend feindseligen Rahmenbedingungen verabschieden immer mehr Staaten Gesetze, die zivilgesellschaftliche Organisationen - und potenziell auch Gewerkschaften - als "ausländische Agenten" kriminalisieren und ihre Rolle weiter delegitimieren. Die Verstöße gegen das Streikrecht und das Recht auf die Gründung einer Gewerkschaft sind nach wie vor rekordverdächtig und unterstreichen das immer härtere Vorgehen gegen die Grundfreiheiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir erleben einen Putsch gegen die Demokratie: einen konzertierten, anhaltenden Angriff seitens staatlicher Behörden und Unternehmen auf die Rechte und das Wohlergehen arbeitender Menschen. Dieser Angriff wird zunehmend von rechtsextremen Demagogen orchestriert, die von Milliardären unterstützt werden, denen es darum geht, die Welt in ihrem eigenen Interesse und auf Kosten einfacher Beschäftigter umzugestalten.



Foto: Galo Paguay / AFP

*Gewerkschaften und
Arbeitnehmerorganisationen
setzen sich in Ecuador
im Schatten einer
langen Geschichte der
Unterdrückung weiterhin für
Arbeitnehmerrechte ein.*

Der Index 2025 ist ein dringender Aufruf zum Handeln, um sich diesem Putsch gegen die Demokratie zu widersetzen, bevor irreparabler Schaden angerichtet wird. Die Kampagne des IGB *Für Demokratie, die liefert* zielt darauf ab, Beschäftigte und Gewerkschaften zur Verteidigung unserer Rechte und im Streben nach einer gerechteren Zukunft für alle zu vereinen. Als größte demokratische Bewegung der Welt verkörpert die Gewerkschaftsbewegung die kollektive Macht arbeitender Menschen überall. Gemeinsam können wir eine nachhaltige Welt aufbauen, in der alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Grundrechte und -freiheiten wahrnehmen können.

2025:

In 72% der Länder hatten Beschäftigte keinen oder eingeschränkten Zugang zur Justiz, ein deutlicher Anstieg gegenüber 65% im Jahr 2024 und der höchste bislang im Index verzeichnete Wert überhaupt. Auf den **Philippinen** sind Anklagen gegen

aktive Gewerkschaftsmitglieder, die 2018 humanitäre Hilfe für vertriebene indigene Gemeinschaften geleistet hatten, weiterhin anhängig, und im **Iran** werden zwei französische Gewerkschafter nach ihrer Verhaftung im Jahr 2022 wegen falscher Anschuldigungen im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit weiterhin unrechtmäßig unter harten Bedingungen festgehalten.

Über Angriffe auf das Recht auf Rede- und Versammlungsfreiheit wurde in 45% der Länder berichtet – ein Rekordhoch für den Index und eine Erhöhung gegenüber 43% im Jahr 2024. In **Benin**

wurden Beschäftigte bei Feierlichkeiten am 1. Mai festgenommen, woran die zunehmende Unterdrückung öffentlicher Meinungsäußerungen deutlich wurde.

In der **Russischen Föderation** gelten nach wie vor drakonische "Covid"-Beschränkungen für öffentliche Veranstaltungen, die es den Behörden gestatten, Gewerkschaftsversammlungen unter dem Vorwand von Gesundheitsmaßnahmen zu verbieten.

Das Streikrecht wurde in 87% der Länder verletzt, unverändert gegenüber dem Indexhoch von 131 Ländern im Jahr 2024. In **Kamerun** wurde

ein Saisonarbeiter während einer Zuckerarbeiter-Demonstration bei SOSUCAM für bessere Löhne und sicherere Bedingungen von der Polizei getötet. Im **Irak** wurden streikende Ölarbeiter während eines Protestes im Zusammenhang mit ihrem Beschäftigungsstatus von der Polizei angegriffen und verletzt.

Das Recht auf die gesetzliche Zulassung von Gewerkschaften wurde in 74% der Länder behindert, unverändert gegenüber 2024, dem schlechtesten Wert seit Indexbeginn. In **Kenia** wurde rund 600 Verkehrsbediensteten das Recht auf die Gründung einer Gewerkschaft verweigert, weil ihre Aufgaben falsch eingestuft worden waren und eine Gewerkschaftsmitgliedschaft Beschränkungen unterlag. In **Pakistan** hat ein Gericht 62 Gewerkschaften für ungesetzlich erklärt und damit die Rechte von Millionen öffentlich Bediensteten verletzt.

Das Recht auf Tarifverhandlungen wurde in 80% der Länder (121) eingeschränkt, ein Anstieg gegenüber



Foto: Kemal Aslan / AFP

Die türkische Polizei nimmt während einer Kundgebung in Istanbul am 1. Mai 2024 eine Person in Gewahrsam, als die Protestierenden versuchen, zum verbotenen Taksim-Platz zu marschieren. In der ganzen Stadt kam es am Internationalen Tag der Arbeit im Rahmen eines massiven Polizeieinsatzes zu Dutzenden Festnahmen. Die Türkei gehört weiterhin zu den zehn schlimmsten Ländern für erwerbstätige Menschen.

79% im Jahr 2024. In **Frankreich** wurden fast vier von zehn Tarifverträgen ohne Gewerkschaftsvertretung von den Arbeitgebern im Alleingang aufgezwungen. In **Schweden** hat Elon Musks Tesla Verhandlungen vollkommen vermieden und Streikende durch Streikbrecher ersetzt, anstatt sich auf Tarifverhandlungen einzulassen.

In 71 Ländern (47%) wurden Beschäftigte festgenommen und/oder inhaftiert, eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Rekordhoch von 74 Ländern im Jahr 2024, aber fast doppelt so viele wie 2014. In **Kambodscha** wurde ein Gewerkschaftsvorsitzender verurteilt, weil er in den sozialen Medien die Verhaftung eines Casino-Beschäftigten kritisiert hatte, und in **Hongkong** wurden aktive Gewerkschaftsmitglieder, darunter zwei Gewerkschaftsvorsitzende, wegen ihrer Beteiligung am demokratischen Wahlverfahren verurteilt.

In drei von vier Ländern wurde Beschäftigten das Recht auf die Gründung von und den Beitritt zu Gewerkschaften verweigert, unverändert gegenüber 2024. In **Malaysia** hat das globale Verpackungsunternehmen Amcor eine Gewerkschaftssekretärin im Rahmen seiner auf die Zerschlagung von Gewerkschaften abzielenden Kampagne ungerechtfertigterweise entlassen, und in **Kanada** hat Jeff Bezos' Amazon auf die Gründung der ersten dortigen Gewerkschaft mit der Schließung seiner Standorte in Quebec reagiert, was 2.000 Arbeitsplatzverluste zur Folge hatte.

In 26% der Länder waren Beschäftigte Gewalt ausgesetzt, gegenüber 29% im Jahr 2024. In **Haiti** überfielen bewaffnete Banditen das Haus eines Gewerkschaftsvorsitzenden und zwangen ihn, mit seiner

Familie zu fliehen. In **Simbabwe** haben Schläger fünf Gewerkschafter gewaltsam daran gehindert, an einer Veranstaltung zum Tag der Arbeit in einer Lithiummine teilzunehmen.

Die zehn schlimmsten Länder für erwerbstätige Menschen sind im Jahr 2025 **Ägypten, Bangladesch, Belarus, Ecuador, Eswatini, Myanmar, Nigeria**, die **Philippinen, Tunesien** und die **Türkei**.

Das Rating von sieben Ländern hat sich verschlechtert: **Argentinien, Costa Rica, Georgien, Italien, Mauretanien, Niger** und **Panama**. Drei Länder konnten ihr Rating verbessern: **Australien, Mexiko** und **Oman**.

Das Rating von sieben Ländern hat sich verschlechtert: **Argentinien, Costa Rica, Georgien, Italien, Mauretanien, Niger** und **Panama**. Drei Länder konnten ihr Rating verbessern: **Australien, Mexiko** und **Oman**.

Verschlechterung der Lage in drei Regionen

Auf regionaler Ebene sind die Bedingungen für die Beschäftigten weiterhin erheblichem Druck ausgesetzt, wobei sich die Bewertungen von drei der fünf betrachteten Regionen verschlechtert haben. **Europa** und **Gesamtamerika** haben die schlechtesten Werte seit der Einführung des Index zu verzeichnen.

Nahost/Nordafrika bleibt mit einem durchschnittlichen Länderrating von 4,68, eine nur geringfügige Verbesserung gegenüber dem bis dahin schlechtesten Ergebnis von 4,74 im Jahr 2024, die weltweit schlechteste Region, was die Arbeitnehmerrechte anbelangt. Das Recht auf Tarifverhandlungen, auf die Gründung von oder den Beitritt zu Gewerkschaften und auf die Zulassung von Gewerkschaften wurde in jedem einzelnen Land dieser Region verletzt.

Mit einem durchschnittlichen Rating von 4,08 gegenüber 4,13 im Jahr 2024 hat die Region **Asien/Pazifik** zum dritten Mal in Folge eine geringfügige Verbesserung zu verzeichnen. Die Zahl der an Beschäftigten begangenen Gewalttaten hat sich jedoch fast verdoppelt, und die Rede- und Versammlungsfreiheit wurde in mehr Ländern unterbunden.

Afrika hat das bisher zweitschlechteste Ergebnis der Region und mit 3,95 eine Verschlechterung gegenüber 3,88 im Jahr 2024 zu verzeichnen. Das Recht auf Streik, auf Tarifverhandlungen sowie auf die Gründung von und den Beitritt zu Gewerkschaften wurde in mehr als neun

von zehn Ländern verletzt. **Nigeria** gehört zum ersten Mal zu den zehn schlimmsten Ländern.

Das durchschnittliche Rating **Gesamtamerikas** hat sich von 3,56 im Jahr 2024 auf 3,68 verschlechtert, das schlechteste Ergebnis seit Beginn des Index. Die Zulassung von Gewerkschaften wurde in 92% der Länder behindert, und in sechs von zehn Ländern wurden Beschäftigte von den Behörden inhaftiert.

Obwohl **Europa** im Durchschnitt nach wie vor die am wenigsten repressive Region für arbeitende Menschen ist, hat sich die Lage im Verlauf der letzten vier Jahre doch kontinuierlich verschlechtert. Das Durchschnittsrating hat sich von 2,73 im Jahr 2024 auf 2,78 verschlechtert, das schlechteste Ergebnis seit Beginn des Index. In 52% der Länder hatten Beschäftigte keinen oder nur begrenzten Zugang zur Justiz, ein drastischer Anstieg gegenüber 32% im Jahr 2024.

Ein wichtiges Instrument im Kampf für Freiheiten

Der erstmals im Jahr 2014 veröffentlichte Globale Rechtsindex des IGB bewertet den Zustand der Arbeitnehmerrechte weltweit gemessen an internationalem Recht und multilateralen Vereinbarungen.

Länder, für die keine ausreichenden arbeitnehmerrechtsrelevanten Informationen vorliegen oder diese nicht gemäß unserer Methodik überprüft werden können, wurden in der diesjährigen Analyse nicht berücksichtigt. Der IGB arbeitet jedoch daran, alle Länder der Welt in den Index aufzunehmen.

Angefangen mit Bewertungen für zunächst 131 Länder analysiert der Index mittlerweile in 151 Ländern - und den Unternehmen, die dort Geschäfte machen - inwieweit die Rechte und Freiheiten arbeitender Menschen eingehalten werden. Er ist der einzige Index, der eine umfassende globale Auswertung von Verstößen und Ratings für einzelne Länder und Regionen liefert. Als solcher zeichnet er das deutlichste verfügbare Bild der Arbeitsbedingungen einfacher Menschen und der Gewerkschaften, die ihre Rechte in einer Welt verteidigen, die von den Eigeninteressen von Regierungen, Unternehmen und Superreichen geprägt ist.

Die umfangreichen Untersuchungen, die dem Index zugrunde liegen, stützen sich auf eine breite Basis direkter Berichte von Mitgliedsorganisationen und zeigen neue Arbeitstrends in der ganzen Welt auf.

Im diesjährigen Index stechen drei Trends hervor:

- Der zunehmende Autoritarismus bei der Politikgestaltung.
- Der Missbrauch von Gesetzen über "ausländische Einflussnahme" zur Unterdrückung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung.
- Der inspirierende weltweite Einsatz der Gewerkschaften für die Wiedereinforderung der Arbeitnehmerrechte.

Ich empfehle, den Abschnitt "Globale Trends" am Ende dieses Berichtes zu lesen, um diese drei wichtigen Entwicklungen besser zu verstehen.

Ein Putsch gegen die Demokratie

Die Ergebnisse des diesjährigen Globalen Rechtsindex des IGB sind ein weiterer Beweis dafür, dass unsere demokratischen Freiheiten von einer immer kleineren Zahl von Menschen angegriffen werden, die ein zunehmend unverhältnismäßig großes Stück des Kuchens kontrollieren. Ein winziger Teil der Weltbevölkerung - weniger als 1% - hat heute die Kontrolle über fast die Hälfte des weltweiten Vermögens. Diese Konzentration wirtschaftlicher Macht ermöglicht es einer kleinen Gruppe von Milliardären, auch mit Blick auf Arbeitnehmerrechte und -schutz übergroßen Einfluss auf globale Entscheidungen auszuüben, die sich direkt auf das Leben der Beschäftigten auswirken, die die Weltwirtschaft am Laufen halten.

Dieser Putsch gegen die Demokratie wird vielfach von rechtsextremen Politikerinnen und Politikern und ihren nicht gewählten milliardenschweren Unterstützern orchestriert. Ob Donald Trump und Elon Musk in den USA oder Javier Milei und Eduardo Eurnekian in Argentinien, überall auf der Welt dasselbe Drehbuch für Ungerechtigkeit und Autoritarismus.

Eines der mächtigsten Instrumente, mit denen wir uns gegen die Aushöhlung der Demokratie und die Verschärfung der Ungleichheit wehren können, ist unsere kollektive Macht, indem wir arbeitende Menschen in unabhängigen Gewerkschaften organisieren. Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist die größte demokratische soziale Kraft der Welt. Sie dient der Verteidigung demokratischer Freiheiten, der Verbesserung des Lebens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Wahrung ihrer Interessen in der Welt der Arbeit. Der Beitritt zu einer Gewerkschaft bietet Schutz vor Ausbeutung und schafft eine geschlossene Front gegen die gut vernetzte globale Elite - diejenigen, die die Welt zu ihrem Vorteil umgestalten wollen, während die Beschäftigten die Kosten dafür tragen müssen.

Je stärker und umfassender die Gewerkschaftsbewegung ist, desto größer ist unsere Chance, das Blatt zu wenden - hin zu einer Demokratie, die eine gerechtere, nachhaltigere Zukunft für alle liefert.

Luc Triangle

Generalsekretär

Internationaler Gewerkschaftsbund

Protestierende der Gewerkschaft CGIL FILCAMS demonstrieren in Turin gegen Streikrechtsbeschränkungen. Das Rating Italiens hat sich von 1 im Jahr 2024 auf 2 im Jahr 2025 verschlechtert, was eine Demontage der Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten widerspiegelt.



Globale Trends für Erwerbstätige Menschen



Foto: Juan Mabromata / AFP

In Argentinien sind die Menschen immer wieder auf die Straße gegangen, um gegen die Politik des rechtsgerichteten Präsidenten Javier Milei zu protestieren, die arbeitende Menschen und vulnerable Bevölkerungsgruppen in noch größere Not gestürzt hat.

Autoritäre Regierungen und die Unterdrückung von Arbeitnehmerrechten

Der Aufstieg der extremen Rechten in der Politik hat schnell zu einer Welle von repressiven und rückschrittlichen Maßnahmen geführt, mit denen unabhängige Gewerkschaften mundtot gemacht und geschwächt werden sollen.

Dieser Angriff auf die grundlegenden Arbeitnehmerrechte und -freiheiten untergräbt unsere demokratischen Institutionen und ebnet den Weg für zunehmend autoritäre Systeme, in denen die Interessen der einfachen Menschen zugunsten der Reichen und Mächtigen geopfert werden. Typischerweise unterstützen Milliardäre und Unternehmen Politiker, die sich an diesem Schlag gegen die Demokratie beteiligen und versuchen, die Politik zu ihrem eigenen Vorteil auf Kosten der Rechte und des Wohlergehens der Beschäftigten zu gestalten.

Argentinien ist eines der besten Beispiele für den Niedergang der bürgerlichen Freiheiten und den gezielten Angriff auf Gewerkschaften und Beschäftigte unter rechtsradikalen Regierungen. Seit seinem Amtsantritt im Dezember 2023 hat Präsident Javier Milei versucht, 366 Gesetze zu ändern, um Arbeitsbedingungen und Löhne zu deregulieren, Gewerkschaftsschutz abzubauen und staatliche Unternehmen zu privatisieren.

Im Laufe des Jahres 2024 wurden mehrere Arbeitsgesetze ohne Anhörung der Gewerkschaften und unter Missachtung der breiten öffentlichen Mobilisierung gegen diese Reformen verabschiedet. Das sogenannte Omnibusgesetz verhängt den Ausnahmezustand in Verwaltungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Energiefragen und gibt dem Präsidenten für ein Jahr die Befugnis, ohne Zustimmung des Kongresses Gesetze zu reformieren oder einzuführen.

Mileis gewerkschaftsfeindliche Reformen schwächen die Rechte und Interessen von Erwerbstätigen zusätzlich, indem sie die Probezeit von drei auf sechs Monate verlängern – für Kleinstunternehmen sogar auf bis zu ein Jahr. Sanktionen gegen Arbeitgeber, die ihre Beschäftigten nicht ordnungsgemäß anmelden, wurden abgeschafft. Darüber hinaus soll ein neuer Abfindungsfonds das bestehende, auf dem Dienstalter basierende Entschädigungssystem ersetzen, was die Kosten für Entlassungen für Arbeitgeber erheblich senken wird.

Unter der Regierung von Präsident Milei sind auch die bürgerlichen Freiheiten unter Beschuss geraten. Das sogenannte Bullrich-Protokoll von 2023 – eine Maßnahme gegen Proteste – erlaubt den Sicherheitskräften, hart gegen Demonstrationen mit Straßensperren vorzugehen. Organisatoren von Protesten müssen mit harten Strafen rechnen, darunter bis zu sechs Jahre Gefängnis.

Extreme Politik und das Drehbuch der extremen Rechten

In Europa liefert die rechtsextreme Koalitionsregierung unter Petteri Orpo in **Finnland** weitere Beweise für das strategische Drehbuch, das weltweit eingesetzt wird, um Gewerkschaften zu schwächen und Arbeitnehmerrechte zu beschneiden. Trotz massiver Widerstände, darunter mehrere von Gewerkschaften organisierte Generalstreiks, hat die Regierung Orpo eine repressive und drakonische Gesetzgebungsagenda vorangetrieben.

Im Mai 2024 hat das finnische Parlament Gesetze verabschiedet, die das Streikrecht erheblich einschränken. Politische Streiks sind nur noch maximal 24 Stunden erlaubt. Auch das Recht auf Sympathie- und Solidaritätsaktionen unterliegt jetzt strengen Beschränkungen. Um Streiks besser einschränken zu können, wurden der Seeverkehr und der öffentliche Nahverkehr zu systemrelevanten Diensten erklärt.

Gewerkschaften drohen Geldstrafen von bis zu 150.000 Euro für die Ausrufung von Streiks, die später für illegal erklärt werden – fünfmal so viel wie bisher. Einzelne Beschäftigte können für die Teilnahme an einem „illegalen“ Streik mit einer Geldstrafe von 200 Euro belangt werden, zahlbar direkt an ihren Arbeitgeber. Bemerkenswert: Für Arbeitgeber, die gegen Tarifverträge verstoßen, sind keine höheren Strafen vorgesehen. Unter der Führung von Orpo wurde die langjährige dreigliedrige Zusammenarbeit in Finnland zu einer reinen Formalität reduziert, sodass die Gewerkschaften kaum noch Einfluss auf Arbeitsreformen haben.

In den **USA** hat die Regierung von Donald Trump die kollektiven Rechte von Beschäftigten massiv eingeschränkt und gewerkschaftsfeindliche Milliardäre in die Politik gebracht.

Kurz nach seinem Amtsantritt kündigte Präsident Trump an, dass keine Tarifverträge, die innerhalb von 30 Tagen nach seiner Amtseinführung mit Bundesbeschäftigten abgeschlossen werden, genehmigt werden. Seine Regierung hat außerdem Schritte unternommen, um 47.000 Beschäftigten der US-amerikanischen Bundesbehörde für die Sicherheit im Luftverkehr den gewerkschaftlichen Schutz und damit auch das Recht auf Tarifverhandlungen zu entziehen.

Im Bundesministerium für Gesundheit und Soziales bekamen etwa 80.000 Beschäftigte eine Abfindung in Aussicht gestellt, wenn sie bis Mitte März 2025 kündigen würden. Das Bildungsministerium kündigte derweil an, 1.300 Stellen zu streichen – fast die Hälfte seiner Belegschaft.

Im Januar 2025 hat Trump den Chef der Arbeitsbeziehungsbehörde (NLRB) und einen ihrer drei Vorstandsmitglieder gefeuert. Damit ist die Behörde nicht mehr beschlussfähig und kann nicht mehr für die Rechte von Beschäftigten auf gewerkschaftliche Organisation und Tarifverhandlungen eintreten und gegen unfaire Arbeitspraktiken vorgehen. Ein Bundesrichter hat Ende März die Wiedereinstellung des entlassenen Vorstandsmitglieds angeordnet.

In anderen Teilen Europas hat die rechtsextreme Regierung von Giorgia Meloni in **Italien** vorgeschlagen, Proteste und Streiks, die mit Straßen- oder Bahnblockaden einhergehen, unter Strafe zu stellen, und zwar mit Freiheitsstrafen zwischen sechs Monaten und zwei Jahren. Ein Gesetzentwurf sieht außerdem vor, dass die Polizei bei Aktivitäten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Überwachungsgeräte tragen darf.

In **Belgien** stellt ein neues Gesetz „böswillige Angriffe auf die Staatsgewalt“ während Protesten unter Strafe, trotz starker Einwände des Föderalen Instituts für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte. Die neue Koalitionsregierung unter Führung der rechtsgerichteten, neoliberalen N-VA drängt nun auf ein gerichtliches Verbot öffentlicher Demonstrationen.

Ausweitung der Gesetze über „ausländische Agenten“: eine Gefahr für demokratische Rechte

In immer mehr Ländern nutzen die Behörden ihre Befugnisse, um die unabhängige Arbeiterbewegung, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Medien zu stigmatisieren, zu schwächen, und ihre Mittel einzuschränken. Diese Taktik wird von autoritären Regimes eingesetzt, um abweichende Meinungen und die Pressefreiheit zu bekämpfen.

Neue Gesetze gegen sogenannte „ausländische Einflussnahme“ sehen strikte Kontrollen für Nichtregierungsorganisationen vor, die als Empfänger „ausländischer Gelder“ eingestuft werden und „politische Aktivitäten“ betreiben. Die Definitionen dieser Begriffe sind oft bewusst weit gefasst und vage, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, die sich in autoritären Staaten für Rechte und Freiheiten einsetzen.

Dieser zutiefst besorgniserregende Trend hat sich in Ländern wie **Algerien, Belarus, Indien, Kasachstan, Kenia, Kirgisistan, den Philippinen und Uganda** etabliert, und es gibt Anzeichen dafür, dass weitere Regierungen Gesetze gegen „ausländische Einflussnahme“ verabschieden, um Beschäftigte zu verfolgen und Grundfreiheiten wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit einzuschränken. Hier ist wichtig zu erwähnen, dass das Streikrecht ein wesentlicher Bestandteil dieser Grundfreiheiten ist.

Diese Gesetze werden oft unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit eingeführt, normalerweise ohne Absprache mit den Gewerkschaften. Sie erweitern die Überwachungsbefugnisse des Staates und verhindern, dass Gewerkschaften Unterstützung von internationalen Gewerkschafts- oder Menschenrechtsorganisationen bekommen. Diese Maßnahmen schränken nicht nur die Ressourcen ein, sondern unterdrücken auch politische Gegenstimmen und verbreiten das schädliche Narrativ, dass die Arbeiterbewegung unpatriotisch sei oder unter ausländischem Einfluss stehe. Ein solches Narrativ diskreditiert den Ruf von Gewerkschaftsmitgliedern und bestärkt repressive staatliche Behörden und ausbeuterische Arbeitgeber in ihrem Handeln.

Gesetze gegen ausländische Einflussnahme zielen auf Dissidenten ab

Im Mai 2024 hat Georgien ohne Konsultation der Gewerkschaften ein Gesetz zur „Transparenz ausländischer Einflussnahme“ verabschiedet. Nach diesem Gesetz müssen nichtkommerzielle juristische Personen – darunter auch Gewerkschaften – sich als „Organisation, die die Interessen einer ausländischen Macht verfolgt“ registrieren lassen, wenn mehr als 20 % ihrer jährlichen Einnahmen aus einer solchen Quelle stammen. Dies gilt auch für internationale Gewerkschaften.

Organisationen, die im nationalen Register aufgeführt sind, müssen jährliche Finanzberichte vorlegen und werden von einer nicht näher definierten „vom Justizministerium bevollmächtigten Person“ überwacht und geprüft. Die Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen kann mit Geldstrafen zwischen 5.000 und 25.000 GEL (etwa 1.850 bis 9.250 US-Dollar) geahndet werden.

Im März 2024 hat **Hongkong** die Nationale Sicherheitsverordnung (NSO) durchgesetzt, die angeblich „große Lücken in der nationalen Sicherheit schließen“ soll. Durch die Einführung weit gefasster Straftatbestände im Zusammenhang mit Hochverrat, Aufruhr, Aufwiegelung, Volksverhetzung und Einmischung von außen, die die nationale Sicherheit gefährden, schränkt das Gesetz den zivilgesellschaftlichen Raum und die Gewerkschaftsarbeit weiter ein.

Ein neu geschaffenes Delikt – „Absprache mit ausländischen Kräften“ – stellt die Zusammenarbeit von lokalen Gewerkschaftsmitgliedern und internationalen Gewerkschaften oder Menschenrechtsorganisationen unter Strafe. Andere Bestimmungen zielen auf eine äußerst weit gefasste Definition der „rechtswidrigen Offenlegung“ von Staatsgeheimnissen und Spionage ab, wobei Freiheitsstrafen von sieben bis zehn Jahren vorgesehen sind, wenn „ausländische Kräfte“ beteiligt sind. Diese Straftatbestände umfassen den „Zugang, die Beschaffung, die Weitergabe und die Veröffentlichung“



Die im Exil lebende 19-jährige Aktivistin Chloe Cheung aus Hongkong begeht zusammen mit anderen Aktivistinnen und Aktivisten den ersten Jahrestag der Inkraftsetzung von Artikel 23 der Verordnung über die nationale Sicherheit Hongkongs, mit dem das von Peking aufgezwungene nationale Sicherheitsgesetz, das Sezession, Subversion, Terrorismus und geheime Absprachen mit ausländischen Kräften unter Strafe stellt, weiter ausgeführt wird.

praktisch aller Informationen, die Gewerkschaften für politische Interessenvertretung oder Kampagnen nutzen könnten.

Gewerkschaften dürfen ab jetzt nicht mehr mit internationalen Überwachungsbehörden zusammenarbeiten oder Informationen mit ihnen teilen. Die Strafen dafür können bis zu 20 Jahre Gefängnis betragen. Gewerkschaftsmitglieder können bis zu 14 Jahre ins Gefängnis kommen, wenn sie wegen „Handlungen, die die nationale Sicherheit gefährden“ verurteilt werden.

Die NSO gilt auch außerhalb des Staatsgebiets. Im Juni 2024 wurden der ehemalige Geschäftsführer der Hong Kong Confederation of Trade Unions (HKCTU), Christopher Mung, und sechs weitere Aktivist*innen im Exil nach Haftbefehlen vom Juli 2023 gemäß dem NSO als flüchtig eingestuft. Mung wurde wegen einer Rede angeklagt, die er auf einer internationalen Gewerkschaftstagung gehalten hatte. Sein Reisepass wurde eingezogen, und es wurde anderen Personen untersagt, ihm zu helfen.

Das Gesetz über sogenannte „nichtkommerzielle Organisationen“ der **Russischen Föderation** verlangt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen (also auch Gewerkschaften) mit ausländischer Finanzierung sich als „ausländische Agenten“ registrieren lassen. Diese Einstufung kann jährliche Prüfungen, geplante und unangekündigte Kontrollen sowie Einschränkungen bei Kampagnen und öffentlichen Veranstaltungen bedeuten. Bei Verstößen drohen Geldstrafen von bis zu 500.000 Rubel (etwa 5.500 US-Dollar).

Das Gesetz von 2022 zur „Kontrolle der Aktivitäten von Personen unter ausländischem Einfluss“ legt den Begriff „ausländischer Einfluss“ ziemlich weit aus, so dass auch finanzielle oder andere Unterstützung von internationalen und ausländischen Organisationen darunterfällt. Verstöße gegen dieses Gesetz können zur Auflösung der Organisation führen. Interessanterweise sind Arbeitgeberverbände von diesen Gesetzen ausgenommen, Gewerkschaften aber nicht.

Gewerkschaften leisten Widerstand

Wie dieser Bericht deutlich macht, ist die Rolle unabhängiger Gewerkschaften mit Blick auf die Rechenschaftspflicht der Mächtigen, die Verteidigung demokratischer Freiheiten und den Schutz der Interessen der arbeitenden Bevölkerung wichtiger denn je.

Trotz zunehmender Hinweise auf einen konzertierten und anhaltenden Angriff auf Arbeitnehmerrechte und -interessen leisten Gewerkschaften weltweit erfolgreich Widerstand. Mit ihrer kollektiven Macht setzen sie sich gegen Niederschlagung zur Wehr, erreichen bessere Arbeitsbedingungen, fordern bürgerliche Freiheiten zurück und widersetzen sich der Straffreiheit von Staaten und Unternehmen.

Im Zentrum dieses Kampfes stehen häufig multinationale Unternehmen, die sich durch gewerkschaftsfeindliche Praktiken und Missachtung von Arbeitnehmerrechten und –wohlergehen einen Namen gemacht haben, insbesondere bei ihren Geschäften im Ausland. Die Verstöße reichen von schlechten Arbeitsbedingungen bis hin zu gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen. Aufgrund von Lücken und Unzulänglichkeiten in der internationalen Regulierung und deren Durchsetzung ist es nach wie vor schwierig, diese großen Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen.

Ein großer Erfolg für die Beschäftigten von DHL

In einem historischen Sieg für Arbeitnehmerrechte in der **Elfenbeinküste** haben die Beschäftigten von DHL im Mai 2024 zum ersten Mal Gewerkschaftsvertretungen. Dieser Durchbruch war ein hart erkämpfter Sieg für die Gewerkschaft Syndicat National des Agents des Postes et Télécommunication (SYNAPOSTEL), die der UNI Global Union angeschlossen ist, und folgte nach jahrelangen hartnäckigen Organisierungsbemühungen auf regionaler und globaler Ebene.

Zehn Vertreter wurden gewählt, um mehr als 100 Beschäftigte zu vertreten. Die Wahl wurde zum Teil durch das deutsche Sorgfaltspflichtgesetz von 2023 ermöglicht, das große Arbeitgeber verpflichtet, Menschenrechte und Umweltstandards in ihren Lieferketten zu achten.

Frühere Versuche, Wahlen im Jahr 2016 zu organisieren, waren gescheitert, weshalb SYNAPOSTEL, unterstützt von UNI, die Arbeitsaufsichtsbehörde des Landes um Vermittlung bat. Eine Wende kam 2019 mit der Gründung der DHL Alliance, einem Gewerkschaftsnetzwerk, das die Beschäftigten von DHL in Afrika vertritt und von der deutschen UNI-Mitgliedsorganisation ver.di unterstützt wird. Im selben Jahr unterzeichneten DHL, UNI und die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) ein OECD-Protokoll, in dem sie sich zu einem kontinuierlichen, konstruktiven Dialog über Arbeitsfragen verpflichteten. Die Nationale Gewerkschaft der Beschäftigten von DHL-Côte d'Ivoire (SYNAT DHL CI) wurde 2022 offiziell gegründet.

Die Beschäftigten von DHL in der Elfenbeinküste haben zum ersten Mal eine Gewerkschaftsvertretung gewählt – ein bahnbrechender Erfolg und ein ermutigendes Beispiel für den Widerstand der Gewerkschaften überall auf der Welt.



Foto: UNI Global

Kanadas neues „Anti-Streikbrecher-Gesetz“

Nach intensiven Beratungen mit den Gewerkschaften verabschiedeten die Abgeordneten in **Kanada** im Juni 2024 einstimmig ein seit langem erwartetes Gesetz gegen Streikbrecher. Künftig ist es Arbeitgebern untersagt, während eines Streiks Ersatzbeschäftigte für gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer*innen heranzuziehen, es sei denn, es besteht eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit und Sicherheit oder für das Eigentum des Arbeitgebers. In solchen Fällen müssen sich Arbeitgeber und Gewerkschaften innerhalb von 15 Tagen nach der Verhandlungsaufforderung darüber einigen, welche Arbeiten während des Streiks fortgesetzt werden sollen. Kann keine Einigung erzielt werden, schaltet sich das Canada Industrial Relations Board ein und trifft eine Entscheidung.

Mit dem neuen Gesetz wurden in einem Land, in dem Gesetze und Vorschriften die Organisation und Teilnahme von Beschäftigten an Streiks nach wie vor einschränken, bedeutende Fortschritte erzielt.

Unterstützung für Wanderarbeitskräfte und Bergleute in Mauritius

Wanderarbeitskräfte gehören zu den am stärksten ausgebeuteten und verfolgten Gruppen von Beschäftigten. Aufgrund staatlicher Unterdrückung haben sie oft Schwierigkeiten, Gewerkschaften beizutreten oder zu gründen, werden schlecht bezahlt und von Arbeitgebern schikaniert.

Auf **Mauritius** kämpft der Gewerkschaftsbund CTSP für den Schutz von Wanderarbeitskräften, die häufig Opfer von Schuldknechtschaft sind und Einschüchterungen durch ihre Arbeitgeber ausgesetzt sind. Die meisten Wanderarbeitskräfte sind in der verarbeitenden Industrie, darunter in der Textil- und Bekleidungsindustrie, tätig und kommen aus Ländern wie **Bangladesch, China, Indien, Madagaskar, Nepal** und **Sri Lanka** nach Mauritius.

Um sie zu unterstützen, bietet der CTSP allen Vertragsarbeitern, Wanderarbeitern und schutzbedürftigen Beschäftigten eine kostenlose Gewerkschaftsmitgliedschaft an. So wird sichergestellt, dass auch Arbeitsmigrant*innen Zugang zu Informationen und Unterstützung in ihrer Muttersprache haben. Mit Unterstützung internationaler Gewerkschaften, darunter IndustriALL, bekämpft die Gewerkschaft über das Migrant Resource Centre (MRC) die illegale Abschiebung von Beschäftigten.

Bergarbeiter erzwingen Wandel in Ghana

Nachdem die Bedingungen für über 1.000 Beschäftigte prekär geworden waren, setzten sich die **Ghana** Mine Workers Union (GMWU) und andere Organisationen erfolgreich dafür ein, dass die ghanaischen Behörden die Lizenz für die zu einem ausländischen Unternehmen gehörende Bogoso-Prestea-Goldmine entzogen.

Die Beschäftigten hatten seit Januar 2024 keinen Lohn mehr erhalten, Renten und andere Leistungen waren im Rückstand, und der britische Minenbetreiber Future Global Resources (FGR) war seinen grundlegendsten Verpflichtungen gegenüber seinen Beschäftigten nicht nachgekommen. FGR hatte die Mine 2020 zu 90 % mit der Auflage erworben, in den Standort zu investieren und ihn zu entwickeln. Stattdessen ließ das Unternehmen die Bedingungen in der Mine weiter verschlechtern.

Die GMWU wandte sich an das ghanaische Parlament, das 10 % der Mine besitzt, und verwies auf die mangelnde finanzielle Leistungsfähigkeit von FGR, das erforderliche Kapital in den Standort zu investieren. Das Ministerium für Land und natürliche Ressourcen kündigte daraufhin am 18. September 2024 die Bergbaulizenz.

AUF EINEN BLICK

Dies ist die 12. Ausgabe des Globalen Rechtsindex des IGB.
Er dokumentiert Verletzungen international anerkannter
Arbeitnehmerrechte durch Regierungen und Arbeitgeber.

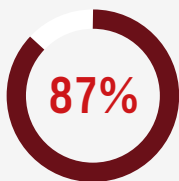
DIE SCHLIMMSTE REGION DER WELT

Nahost/
Nordafrika

DIE ZEHN SCHLIMMSTEN LÄNDER DER WELT FÜR ERWERBSTÄTIGE MENSCHEN

Bangladesch	Myanmar
Belarus	Nigeria (NEU)
Ecuador	Philippinen
Ägypten	Tunesien
Eswatini	Türkei

Arbeitnehmerrechtsverletzungen



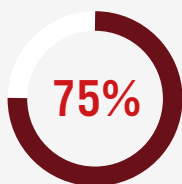
Streikrecht

87% der Länder haben das
Streikrecht verletzt.WWW



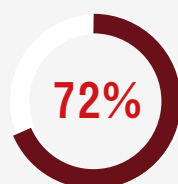
Tarifverhandlungsrecht

80% der Länder haben das
Tarifverhandlungsrecht verletzt.



Recht auf Gründung von oder den Beitritt zu Gewerkschaften

75% der Länder haben
Beschäftigte vom Recht auf
die Gründung von und den
Beitritt zu Gewerkschaften
ausgeschlossen.



Recht auf Gerechtigkeit

In 72% der Länder hatten
Beschäftigte keinen oder
eingeschränkten Zugang
zur Justiz.



**Recht auf
Gewerkschaftsaktivitäten
(Zulassung)**

74% der Länder haben die
Zulassung von
Gewerkschaften behindert.



**Rede- und
Versammlungsfreiheit**

45% der Länder
haben die Rede- und
Versammlungsfreiheit
eingeschränkt.



**Gewaltsame Angriffe auf
Beschäftigte**

In 40 Ländern waren
Beschäftigte Gewalt
ausgesetzt.



**Recht auf bürgerliche
Freiheiten (willkürliche
Festnahmen)**

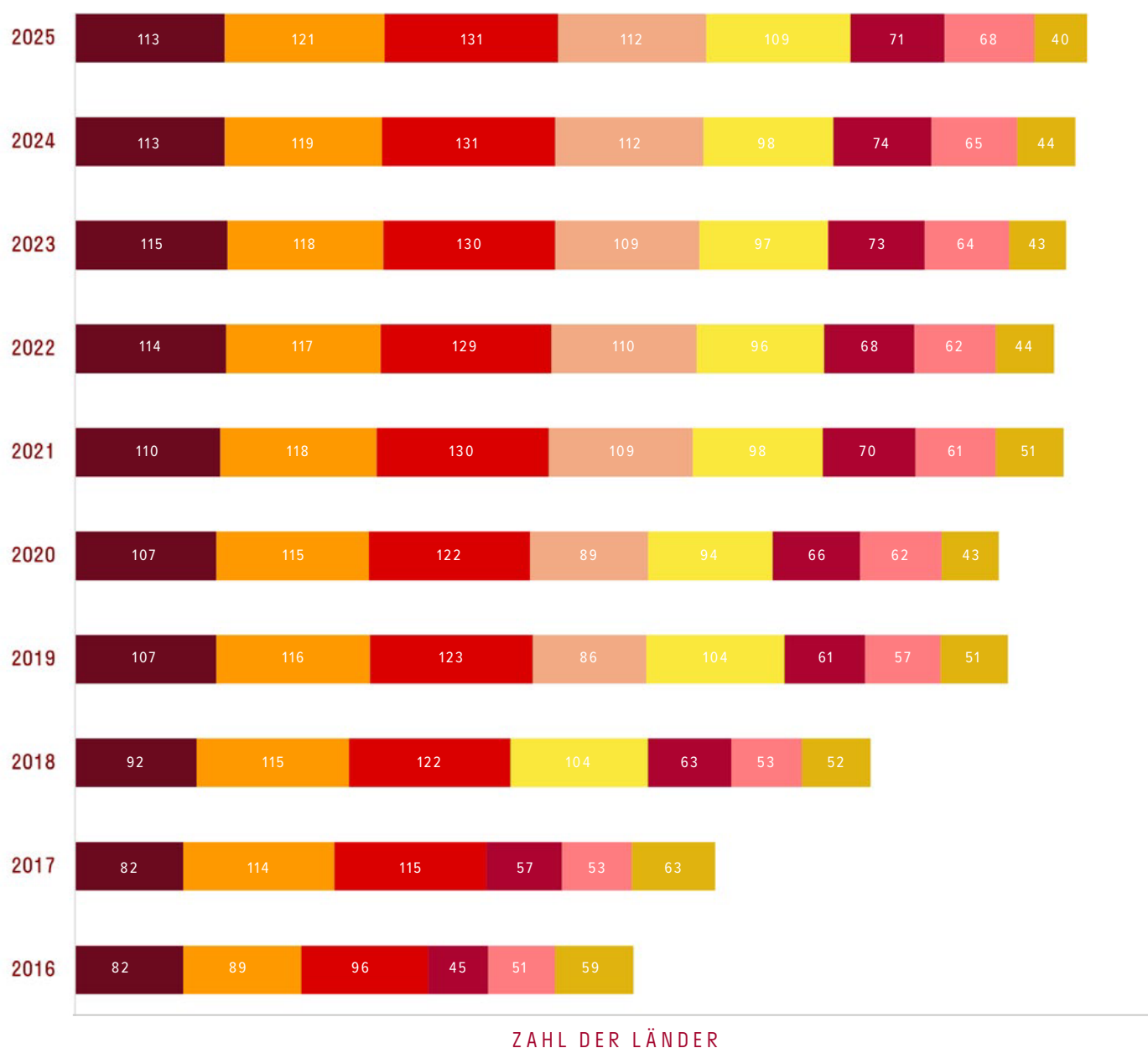
In 71 Ländern wurden
Beschäftigte im Jahr 2023
verhaftet und inhaftiert.



Asesinatos

In sechs Ländern wurden
Gewerkschafter*innen ermordet:
**Kamerun, Kolumbien, Guatemala,
Peru und Südafrika.**

ZEHNJAHRESTRENDS 2015 – 2025: ARBEITNEHMERRECHTSVERLETZUNGEN



LÄNDER, DIE BESCHÄFTIGTE VOM RECHT AUF DIE GRÜNDUNG VON ODER DEN BEITRITT ZU GEWERKSCHAFTEN AUSSCHLIESSEN

LÄNDER, DIE DAS TARIFVERHANDLUNGSRECHT VERLETZEN

LÄNDER, DIE DAS STREIKRECHT VERLETZEN

LÄNDER, DIE DIE ZULASSUNG VON GEWERKSCHAFTEN BEHINDERN

LÄNDER, DIE DEN ZUGANG ZUR JUSTIZ EINSCHRÄNKEN

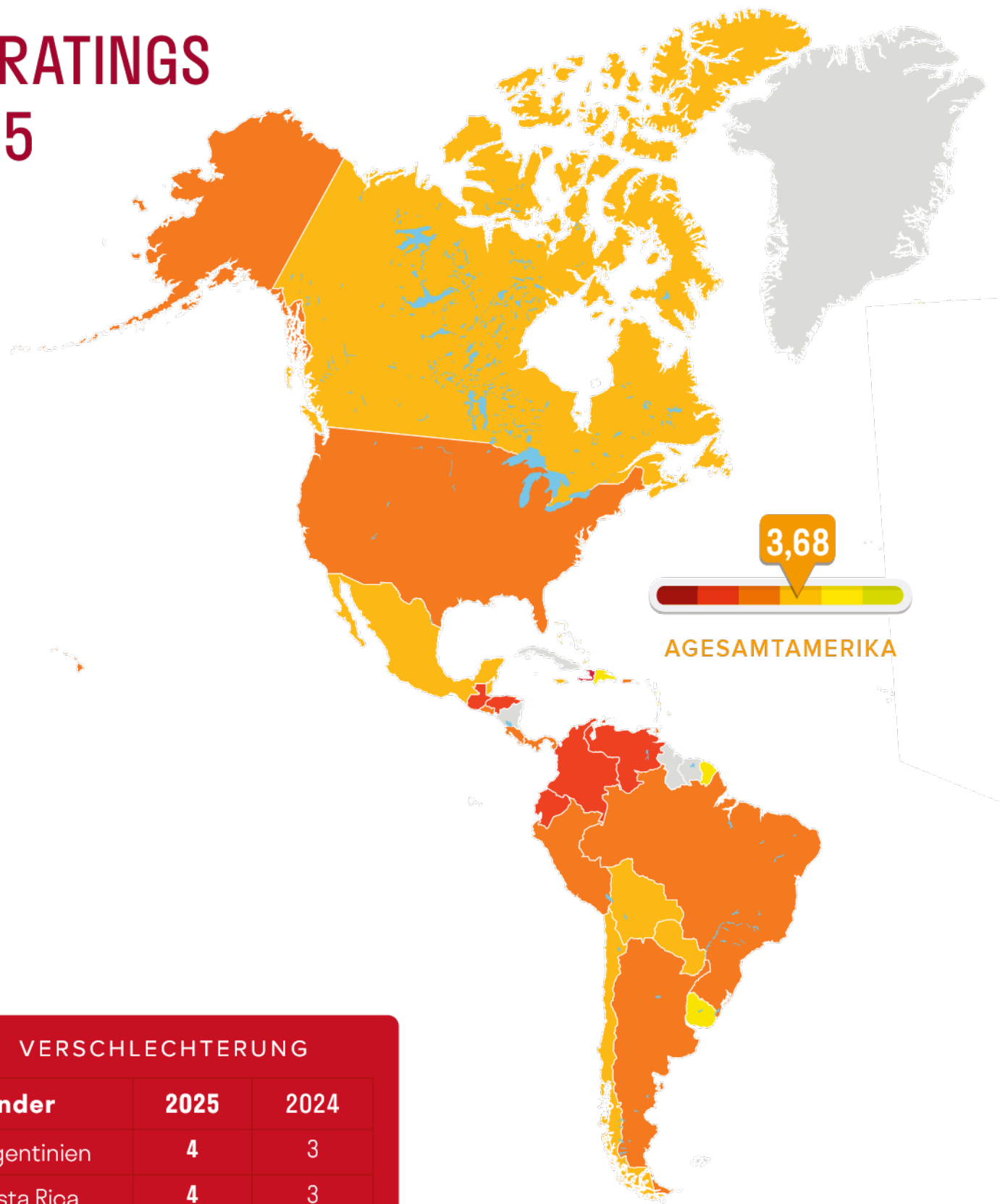
LÄNDER, DIE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER WILLKÜRLICH FESTNEHMEN UND INHAFTIEREN

LÄNDER, DIE DIE REDE- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT VERWEIGERN ODER EINSCHRÄNKEN

LÄNDER, DIE BESCHÄFTIGTE KÖRPERLICHER GEWALT AUSSETZEN

Diese Grafik verdeutlicht, wie sich der Zustand der Arbeitnehmerrechte bei den acht Indikatoren weltweit verschlechtert oder verbessert hat. Die Zahl der untersuchten Länder kann jedes Jahr leicht variieren.

DIE RATINGS 2025

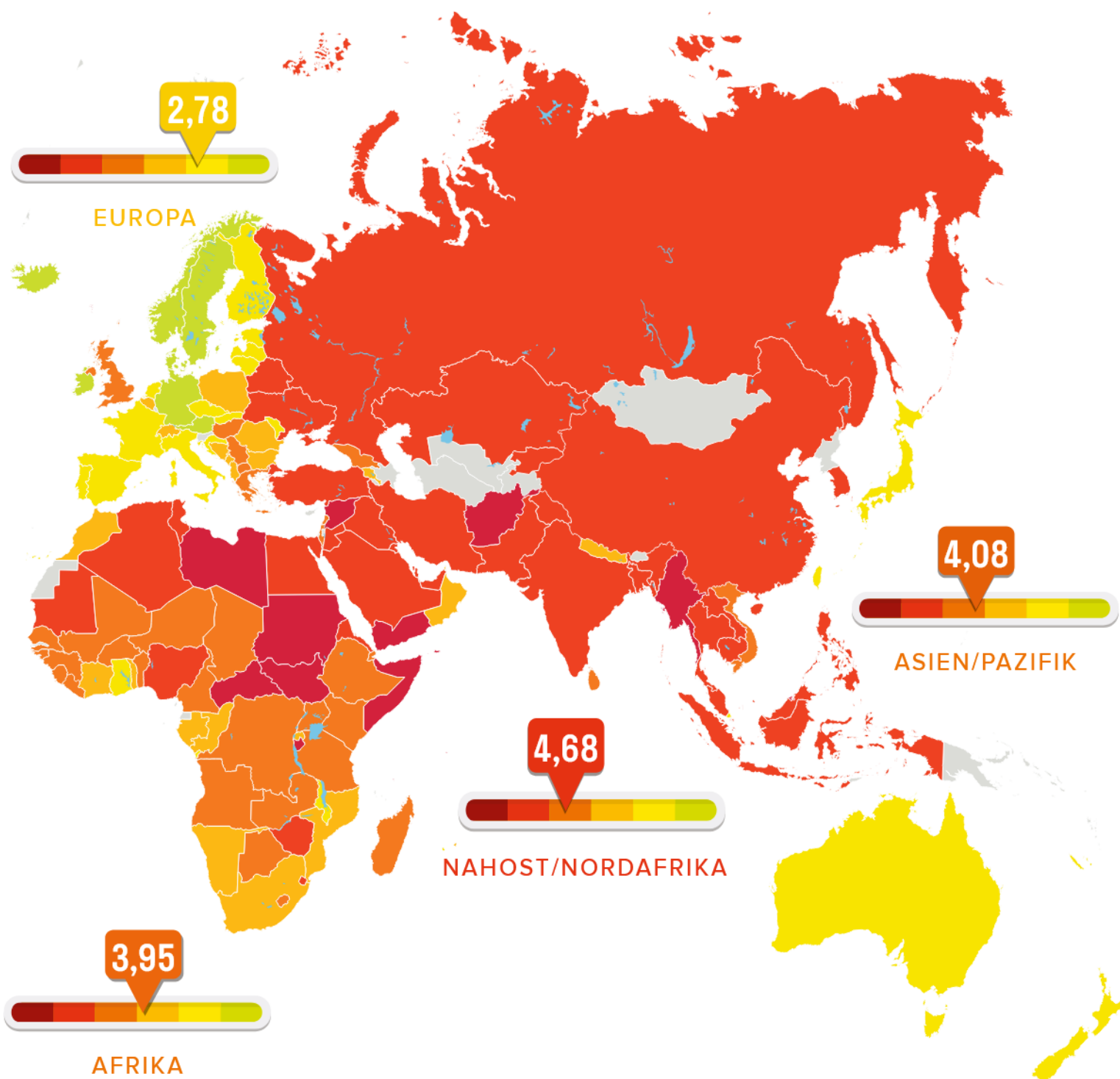


VERSCHLECHTERUNG

Länder	2025	2024
Argentinien	4	3
Costa Rica	4	3
Georgien	4	3
Italien	2	1
Mauretanien	5	4
Niger	4	3
Panama	4	3

VERBESSERUNG

Länder	2025	2024
Australien	2	3
Mexiko	3	4
Oman	3	4



RECHTE NICHT
GARANTIERT WEGEN DES
ZUSAMMENBRUCHS DER
RECHTSSTAATLICHKEIT

RECHTE NICHT
GARANTIERT

SYSTEMATISCHE
RECHTSVERLETZUNGEN

REGELMÄSSIGE
RECHTSVERLETZUNGEN

WIEDERHOLTE
RECHTSVERLETZUNGEN

SPORADISCHE
RECHTSVERLETZUNGEN

KEINE
ANGABEN

DIE LÄNDER-RATINGS 2025



Grün markierte Länder haben sich verbessert
Rot markierte Länder haben sich verschlechtert

Rating 5+ RECHTE NICHT GARANTIERT WEGEN DES ZUSAMMENBRUCHS DER RECHTSSTAATLICHKEIT

Afghanistan	Libyen	Südsudan
Burundi	Myanmar	Sudan
Zentralafrikanische Republik	Palästina	Syrien
Haiti	Somalia	Jemen

Rating 5 RECHTE NICHT GARANTIERT

Algerien	Hongkong	Nigeria
Bahrain	Indien	Pakistan
Bangladesch	Indonesien	Philippinen
Belarus	Iran	Katar
Kambodscha	Irak	Russische Föderation
China	Jordanien	Saudi-Arabien
Kolumbien	Kasachstan	Thailand
Ecuador	Korea (Republik)	Tunesien
Ägypten	Kuwait	Türkei
Eritrea	Kirgisistan	Ukraine
Eswatini	Laos	Vereinigte Arabische Emirate
Guatemala	Malaysia	Venezuela
Honduras	Mauretanien	Simbabwe

Rating 4 SYSTEMATISCHE RECHTSVERLETZUNGEN

Angola	Kamerun	Äthiopien
Argentinien	Tschad	Fidschi
Benin	Kongo (Demokratische Republik)	Georgien
Botsuana	Costa Rica	Griechenland
Brasilien	Dschibuti	Guinea
Burkina Faso	El Salvador	Guinea-Bissau

Rating 4 SYSTEMATISCHE RECHTSVERLETZUNGEN

Ungarn	Niger	Tansania
Israel	Nordmazedonien	Trinidad und Tobago
Kenia	Panama	Uganda
Libanon	Peru	Vereinigtes Königreich
Lesotho	Senegal	USA
Liberia	Serbien	Vietnam
Madagaskar	Sierra Leone	Sambia
Mali	Sri Lanka	

Rating 3 REGELMÄSSIGE RECHTSVERLETZUNGEN

Albanien	Kongo (Republik)	Nepal
Armenien	Côte d'Ivoire	Oman
Bahamas	Gabun	Paraguay
Belgien	Jamaika	Polen
Belize	Mauritius	Rumänien
Bolivien	Mexiko	Ruanda
Bosnien und Herzegowina	Montenegro	Südafrika
Bulgarien	Marokko	Schweiz
Kanada	Mosambik	Togo
Chile	Namibia	

Rating 2 WIEDERHOLTE RECHTSVERLETZUNGEN

Australien	Ghana	Neuseeland
Barbados	Italien	Portugal
Kroatien	Japan	Singapur
Tschechien	Lettland	Slowakei
Dominikanische Republik	Litauen	Spanien
Estland	Malawi	Taiwan
Finnland	Moldawien	Uruguay
Frankreich	Niederlande	

Rating 1 SPORADISCHE RECHTSVERLETZUNGEN

Österreich	Island	Schweden
Dänemark	Irland	
Deutschland	Norwegen	

Workers’ rights under siege: more countries deteriorate than improve in 2025 Index

Im Jahr 2025 verschlechterte sich das Rating von sieben Ländern, nur drei konnten sich verbessern – ein deutlicher Beleg für den anhaltenden und besorgniserregenden Trend, der sich im jährlichen Index niederschlägt. Dieses seit langem bestehende Ungleichgewicht zwischen sich verschlechternden und verbessernden Länderratings zeigt deutlich, dass Beschäftigte und Gewerkschaftsmitglieder weltweit mit einem zunehmend feindseligen Umfeld konfrontiert sind.

Mehr als jedes dritte Land (51) im Index erhält nun ein Rating von 5-, was bedeutet, dass Rechte nicht garantiert sind, oder 5+, was bedeutet, dass Rechte aufgrund des Zusammenbruchs der Rechtsstaatlichkeit nicht garantiert werden können. Dies ist ein Anstieg um ein Land gegenüber dem Vorjahr und ein deutlicher Anstieg gegenüber 32 Ländern (23 %) im Jahr 2014, als der Index eingeführt wurde. Lediglich sieben europäische Länder – von insgesamt 151 weltweit – behielten das beste Rating von 1, was auf sporadische Rechtsverletzungen hindeutet. 2014 waren es noch 18 (von 139) Länder. Dieser alarmierende Trend unterstreicht die Schärfe der anhaltenden Angriffe von Regierungen und Unternehmen auf grundlegende Rechte und Freiheiten von Beschäftigten in den letzten zehn Jahren..

VERBESSERUNG		
LÄNDER	2025	2024
Australien	2	3
Mexiko	3	4
Oman	3	4

Erfolgreiche Reformen bringen drei Länder voran

Fortschrittliche Reformen des Arbeitsrechts und der Arbeitssysteme in **Australien, Mexiko** und **Oman** haben zu der Verbesserung ihrer Ratings im Index beigetragen. Diese Reformen zielten vor allem darauf ab, den Zugang der Beschäftigten zur Justiz zu verbessern und einen wirksameren dreigliedrigen Dialog zwischen Regierungen, Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebern zu fördern.

VERSCHLECHTERUNG		
LÄNDER	2025	2024
Argentinien	4	3
Costa Rica	4	3
Georgien	4	3
Italien	2	1
Mauretanien	5	4
Niger	4	3
Panama	4	3

Australien hat in den letzten Jahren den Schutz der Gewerkschaftsrechte durch Reformen der Arbeitsbeziehungsgesetze und -vorschriften gestärkt, die in Absprache mit den Gewerkschaften entwickelt wurden. Dadurch verbesserte sich das Rating des Landes von 3 im Jahr 2024 auf 2 im Jahr 2025.

Zwar kommt es nach wie vor zu Verstößen gegen Tarifverträge, doch haben die Beschäftigten nun besseren Zugang zu Rechtsmitteln. Die Fair Work Commission kann Bestimmungen zur Streitbeilegung überprüfen, die Obergrenze für geringfügige Forderungen zur Nachzahlung von Löhnen aus Tarifverträgen wurde auf das Fünffache auf 100.000 AUD (ca. 56.000 EUR) angehoben. Die Strafen bei Nichtzahlung oder zu geringer Zahlung der ausgehandelten Löhne wurden erhöht, Arbeitgeber können nun strafrechtlich für Nichtzahlung zur Verantwortung gezogen werden.

Nach australischem Recht sind vor Streiks Abstimmungen erforderlich, und Arbeitskampfmaßnahmen sind auf Themen im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen beschränkt. Jüngste Reformen haben jedoch zeitnahe Abstimmungsprozesse ermöglicht und das Recht auf Abstimmungen – und Streiks – in genehmigten Tarifverhandlungen mit einer Vielzahl von Arbeitgebern ausgeweitet. In der Bauwirtschaft wurden Beschränkungen für Streikposten aufgehoben, Bestimmungen über rechtswidrige Arbeitskampfmaßnahmen abgeschafft und die Australische Bau- und Bauaufsichtsbehörde (Australian Building and Construction Commission, ABCC), die über weitreichende Befugnisse zur Überwachung der Gewerkschaften verfügte, abgeschafft.



Australien hat seine Arbeitsbeziehungs-gesetze und -vorschriften in den letzten Jahren in Rücksprache mit den Gewerkschaften erheblich reformiert und den Schutz der Gewerkschaftsrechte ausgebaut. Australiens Rating hat sich von 3 im Jahr 2024 auf 2 im Jahr 2025 verbessert, was diese Fortschritte widerspiegelt.

Mexiko verbesserte nach einer grundlegenden Arbeitsrechtsreform sein Rating im Index 2025 von 4 auf 3. Unter anderem wurden auf Bundes- und lokaler Ebene Schlichtungsstellen und Arbeitsgerichte eingerichtet und die Schlichtungs- und Schiedsgremien abgeschafft. Außerdem wurde der Nationale Ausschuss für Konzertierung und Produktivität (CNCP) als Beratungsgremium aus Vertretern von Arbeitgebern, Beschäftigten und Wissenschaftler*innen geschaffen, mit dem Ziel, Schlichtungsverfahren, die Registrierung von Gewerkschaften, die Gewerkschaftsvertretung und Tarifverhandlungen zu stärken.

Diese Neuerung hat den Zugang zur Arbeitsgerichtsbarkeit deutlich verbessert. Neue, unabhängige Arbeitsgerichte haben über 30.000 Fälle entschieden, viele davon im Zusammenhang mit dem Recht auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen. Trotz anhaltender Bedenken hinsichtlich des Einflusses „arbeitgeberfreundlicher“ Gewerkschaften und der Anerkennung unabhängiger Gewerkschaften in Tarifverhandlungen haben diese Reformen der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung eine deutliche Dynamik verliehen.

Oman hat Reformen zur Stärkung des Dialogs über Arbeitsthemen und zur Verbesserung der Streitbeilegungsmechanismen durchgeführt, was zu einer Verbesserung des Ratings von 4 auf 3 geführt hat. Im Jahr 2023 wurde ein gemeinsamer Dialogausschuss eingerichtet, der Arbeitsgesetze und -politiken ausarbeiten und ändern soll. Dem Ausschuss gehören Vertreter von Regierung, Arbeitgeberverbänden und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Omans (GFW) an.

Im Jahr 2024 befasste sich der Ausschuss mit wichtigen Themen wie der Ratifizierung der ILO-Übereinkommen, Arbeitszeitregelungen, dem Zugang zu Bankdienstleistungen für Arbeitgeber und Beschäftigte sowie Ausbildungsinitiativen. Darüber hinaus gibt es Bestrebungen, weitere Ausschüsse für den sozialen Dialog im ganzen Land einzurichten. Zwei dreigliedrige Ausschüsse wurden eingerichtet, um kollektive Forderungen zu prüfen und Tarifkonflikte beizulegen. Die GFW meldete für 2024 einen Zuwachs an Tarifverträgen, was auf Fortschritte im strukturierten Dialog zwischen Beschäftigten, Arbeitgebern und dem Staat hindeutet.

Ein globaler Krieg gegen Arbeitnehmerrechte

Die staatliche Niederschlagung des Streikrechts und die systematische Unterminierung gewerkschaftlicher Aktivitäten – häufig durch regressive Rechtsvorschriften – waren in den Ländern, deren Rating sich 2024 verschlechterte, ein gängiges Muster.

Seit den Präsidentschaftswahlen 2023 in **Argentinien** hat die rechtsextreme Regierung von Javier Milei ihr Vorgehen gegen bürgerliche Freiheiten und Gewerkschaftsrechte weiter verschärft. In der Folge sank das Rating Argentiniens im Index 2025 von 3 auf 4.

Im Jahr 2024 wurden mehrere regressive Gesetze verabschiedet, ohne dass die Gewerkschaften konsultiert wurden und trotz erheblicher öffentlicher Widerstände. Mit diesen Maßnahmen wurden grundlegende Arbeitsschutzbestimmungen zurückgenommen, Teile des Sozialversicherungssystems abgebaut und die Flexibilität der Arbeitgeber erhöht – unter anderem durch die Kürzung der Abfindungszahlungen, wodurch Arbeitgeber Beschäftigte nun praktisch ohne Kosten entlassen können. Das Streikrecht und das Recht auf friedliche Versammlung wurden unter Strafe gestellt, den Organisatoren drohen u.a. Freiheitsstrafen von bis zu sechs Jahren. Ein neues Gesetz über „wesentliche Dienste“ schränkt Streiks in ganzen Branchen, darunter auch in der Luftfahrt, massiv ein.

Die Gewerkschaft Central de los Trabajadores de la Argentina-Autónoma (CTA-A) und die Confederación General del Trabajo de la República Argentina (CGT) berichteten über weit verbreitete Polizeigewalt und Massenverhaftungen während öffentlicher Demonstrationen im Jahr 2024. Mindestens 1.155 Protestierende wurden durch unverhältnismäßige Gewaltanwendung verletzt, mindestens 33 erlitten Verletzungen durch Gummigeschosse an Kopf und Gesicht. Mindestens 73 Demonstrierende wurden strafrechtlich verfolgt.

Die Arbeitsbedingungen in **Costa Rica** haben sich weiter verschlechtert: Gewerkschaftsrechte wurden durch regressive Gesetze zunehmend eingeschränkt und von Arbeitgebern verletzt. Das Rating des Landes wurde im Index 2025 von 3 auf 4 herabgestuft – und damit zum zweiten Mal in Folge verschlechtert.

Im öffentlichen Sektor wurden Streiks in wichtigen Bereichen wie dem Schienen- und Seeverkehr, den Be- und Entladediensten für leicht verderbliche Waren, Apotheken, medizinischen Einrichtungen und der Treibstoffversorgung verboten. Im privaten Sektor ist die Gründung einer Gewerkschaft praktisch unmöglich geworden. Die Behörden verfügen hier über einen großen Ermessensspielraum bei den Zulassungsverfahren.

Beschäftigte protestieren in Panama-Stadt gegen die vorgeschlagenen Rentenreformen, einschließlich einer möglichen Privatisierung und einer Anhebung des Rentenalters. Das Rating Panamas hat sich von 3 im Jahr 2024 auf 4 im Jahr 2025 verschlechtert, was eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitnehmerrechte widerspiegelt.

Foto: Martin Bernetti / AFP



Rechtliche Hürden hindern Wanderarbeitskräfte daran, Führungspositionen in Gewerkschaften zu übernehmen, was die Gewerkschaftsbildung in Branchen mit hohem Migrantenanteil stark einschränkt. Da Wanderarbeitskräfte etwa 95 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft und im Baugewerbe Costa Ricas ausmachen, sind durch diesen Ausschluss zahlreiche Beschäftigte ohne Vertretung der Ausbeutung schutzlos ausgeliefert.

Inmitten anhaltender sozialer Unruhen und der Unterdrückung von Protesten durch die Polizei hat das georgische Parlament 2024 ohne vorherige Konsultation der Gewerkschaften drei umstrittene Gesetze verabschiedet. Insgesamt untergraben diese Gesetze bürgerliche Freiheiten und Gewerkschaftsrechte erheblich. Infolgedessen wurde **Georgien** im Index 2025 auf das Rating 4 herabgestuft.

Ein im Dezember verabschiedetes Gesetz schwächt die Rechte von Beschäftigten und die Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Sektor. Es führt Zeitverträge mit einer Laufzeit von einem Jahr und zwangsweise alle sechs Monate stattfindende Leistungsbewertungen für Beamte ein. Eine einzige unbefriedigende Bewertung kann zu einer 20-prozentigen Gehaltskürzung führen, eine zweite zu einer Entlassung. Mit diesen Maßnahmen werden Bedingungen geschaffen, die eine Diskriminierung

von Gewerkschaften und die Zerschlagung von Gewerkschaften möglich machen.

Darüber hinaus wurden mit einem neuen Gesetz, das am 30. Dezember in Kraft trat, weitreichende Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeführt, u. a. hohe Geldstrafen für Demonstrationsmaterial und die Befugnis der Polizei, Personen vorbeugend bis zu 48 Stunden lang festzuhalten.

Das Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme verpflichtet alle Organisationen, die mehr als 20 % ihrer Mittel aus ausländischen Quellen erhalten, sich als „im Interesse einer ausländischen Macht handelnd“ registrieren zu lassen. Das Gesetz wird weithin als Versuch kritisiert, abweichende Meinungen zu unterdrücken, und stellt in seiner jetzigen Form eine ernsthafte Bedrohung für Organisationen der Zivilgesellschaft und unabhängige Medien dar.

Ein deutliches Zeichen dafür, dass die Freiheiten der Beschäftigten in Europa durch den Aufstieg der extremen Rechten zunehmend bedroht sind, ist der Verlust des besten Ratings für Italien im Jahr 2025. Die rechtsextreme Regierung unter Giorgia Meloni schränkt das Streikrecht weiterhin unverhältnismäßig ein und greift in die Gewerkschaftsarbeit ein.





Foto: Juan Mabromata / AFP

Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen versammeln sich aus Protest gegen die Regierung von Präsident Javier Milei auf dem Plaza de Mayo in Buenos Aires. Eine Milei-Puppe hält ein Transparent mit der Aufschrift "Weder Frieden noch Brot, Obdach oder Arbeit". Argentiniens Rating im Globalen Rechtsindex des IGB hat sich von 3 im Jahr 2024 auf 4 im Jahr 2025 verschlechtert.

Im November 2024 riefen die Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) und die Unione Italiana del Lavoro (UIL) aus Protest gegen das Haushaltsgesetz zu einem Generalstreik auf. Vier Tage vor Beginn der Streikmaßnahmen verkürzte die Streik-Garantie-Kommission die Dauer des Streiks unter Verweis auf eine mögliche „Gefährdung der Grundrechte der Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel“. Das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr forderte die Gewerkschaften zur Einhaltung der Entscheidung auf, doch CGIL und UIL bekräftigten ihre Absicht, den Streik fortzusetzen. Daraufhin erließ die Regierung eine einstweilige Verfügung für alle Beschäftigten des öffentlichen und privaten Personenverkehrs, wonach ihre „zulässige“ Teilnahme am Streik auf vier statt acht Stunden begrenzt wurde.

Die Regierung griff auch in die Teilnahme der Gewerkschaften am dreigliedrigen sozialen Dialog ein. Bei der Neubesetzung des Nationalen Wirtschafts- und Arbeitsrats (CNEL) für die Amtszeit 2023-2028 wandten die Behörden unrechtmäßige Kriterien zur Messung der Repräsentativität an, wodurch die Zahl der UIL-Vertreter von drei auf zwei reduziert wurde.

Das Rating von **Mauretanien** sank im Index 2025 auf 5, ein Zeichen dafür, dass die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften nicht garantiert sind. Die gewaltsame Niederschlagung friedlicher Demonstrationen und die systematische Verhaftung von Gewerkschaftern wurden von der Regierung überwacht. Im Mai 2024 wurde eine

friedliche Demonstration von Ärzten von staatlichen Sicherheitskräften aufgelöst. Im November 2024 wurde ein führender Vertreter der nationalen Bildungsgewerkschaft während einer Demonstration von einem Polizeibeamten tödlich angegriffen.

Die Behörden greifen zu Einschüchterungs- und gewerkschaftsfeindlichen Praktiken, die sich insbesondere gegen die Confédération Libre des Travailleurs de Mauritanie (CLTM) richten.

Die Gesetzgebung in Mauretanien schränkt das Recht der Beschäftigten auf Gründung von und Beitritt zu Gewerkschaften sowie auf Verhandlungen über bessere Arbeitsbedingungen weiterhin stark ein. Ein 1974 unterzeichneter landesweiter Tarifvertrag wurde nie überarbeitet. Die bürgerlichen Freiheiten sind nach wie vor stark eingeschränkt: Jede öffentliche Versammlung muss von den Behörden genehmigt werden.

In **Niger** verschärfte die Militärjunta ihr Vorgehen gegen die politische Opposition und ging auch gegen die Gewerkschaftsbewegung vor. Infolgedessen sank das Rating des Landes im Index 2025 auf 4.

Die Militärbehörden haben das Recht der Beschäftigten auf eine unabhängige und echte Vertretung stark eingeschränkt. Im Jahr 2024 veröffentlichte die Junta eine Liste sogenannter „repräsentativer“ Gewerkschaften, die Anspruch auf staatliche Subventionen haben – ein Schritt, der gegen das Arbeitsgesetz verstößt und die Autonomie der Gewerkschaftsbewegung untergräbt.

Die Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung in **Panama** haben im vergangenen Jahr zugenommen, und die Baugewerkschaft SUNTRACS und ihre Führung wurden zum Ziel von Repressionen durch die Behörden. Das Rating Panamas sank im Index 2025 auf 4.

Im Februar 2025 organisierten Tausende von Beschäftigten der Bauindustrie, die der SUNTRACS angehören, eine einstündige landesweite Protestaktion. Die Regierung reagierte mit einem gewaltsamen Polizeieinsatz und nahm 514 Beschäftigte fest, darunter stillende Mütter. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts sind noch immer 83 Beschäftigte angeklagt. Präsident José Raúl Mulino verurteilte die SUNTRACS und ihre Führung und trug damit zu einem Klima der Angst und Stigmatisierung bei. In einer weiteren Vergeltungsmaßnahme gegen die Gewerkschaft wurden ihre Bankkonten geschlossen und ihre Vermögenswerte eingefroren.

DIE SCHLIMMSTE REGION DER WELT

Nahost/Nordafrika:	4,68
Asien/Pazifik:	4,08
Afrika:	3,95
Gesamtamerika:	3,68
Europa:	2,78

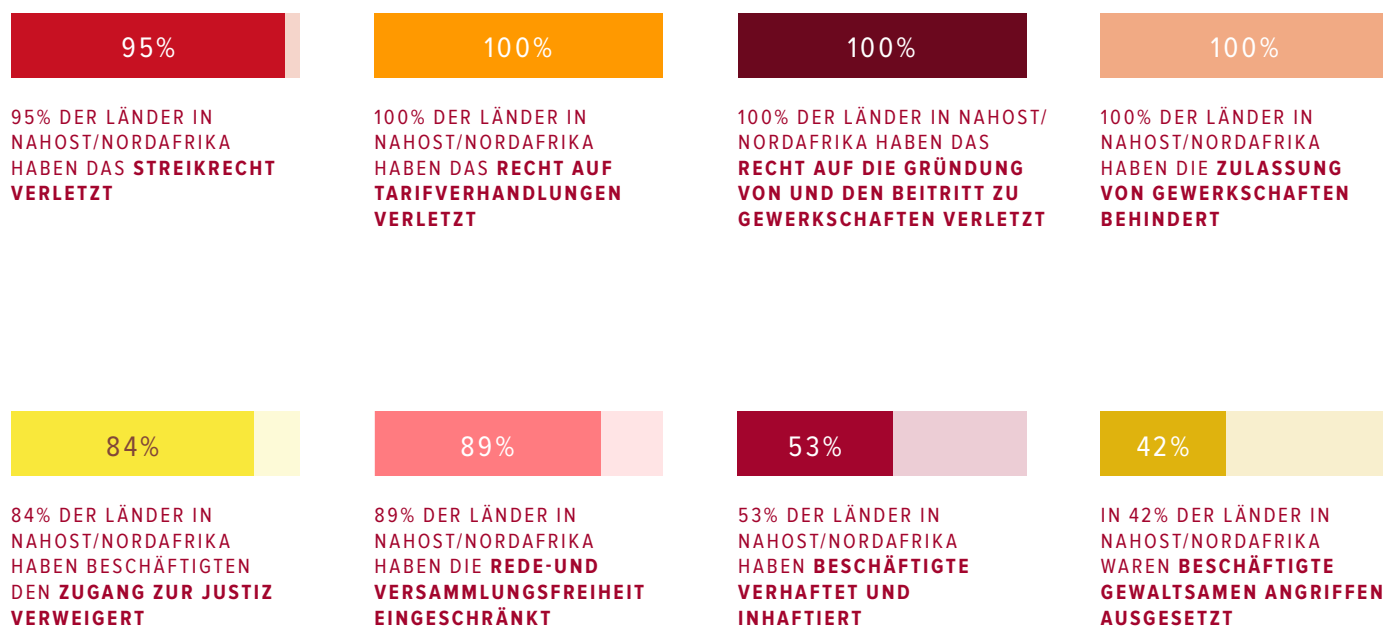


NAHOST/NORDAFRIKA

Die Gewerkschaften in Israel haben zu einem Generalstreik aufgerufen, um gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik der Regierung zu protestieren. Grundlegende Rechte wie das Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen werden in dem Land untergraben, das in der schlimmsten Region für erwerbstätige Menschen liegt: Nahost/Nordafrika.

4,68





Trotz einer leicht verbesserten Bewertung gegenüber dem bisherigen Negativrekord blieb der Nahe Osten und Nordafrika (MENA) auch 2025 die weltweit schlechteste Region für die Rechte von Beschäftigten. Die Länder erzielten ein durchschnittliches Rating von 4,68, gegenüber 4,74 im Jahr 2024. Die meisten Beschäftigten sind damit systematischen Verletzungen grundlegender Arbeitsrechte ausgesetzt oder können sich ihrer Einhaltung nicht sicher sein.

In allen MENA-Ländern wurden weiterhin wichtige Rechte von Beschäftigten verletzt, darunter das Recht auf Tarifverhandlungen, auf Gründung von und Beitritt zu Gewerkschaften sowie auf die Registrierung unabhängiger Gewerkschaften. Fast alle Länder schränkten das Streikrecht stark ein. **Oman** zeigte jedoch einen ersten Fortschritt und verbesserte sein Rating von 4 im Jahr 2025 auf 3, dank einer Reihe fortschrittlicher Arbeitsreformen zur Stärkung des sozialen Dialogs und der Streitbeilegung.

Konflikte und politische Instabilität haben dazu geführt, dass Beschäftigte in **Syrien** und **Jemen** noch nicht einmal Zugang zu den grundlegendsten Rechten haben. Im Jemen wirkt sich der Zusammenbruch

staatlicher Institutionen unmittelbar auf die Freiheit der Gewerkschaftsarbeit aus, während in Syrien nach dem Sturz des brutalen Regimes von Baschar al-Assad erste Anstrengungen unternommen werden, um die Beschäftigten zu organisieren und ihre Rechte einzufordern.

Der Krieg hat auch die Stabilität des Arbeitsmarktes in **Israel** und **Palästina** beeinträchtigt. Dort haben Tausende von Beschäftigten – insbesondere palästinensische Arbeitskräfte – ihren Arbeitsplatz verloren, mehr als 200.000 Menschen haben ihren Lohn nicht erhalten.

Repressive Regime bedrohen Gewerkschaften

Auch abgesehen von diesen extremen Bedingungen stellten äußerst restriktive rechtliche Rahmenbedingungen die größte Bedrohung für Arbeitnehmerrechte in der MENA-Region dar. In **Ägypten** sollten komplexe, willkürliche Verfahren die Registrierung von Gewerkschaften verhindern. In **Libyen** verhinderte ein staatlich kontrolliertes Gewerkschaftsmonopol weiterhin die Entwicklung einer unabhängigen

Gewerkschaftsbewegung. Für Beschäftigte in **Katar**, **Saudi-Arabien** und den **Vereinigten Arabischen Emiraten** galten ein vollständiges Verbot bzw. strenge Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation – davon waren insbesondere Wanderarbeitskräfte betroffen, die einen erheblichen Teil der Erwerbsbevölkerung in diesen Ländern ausmachen.

Marokko

Die Confédération Démocratique du Travail (CDT) und die Union Marocaine du Travail (UMT) führen die Opposition gegen einen Gesetzentwurf zu Streikmaßnahmen an, den die Regierung Ende Dezember 2024 ohne vorherige Konsultation der Gewerkschaften durchgesetzt hat. Seit Januar 2025 führen beide Organisationen eine landesweite Kampagne gegen diese Regelung, die sie als Angriff auf die Gewerkschaftsfreiheiten bezeichnen. Trotz der Anfechtung des Gesetzes durch die Gewerkschaften vor dem Verfassungsgericht, bestätigte das Gericht die Rechtmäßigkeit des Gesetzes, obwohl dessen restriktive Bestimmungen im Widerspruch zur Gewerkschaftsfreiheit stehen.

Der Gesetzentwurf schränkt die Definition von Streikmaßnahmen auf beschäftigungsspezifische Forderungen ein und schließt Proteste gegen die Lebenshaltungskosten oder die allgemeine Politik der Regierung aus. Er sieht Strafen für Gewerkschaften bei Nichteinhaltung vor, zieht die Justiz in Arbeitskonflikte hinein und verletzt das Streikrecht, indem er Beschäftigte zur Arbeit während eines Arbeitskampfes zwingt.

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien hat einige Schritte unternommen und einzelne Bereiche seines Arbeitsrechtssystems modernisiert. Seit 2019 sind Arbeitsgerichte tätig und haben mit der Verkündung von Urteilen begonnen. Die Sozialversicherung deckt nun etwa drei Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung ab, darunter auch Wanderarbeitskräfte. Auf nationaler Ebene wurden innerhalb des Ministeriums für Humanressourcen und soziale Entwicklung Strukturen geschaffen, mit denen Fragen im Zusammenhang mit Haushaltsarbeit, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt behandelt werden sollen. Inwieweit diese Reformen zu tatsächlichen Verbesserungen am Arbeitsplatz geführt haben, bleibt jedoch unklar. Entscheidend ist, dass bei den Grundrechten auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen keine Fortschritte erzielt wurden.

Auch nach der Unterzeichnung bilateraler Abkommen zwischen Saudi-Arabien und **Somalia** für eine vereinfachte Anwerbung somalischer Arbeitskräfte im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2034 mehren sich die Bedenken. Trotz ausdrücklicher Empfehlungen der ILO, den Schutz der Beschäftigten im Einklang mit internationalen Arbeitsnormen zu gewährleisten, wurden die Abkommen ohne entsprechende Garantien unterzeichnet.

Gewerkschaften im Baugewerbe, Gewerkschaften aus Ländern, aus denen Wanderarbeitskräfte stammen, und Menschenrechtsorganisationen haben Bedenken hinsichtlich der Arbeitsschutzmaßnahmen zum Schutz der Beschäftigten geäußert, die am Stadionbau und anderen Infrastrukturprojekten für die kommende FIFA-Weltmeisterschaft in Saudi-Arabien beteiligt sind.



4,08

ASIEN/PAZIFIK

5+ 5 4 3 2 1

Bei einem Massenprozess im Rahmen des Gesetzes über die nationale Sicherheit wurden 14 Demokratieaktivisten in Hongkong, darunter auch Gewerkschafter, zu Haftstrafen verurteilt, weil sie Wahlen zur Auswahl von Kandidaten für den Legislativrat organisiert hatten. Asien/Pazifik bleibt die zweitschlechteste Region der Welt für erwerbstätige Menschen.

91%

91% DER LÄNDER IN DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN REGION HABEN DAS STREIKRECHT VERLETZT

83%

83% DER LÄNDER IN DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN REGION HABEN DAS TARIFVERHANDLUNGSRECHT VERLETZT

87%

87% DER LÄNDER IN DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN REGION HABEN DAS RECHT AUF DIE GRÜNDUNG VON UND DEN BEITRITT ZU GEWERKSCHAFTEN VERLETZT

91%

91% DER LÄNDER IN DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN REGION HABEN DIE ZULASSUNG VON GEWERKSCHAFTEN BEHINDERT

70%

70% DER LÄNDER IN DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN REGION HABEN BESCHÄFTIGTEN DEN ZUGANG ZUR JUSTIZ VERWEIGERT

70%

70% DER LÄNDER IN DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN REGION HABEN DIE REDE-UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT EINGESCHRÄNKT

70%

70% DER LÄNDER IN DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN REGION HABEN BESCHÄFTIGTE VERHAFTET UND INHAFTIERT

26%

IN 26% DER LÄNDER IN DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN REGION WAREN BESCHÄFTIGTE GEWALTSAmen ANGRIFFEN AUSGESETZT

Die Region Asien/Pazifik verzeichnete das dritte Jahr in Folge eine langsame Verbesserung gegenüber dem schlechtesten Rating seit Beginn der Erfassung im Jahr 2022. Dennoch bleibt sie in puncto Arbeitnehmerrechte die zweitgefährlichste Region. Die Länder erreichten 2025 ein durchschnittliches Rating von 4,08 gegenüber 4,13 im Vorjahr, ein Zeichen dafür, dass Beschäftigte weiterhin regelmäßig systematischen Rechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Neun von zehn Ländern verletzen das Streikrecht und behindern die Registrierung von Gewerkschaften. Fast die Hälfte meldete Gewalt gegen Beschäftigte, was einer alarmierenden Verdopplung der Häufigkeit solcher Angriffe im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Mehr Länder – sieben von zehn – schränken die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein.

Das Rating für **Australien** verbesserte sich von 3 auf 2, was auf positive Veränderungen bei den Arbeitsbeziehungen zurückzuführen ist.

Die Unterdrückung der Menschenrechte durch die Taliban hat insbesondere für Frauen und Mädchen verheerende Auswirkungen auf das Leben und die Arbeitsbedingungen in **Afghanistan**. UN-Angaben zufolge wird fast die Hälfte der Bevölkerung – etwa 23 Millionen Menschen – im Jahr 2025 humanitäre Hilfe benötigen, um zu überleben.

Flächendeckende Feindseligkeit gegenüber Beschäftigten

Beschäftigte in der gesamten Region sind nach wie vor alarmierenden Formen von Missbrauch und Unterdrückung ausgesetzt. Gewerkschaftsführer in **Kambodscha** und **Hongkong** wurden schikaniert und verfolgt, in **Iran** und **Myanmar** wurden einige von ihnen willkürlich inhaftiert. Die Behörden in **Bangladesch** gingen gewaltsam gegen Streiks vor, während in **Malaysia**, **Nepal** und **Thailand** eine Reihe gewerkschaftsfeindlicher Maßnahmen ergriffen wurden. Sowohl in **Indien** als auch in **Pakistan** weigerten sich Regierungen und Arbeitgeber beharrlich, einen konstruktiven dreigliedrigen sozialen Dialog und Konsultationen mit den Gewerkschaften aufzunehmen. Einschränkungen der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind in **Iran** weit verbreitet, wo Aktivist*innen für Arbeits- und kulturelle Rechte, Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen verhört, festgenommen, inhaftiert und verurteilt werden.

Kambodscha

Am 4. Dezember 2024 bestätigte das Stadtgericht von Phnom Penh die Verurteilung des Präsidenten der Cambodian Tourism and Services Workers Federation (CTSWF), Morn Rithy, wegen Anstiftung und „Verunglimpfung einer gerichtlichen Entscheidung“. Die Anklage beruhte auf Äußerungen, die Rithy während einer Live-Übertragung auf Facebook gemacht hatte, in der er die Verhaftung eines Beschäftigten eines Kasinos kritisierte. Er wurde in Abwesenheit zu 18 Monaten Haft und einer Geldstrafe von 2 Millionen KHR (500 US-Dollar) verurteilt.

Gewerkschaften vereiteln umstrittene Arbeitsmarktreform

Im Jahr 2024 feierten die Gewerkschaften in **Indonesien** ein bahnbrechendes Urteil des Verfassungsgerichts, mit dem das als Omnibusgesetz bekannte, umstrittene Gesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen teilweise aufgehoben wurde, das Arbeitnehmerrechte untergraben und den Arbeitsschutz geschwächt hatte. Die Klage war von den IGB-Mitgliedsgewerkschaften Konfederasi Serikat Pekerja Indonesia (KSPI) und Konfederasi Serikat Buruh Seluruh Indonesia (KSBSI) eingereicht worden.

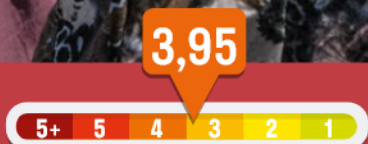
Gemeinsam mit der Konfederasi Serikat Pekerja Seluruh Indonesia (KSPSI) – ebenfalls Mitglied des IGB – und Tausenden von Beschäftigten hatten die Gewerkschaften jahrelang für eine Änderung des Gesetzes gekämpft. Das Gericht erklärte das Gesetz für „bedingt verfassungswidrig“ und wies die Regierung an, ein neues Arbeitsgesetz auszuarbeiten.

Nach dem Urteil sind befristete Verträge nun auf fünf Jahre begrenzt, und im Falle von Unternehmensinsolvenzen müssen Abfindungszahlungen an Beschäftigte vor Gläubigerforderungen Vorrang haben. Das Gericht verpflichtete die Unternehmen außerdem, strukturierte Lohn tabellen einzuführen, die Berufserfahrung und Qualifikationen berücksichtigen. Darüber hinaus sind künftig regionale Lohn gremien für die Festlegung von Mindestlöhnen auf der Grundlage der Lebenshaltungskosten und der allgemeinen Wirtschaftslage zuständig.



Foto: Hassan Ali Eimi / AFP

AFRIKA



In Somalia gehen die Menschen auf die Straße, um gegen Gewalt und Terrorismus zu protestieren. In der afrikanischen Region ist Somalia eins der Länder, die das Rating 5+ erhalten haben, was bedeutet, dass Rechte wegen des Zusammenbruchs der Rechtsstaatlichkeit dort nicht garantiert sind.



93% DER LÄNDER IN AFRIKA HABEN DAS **STREIKRECHT** VERLETZT



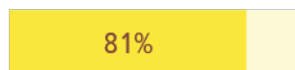
93% DER LÄNDER IN AFRIKA HABEN DAS **TARIFVERHANDLUNGSRECHT** VERLETZT



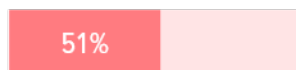
93% DER LÄNDER IN AFRIKA HABEN DAS **RECHT AUF DIE GRÜNDUNG VON UND DEN BEITRITT ZU GEWERKSCHAFTEN** VERLETZT



79% DER LÄNDER IN AFRIKA HABEN DIE **ZULASSUNG VON GEWERKSCHAFTEN** BEHINDERT



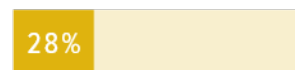
81% DER LÄNDER IN AFRIKA HABEN BESCHÄFTIGTEN DEN **ZUGANG ZUR JUSTIZ** VERWEIGERT



51% DER LÄNDER IN AFRIKA HABEN DIE **REDE-UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT** EINGESCHRÄNKT



40% DER LÄNDER IN AFRIKA HABEN **BESCHÄFTIGTE** VERHAFTET UND INHAFTIERT



IN 28% DER LÄNDER IN AFRIKA WAREN **BESCHÄFTIGTE** GEWALTSAMEN ANGRIFFEN AUSGESETZT



IN KAMERUN UND SÜDAFRIKA WURDEN BESCHÄFTIGTE ERMORDET

Das durchschnittliche Rating Afrikas verschlechterte sich leicht – zum vierten Mal in Folge. Der Durchschnitt lag 2025 bei 3,95, nach 3,88 im Jahr 2024, und war damit der zweitniedrigste Wert für die Region seit Beginn des Index. Diese Zahlen lassen darauf schließen, dass die Beschäftigten in der gesamten Region unter systematischen Rechtsverletzungen leiden.

Die meisten Beschäftigten, die im informellen Sektor tätig sind, genießen keinen Arbeitsschutz. Das Recht auf Streik, auf Tarifverhandlungen und auf Gründung von oder Beitritt zu einer Gewerkschaft wird in 93 % der Länder verletzt. In weniger Ländern wurde Gewalt gegen Beschäftigte gemeldet, jedoch wurden Gewerkschaftsaktivist*innen in Kamerun und Südafrika getötet.

Mauretanien fiel von 4 auf 5 und Niger von 3 auf 4, da Gewerkschaften zunehmend staatlicher Repression ausgesetzt waren.

Systematische Verstöße

In **Kamerun, Kenia, Mauretanien** und **Südafrika** wurden Streiks und Proteste gewaltsam unterdrückt. In **Botswana, Äthiopien, Guinea, Kenia, Lesotho, Liberia** und **Senegal** behinderten Arbeitgeber die Gewerkschaftsarbeit. In **Nigeria**, das neu in die Liste der zehn schlimmsten Länder für Beschäftigte aufgenommen wurde, sowie in **Eswatini** und **Simbabwe** wurden Gewerkschaftsmitglieder wegen ihrer Aktivitäten verfolgt, die Behörden in **Eswatini**, Guinea-Bissau und Simbabwe untersagten Proteste und Versammlungen.

Militärjuntas in Westafrika wie u.a. in **Burkina Faso**, Tschad, Gabun und Mali verhinderten die freie Tätigkeit der Gewerkschaften. Konflikte im **Südsudan** und im **Sudan** brachten Not für Millionen von Menschen und bedrohten die Existenzgrundlage unzähliger Erwerbstätiger. Die eskalierende Gewalt im Osten der **Demokratischen Republik Kongo**, insbesondere in und um Goma, hat unermessliches Leid unter der Zivilbevölkerung und den Beschäftigten verursacht. Die Krankenhäuser sind überlastet, die Lebensmittelvorräte fast aufgebraucht, und schätzungsweise 700.000 Menschen wurden durch den Konflikt innerhalb des Landes vertrieben.

Liberia

Im August 2024 stimmten 1.660 Leiharbeitskräfte auf der Kautschukplantage von Firestone Liberia mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt zur Gewerkschaft Firestone Agricultural Workers' Union of Liberia (FAWUL), um gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen vorzugehen. Trotz dieser Abstimmung weigerte sich Firestone Liberia, diese Beschäftigten als Angestellte anzuerkennen, und bestand darauf, dass sie mit den Arbeitsvermittlern statt mit dem Unternehmen selbst verhandeln sollten. Nachdem die von der Regierung vermittelten Verhandlungen gescheitert waren, rief die FAWUL mit Unterstützung ihrer Dachgewerkschaft, der National Timber, Wood, Construction & Allied Workers' Union of Liberia (NTWCAWU), zu einem Streik auf, an dem sich ab dem 30. Januar 2025 6.000 Beschäftigte beteiligten.

Simbabwe

Im November 2024 teilte der Zimbabwe Congress of Trade Unions (ZCTU) der Polizei in Harare seine Absicht mit, eine eintägige Informationsveranstaltung zur ILO-Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung abzuhalten. Am Tag der Veranstaltung übergab die Polizei ein Schreiben, in dem sie die Veranstaltung verbot und die Teilnehmenden zum Verlassen des Veranstaltungsortes aufforderte. In dem Schreiben verwies sie auf Verstöße gegen das Gesetz zur Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung – ein umstrittenes Gesetz, das von den Behörden häufig dazu benutzt wird, das Recht von Beschäftigten auf friedliche Versammlung einzuschränken.

Anfang des Jahres hatte die Polizei auch die Maikundgebung des ZCTU unter Berufung auf nicht näher bezeichnete Sicherheitsbedenken verhindert. Rund um das Gwanzura-Stadion in Harare wurden Straßensperren errichtet. Ähnliche Beschränkungen galten in Bulawayo, wo die Kundgebung trotz vorheriger Genehmigung abrupt aufgelöst wurde.

4500

TRAVAILLEUR/EUSE
JETÉS À LA RUE



ON BOYCOTT
amazon



Foto: Artur Wlad / AFP

3,68

GESAMTAMERIKA

5+ 5 4 3 2 1

In Kanada hat Amazon unvermittelt fünf Standorte geschlossen, an denen sich Tausende Beschäftigte erfolgreich gewerkschaftlich organisiert und mit dem Unternehmen verhandelt hatten. Vier von fünf Ländern in der gesamtamerikanischen Region haben das Recht auf Tarifverhandlungen verletzt und zur Verschlechterung des Ratings der Region beigetragen.

88%

88% DER LÄNDER IN
GESAMTAMERIKA HABEN
DAS **STREIKRECHT**
VERLETZT

80%

80% DER LÄNDER IN
GESAMTAMERIKA HABEN DAS
TARIFVERHANDLUNGSRECHT
VERLETZT

68%

68% DER LÄNDER IN
GESAMTAMERIKA HABEN DAS
RECHT AUF DIE GRÜNDUNG
VON UND DEN BEITRITT ZU
GEWERKSCHAFTEN VERLETZT

92%

92% DER LÄNDER IN
GESAMTAMERIKA HABEN
DIE ZULASSUNG VON
GEWERKSCHAFTEN
BEHINDERT

76%

76% DER LÄNDER IN
GESAMTAMERIKA HABEN
BESCHÄFTIGTEN DEN
ZUGANG ZUR JUSTIZ
VERWEIGERT

24%

24% DER LÄNDER
IN GESAMTAMERIKA
HABEN DIE **REDE-UND**
VERSAMMLUNGSFREIHEIT
EINGESCHRÄNKT

60%

60% DER LÄNDER IN
GESAMTAMERIKA HABEN
BESCHÄFTIGTE VERHAFTET
UND INHAFTIERT

28%

IN 28% DER LÄNDER
IN GESAMTAMERIKA
WAREN **BESCHÄFTIGTE**
GEWALTSAmen ANGRIFFEN
AUSGESETZT



IN KOLUMBIEN, GUATEMALA UND PERU
WURDEN ERWERBSTÄTIGE GETÖTET

Die Bedingungen für Beschäftigte in ganz Amerika sind auf den schlechtesten Stand seit Beginn des Index gesunken. Das durchschnittliche Rating verschlechterte sich von 3,56 im Jahr 2024 auf 3,68 – der größte jährliche Rückgang seit 2017. Diese Zahl steht für ein Klima in der gesamten Region, in dem die Rechte der Beschäftigten systematisch oder regelmäßig verletzt werden. Amerika bleibt die tödlichste Region für Arbeitnehmer: Fünf Gewerkschaftsmitglieder wurden in **Kolumbien**, **Guatemala** und **Peru** getötet.

Immer mehr Länder in Gesamtamerika schränken grundlegende Rechte von Beschäftigten ein. Im Jahr 2025 beschränkten 92 % der Länder in der Region die Registrierung von Gewerkschaften, in sechs von zehn Ländern wurden Beschäftigte festgenommen oder inhaftiert. Darüber hinaus haben 88% der Länder das Streikrecht verletzt.

Schlechteste Bewertung aller Zeiten

Argentinien, **Costa Rica** und **Panama** verzeichneten aufgrund der verschärften Maßnahmen gegen Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften einen Rückgang ihres Ratings von 3 auf 4. **Mexiko** hingegen konnte sein Rating von 4 auf 3 verbessern, nachdem wichtige Reformen im Arbeitsrecht umgesetzt wurden.

Streiks und Proteste wurden sowohl in **Argentinien** als auch in **Brasilien** gewaltsam niedergeschlagen, und Unternehmen in Branchen, die für ihre schlechten Arbeitsbedingungen bekannt sind, gingen in **El Salvador**, **Costa Rica**, **Honduras** und **Panama** massiv gegen Gewerkschaften vor.

Eine Kultur der Einschüchterung setzt Beschäftigte und Gewerkschaftsaktivist*innen in weiten Teilen der Region weiterhin unter Druck: Morddrohungen und körperliche Angriffe sind an der Tagesordnung. In **Kolumbien** beispielsweise wurde Jhon Jarry Vargas Sarabia, ein junger Vater von drei Kindern und Mitglied der Ölarbeitergewerkschaft Unión Sindical Obrera (USO), in Tibú erschossen.

Peru

Am 17. August 2024 wurden Arturo Cárdenas, Generalsekretär der Gewerkschaft Sindicato de Trabajadores en Construcción Civil de Lima y Balnearios (STCCLB), und Américo Román Camilo Gonzales Palomino, Gründer der Gewerkschaft Sindicato de Trabajadores de Construcción Civil del Cono Sur und der Gewerkschaft Sindicato de Trabajadores de Construcción Civil „Hubert Lanssiers Dirix“, ermordet.

Cárdenas und Palomino sind die jüngsten Opfer einer tragischen Serie von Gewalttaten und reißen sich in eine Liste von 24 führenden Vertretern der Federación de Trabajadores en Construcción Civil del Perú (FTCCP) ein, die seit 2011 ermordet wurden. Beide hatten kurz zuvor Morddrohungen aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten erhalten. Der Bausektor in Peru ist nach wie vor einer der wenigen, in denen Branchenverhandlungen stattfinden, was Gewerkschaftsführer besonders anfällig für Einschüchterung und Gewalt macht.

USA

Mit einer ganzen Flut von Maßnahmen zur Einschränkung von Arbeitnehmerrechten und Gewerkschaftsaktivitäten hat Präsident Donald Trump Verordnungen unterzeichnet, die bis zu 50.000 Bundesangestellte neu einstufen, ihnen den Kündigungsschutz entziehen und ihre Entlassung erleichtern könnten.

Die American Federation of Government Employees (AFGE) und die American Federation of State, County and Municipal Employees (AFSCME) haben Klage gegen diese Maßnahme eingereicht und sie als beispiellosen Angriff auf das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen verurteilt.



Foto: Philippe Lopez / AFP

2,78

EUROPA



Französische Anwälte streiken gegen Reformen des Jugendstrafsystems. Frankreich ist eins von mehreren europäischen Ländern, die das Streikrecht verletzt haben, was zu einer drastischen Verschlechterung des Durchschnittsratings der Region seit 2014 beigetragen hat.

73%

73% DER LÄNDER IN EUROPA HABEN DAS **STREIKRECHT** VERLETZT

56%

56% DER LÄNDER IN EUROPA HABEN DAS **TARIFVERHANDLUNGSRECHT** VERLETZT

41%

41% DER LÄNDER IN EUROPA HABEN DAS **RECHT AUF DIE GRÜNDUNG VON UND DEN BEITRITT ZU GEWERKSCHAFTEN** VERLETZT

37%

37% DER LÄNDER IN EUROPA HABEN DIE **ZULASSUNG VON GEWERKSCHAFTEN** BEHINDERT

54%

54% DER LÄNDER IN EUROPA HABEN BESCHÄFTIGTEN DEN **ZUGANG ZUR JUSTIZ** VERWEIGERT

17%

17% DER LÄNDER IN EUROPA HABEN DIE **REDE-UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT** EINGESCHRÄNKT

32%

IN 32% DER LÄNDER IN EUROPA WURDEN **BESCHÄFTIGTE VERHAFTET UND INHAFTIERT**

17%

IN 17% DER LÄNDER IN EUROPA WAREN **BESCHÄFTIGTE GEWALTSAMEN ANGRIFFEN AUSGESETZT**

In Europa verschlechterten sich die Bedingungen im dritten Jahr in Folge und erreichten den schlechtesten Stand seit Bestehen des Index – ein alarmierendes Zeichen dafür, dass die Untergrabung von Arbeitnehmerrechten auf dem gesamten Kontinent zunimmt. Das durchschnittliche Rating der Länder sank von 2,73 im Jahr 2024 auf 2,78. Dieses Ergebnis spiegelt die regelmäßigen und weit verbreiteten Rechtsverletzungen in der gesamten Region wider.

In fast drei Viertel der europäischen Länder wurde das Streikrecht verletzt, und in fast einem Drittel wurden Beschäftigte festgenommen oder inhaftiert. Mehr als die Hälfte verweigerte den Zugang zur Justiz oder schränkte ihn ein – ein deutlicher Anstieg gegenüber 32 % im Jahr 2024.

Das Rating **Georgiens** verschlechterte sich von 3 auf 4, und das Rating **Italiens** verschlechterte sich auf Grund der drakonischen Maßnahmen ihrer Regierungen zur Untergrabung des Arbeitsrechts und des Rechts auf Protest von 1 auf 2.

Schlechteste Bedingungen seit Bestehen des Index

In **Belgien, Finnland** und **Frankreich** gingen die Behörden erneut hart gegen streikende Beschäftigte vor, während die Regierungen in **Albanien, Ungarn, Moldawien, Montenegro** und dem **Vereinigten Königreich** ihre Befugnisse missbrauchten und den Begriff „wesentliche Dienste“ extrem weit auslegten, um Streiks einzuschränken. In **Griechenland, Ungarn, Serbien**, der **Schweiz** und der **Türkei** behinderten Unternehmen aktiv die Gewerkschaftsarbeit zum Nachteil der Beschäftigten. In diesem arbeitnehmerfeindlichen Klima entstanden auch von Arbeitgebern dominierte „gelbe Gewerkschaften“ in **Armenien, Griechenland**, den **Niederlanden, Moldawien** und **Nordmazedonien**.

Der Aufstieg rechtsextremer politischer Parteien und Bewegungen in ganz Europa hat das Risiko einer weiteren Schwächung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte erhöht.

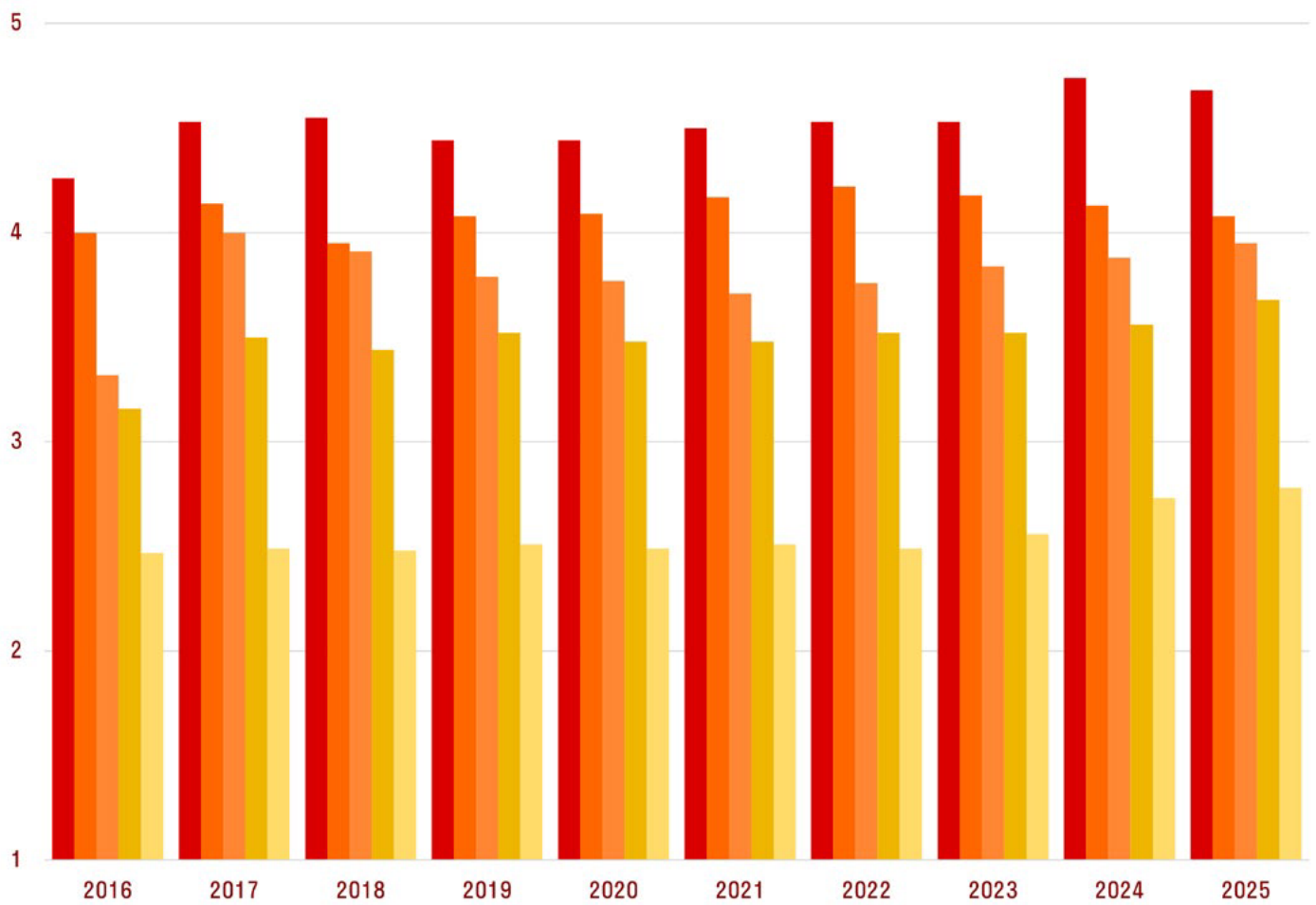
Russische Föderation

Gewerkschaftsmitglieder in der Russischen Föderation wurden erneut eingeschüchtert und schikaniert. Die Taktiken reichen vom Aufschlitzen von Autoreifen bis hin zur Verbreitung falscher Anschuldigungen, etwa über angebliche Verbindungen zu extremistischen Organisationen, um Gewerkschaftsmitglieder in der Öffentlichkeit in Verruf zu bringen. Im Ventilwerk JSC Blagoweschtschensk wurde der Vorsitzende der örtlichen Sektion der überregionalen Gewerkschaft „Arbeiterverband“ (MPRA) vom Betriebsleiter physisch angegriffen. Trotz dokumentierter Verletzungen und Beschwerden bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft weigerten sich die Behörden, den Vorfall zu untersuchen, und unterrichteten das Opfer nicht über ihre Entscheidung.

Serbien

In **Serbien** wurde die gesetzliche Frist für die Einreichung einer Arbeitsklage vor Gericht von 90 auf 60 Tage verkürzt. Darüber hinaus sieht das Gerichtsgebührengesetz unverhältnismäßig hohe Kosten für Klagen, Urteile, Berufungen und außerordentliche Rechtsmittel vor. In Verbindung mit hohen Anwaltskosten haben diese Hindernisse den Zugang zum Rechtsschutz für viele Beschäftigte praktisch unmöglich gemacht.

CHART: ZWÖLFJAHRESTRENDS: **REGIONALE RATINGS**



**NAHOST/
NORDAFRIKA**
(19 LÄNDER)

ASIEN/PAZIFIK
(23 LÄNDER)

AFRIKA
(43 LÄNDER)

GESAMTAMERIKA
(25 LÄNDER)

EUROPA
(41 LÄNDER)



DIE ZEHN SCHLIMMSTEN LÄNDER DER WELT FÜR ERWERBSTÄTIGE MENSCHEN

Jedes Jahr bewertet der IGB die einzelnen Länder anhand ihrer Einhaltung kollektiver, international anerkannter Arbeitnehmerrechte und dokumentiert Verletzungen durch Regierungen und Arbeitgeber. Dies sind die zehn schlimmsten Länder für erwerbstätige Menschen.



BANGLADESCH

Foto: Maruf Rahman / NurPhoto / AFP

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITENDE MENSCHEN:

- Unterdrückung von Streiks durch den Staat
- Gewerkschaftsarbeit in der Textilbranche gestoppt
- Gewerkschaftsmitglieder inhaftiert, Demonstrierende getötet

Trotz Polizeigewalt, erheblicher Hindernisse bei der Gründung und Zulassung von Gewerkschaften und der brutalen Unterdrückung von Gewerkschaftsaktivitäten in Bangladesch kämpfen die Beschäftigten im Bekleidungssektor in einem der zehn schlimmsten Länder für erwerbstätige Menschen weiterhin für ihre grundlegenden Arbeitnehmerrechte.

Die Beschäftigten in Bangladesch leiden seit langem unter einem System der Unterdrückung, Gewalt und Straflosigkeit.

Bangladesch hat einen Anteil von etwa 8 % am weltweiten Bekleidungsmarkt und beliefert bekannte Marken wie Zara und H&M. Die Beschäftigten in der Textilindustrie sind ständigen Verletzungen ihrer Grundrechte ausgesetzt. Aufgrund von Drohungen und Gewalt seitens der Arbeitgeber, Massenentlassungen und restriktiven Mitgliedschafts- und Registrierungsvorschriften ist es für Textilarbeiterinnen und -arbeiter praktisch unmöglich, Gewerkschaften zu gründen oder ihnen beizutreten.

Streiks mit Gewalt beendet

Aus Protest gegen die ungerechtfertigte Entlassung von zehn Gewerkschaftsmitgliedern traten im Februar 2025 mehr als 800 Beschäftigte der Getränkeindustrie

in den Streik. Die streikenden Beschäftigten in drei Abfüllbetrieben von Transcom Beverages in Dhaka, Gazipur und Chittagong forderten die Wiedereinstellung der Entlassenen und mehr Beschäftigungssicherheit. Transcom Beverages, der Exklusiv-Franchisenehmer von PepsiCo für Bangladesch, reagierte auf die Proteste mit der Polizei, die mit Schlagstöcken gegen die Protestierenden vorging. In der Nähe der Fabrik in Dhaka setzte die Polizei Provokateure ein, die Reifen in Brand setzten, um einen Vorwand für das harte Vorgehen zu liefern. In Dhaka wurden 23 Beschäftigte festgenommen und unter Anklage gestellt.

Im Juli 2024 wurden mehr als 200 Menschen getötet, als massive Protestkundgebungen von Studierenden gegen eine umstrittene Quotenregelung für Arbeitsplätze in mindestens 47 der 64 Distrikte Bangladeschs vom Militär gewaltsam niedergeschlagen wurden.



BELARUS

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITENDE MENSCHEN:

- Gewerkschaftsmitglieder als „Terroristen“ gebrandmarkt
- Willkürliche Inhaftierung von Aktivist*innen
- Verfolgung unabhängiger Gewerkschaften

Trotz anhaltenden internationalen Drucks verfolgen die staatlichen Behörden in Belarus seit Jahrzehnten unerbittlich und systematisch Beschäftigte und unabhängige Gewerkschaften.

Seit der gewaltsamen Unterdrückung der größten regierungskritischen Proteste in Belarus im Jahr 2020 haben die Behörden ihre Angriffe auf die Arbeitnehmerbewegung verschärft: Unter falschen Vorwürfen wurden Führer und Mitglieder von Gewerkschaften inhaftiert, unabhängige Gewerkschaften wie z.B. der Belarussische Kongress Demokratischer Gewerkschaften (BKDP) und seine Mitgliedsorganisationen, aufgelöst und eine Propagandakampagne gestartet, in der Gewerkschaften als „extremistische“ und „terroristische“ Organisationen diffamiert werden.

autoritäre Regime in Belarus die organisierte Arbeiterschaft weiterhin mit aller Härte bekämpft. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts befinden sich noch immer 29 führende Gewerkschafter*innen

und Aktivist*innen hinter Gittern, darunter der BKDP-Präsident, IGB-Vizepräsident und ILO-Verwaltungsratsmitglied Alexander Jaraschuk, der seit April 2022 in Haft ist.

Am 4. November 2023 wurden seine Haftbedingungen ohne Vorwarnung von normal auf streng verschärft und er wurde aus der Strafkolonie mit normalem Regime in Schklou in das Gefängnis Nr. 4 in Mogilew verlegt. Diese Verlegung führte zu deutlich härteren Haftbedingungen. Unter dem strengen Regime erhalten die Insassen nur eine Grundration pro Monat für Lebensmittel und Bedarfsartikel, einen beaufsichtigten Besuch pro Jahr (von maximal vier Stunden), ein Paket oder Päckchen pro Jahr und einen einstündigen Spaziergang pro Tag.

Zwar erlaubt das nationale Recht die Verhängung eines strengeren Haftregimes als Sanktion für „böswillige“ Verstöße gegen die Haftregeln, doch wird diese Maßnahme routinemäßig zur Bestrafung von Gewerkschaftsführern und Arbeitsrechtsaktivist*innen eingesetzt.



Foto: Solidarnast e.V

Belarussische Gewerkschafter im Exil versammeln sich am 1. Mai in Bremen, Deutschland. Belarus gehört nach wie vor zu den zehn schlimmsten Ländern, wenn es um Arbeitnehmerrechte geht. Alle unabhängigen Gewerkschaften wurden aufgelöst, und ihre Vorsitzenden werden unerbittlich verfolgt.

Schlechter Gesundheitszustand hinter Gittern

Watslau Areschka, ein weiteres langjähriges Gewerkschaftsmitglied und Aktivist der Belarussischen Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie (REP), der kürzlich 70 Jahre alt wurde, verbüßt in einem Hochsicherheitsgefängnis eine achtjährige Haftstrafe. Die belarussischen Behörden haben die REP-Gewerkschaft zusammen mit anderen unabhängigen Gewerkschaften als extremistische Vereinigung eingestuft.

Areschka wurde zunächst Schklou inhaftiert. Im Dezember 2023 wurde er in die als „Wolfsgrube“ bekannte Strafanstalt IK-22 in der Nähe von Iwazewitschy verlegt.

Er leidet unter mehreren schweren Erkrankungen, darunter Netzhautablösung, Grauer Star und Glaukom, und benötigt regelmäßige medizinische Versorgung

durch Gefängnisärzte. In den letzten Monaten mussten Mitgefangene ihm beim Schreiben von Briefen an seine Familie helfen, da er aufgrund seiner sich verschlechternden Sehkraft seine Handschrift nicht mehr lesen kann. Er darf nur alle paar Wochen einmal telefonieren.

Angesichts der zunehmenden Niederschlagung sind viele Gewerkschaftsmitglieder ins Exil gezwungen worden. Die Behörden haben neue Strafverfahren gegen Personen im Ausland eingeleitet, darunter gegen den amtierenden BKDP-Vorsitzenden Maksim Pazniakou, der wegen seiner Gewerkschaftsarbeit der „Förderung extremistischer Aktivitäten“ beschuldigt wird.



ECUADOR

Foto: Galo Paguay / AFP

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITENDE MENSCHEN:

- Morddrohungen und Entlassungen
- Nur 1% der Beschäftigten hat Zugang zu Tarifverhandlungen
- Gesetze gegen Gewerkschaften und das Recht auf Protest

Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen begehen den Jahrestag des Massakers von Guayaquil im Jahr 1922, als protestierende Beschäftigte auf Befehl der Regierung vom Militär getötet wurden. Ecuador gehört zu den zehn schlimmsten Ländern für erwerbstätige Menschen.

Seit Ecuador 2023 zu den zehn schlimmsten Ländern gezählt wird, sind die Bedingungen für Gewerkschaften und Beschäftigte weiterhin gefährlich.

Nur 1 % der Beschäftigten hat Zugang zu Tarifverhandlungen, was vor allem auf Einschüchterung und restriktive Gesetze zurückzuführen ist, die übermäßig hohe Mindestmitgliedszahlen vorschreiben. Dadurch ist die Gründung von Gewerkschaften in mehr als 90 % der Unternehmen praktisch unmöglich. Beschäftigte, die versuchen, sich zu organisieren, werden regelmäßig bedroht, entlassen und in einigen Fällen sogar mit dem Tod bedroht. Im Juli 2024 wurde ein Gesetzentwurf zur Reform des Arbeitsgesetzbuches für ethisches Management und Transparenz von Vereinigungen und Gewerkschaften vorgelegt, der Eingriffe in die Unabhängigkeit der Gewerkschaften legalisieren sollte.

Angriffe auf die Demonstrationsfreiheit

Los sindicatos han expresado profunda preocupación. Gewerkschaften haben große Besorgnis über einen Erlass der Exekutive geäußert, der den Streitkräften die Bekämpfung der organisierten Kriminalität erlaubt. Dieser bewusst vage formulierte Begriff wird dazu benutzt, um gegen öffentliche Mobilisierung und Proteste vorzugehen.

Im November 2024 veranstaltete die Frente Unitario de Trabajadores (FUT), der wichtigste Gewerkschaftsverband Ecuadors, eine friedliche Demonstration in Quito, um gegen die Reaktion der Regierung auf die anhaltende Wirtschaftskrise zu protestieren und ein Ende der Unterdrückung der Gewerkschaften zu fordern. Die FUT wurde von der Polizei mit Gewalt angegriffen, wobei mehrere Gewerkschafter verletzt und festgenommen wurden. Mehr als 1.500 Polizisten wurden eingesetzt, um den Zugang zum Santo Domingo-Platz, an dem traditionell öffentliche Demonstrationen stattfinden, zu versperren. Protestierende wurden willkürlich festgenommen, und der Präsident Ecuadors bezeichnete die Demonstration öffentlich als „von Dritten finanziert“.



Foto: CTUWS

ÄGYPTEN

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITENDE MENSCHEN:

- Staat behindert die Zulassung von Gewerkschaften
- Willkürliche Inhaftierung von Aktivist*innen
- Streikende werden wie Verbrecher behandelt

Beschäftigte von T&C Garments beteiligen sich an einem unbefristeten Mindestlohn-Streik. In Ägypten, das zu den zehn schlimmsten Ländern der Welt für erwerbstätige Menschen gehört, setzen die Gewerkschaften trotz starker Einschränkungen des Streikrechts, der Versammlungs- und Meinungsfreiheit ihre Proteste fort.

Durch die harte Niederschlagung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung werden Beschäftigte in Ägypten vieler ihrer Grundrechte beraubt. Streikrecht, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind stark eingeschränkt.

Im Jahr 2025 konnten 14 Gewerkschaften trotz Erfüllung der gesetzlichen Auflagen nach der willkürlichen Auflösung aller unabhängigen Gewerkschaften im Jahr 2018 ihre Tätigkeit nicht wieder aufnehmen. Die Behörden stellen absurde Anforderungen an die (Neu-)Registrierung von Gewerkschaften, und die Hürden für die Mindestmitgliederzahl sind nach wie vor unverhältnismäßig hoch.

Willkürliche Inhaftierungen und Anklagen

Im Zeitraum 2024-2025 wurden mindestens vier Gewerkschaftsmitglieder willkürlich wegen „Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation“ inhaftiert – ein repressiver Trend, der weltweit in immer mehr Ländern zu beobachten ist und an dem sich auch Arbeitgeber häufig beteiligen.

In Ägypten beispielsweise haben mehrere Unternehmen gegen Beschäftigte, die an Streiks beteiligt waren, Strafanzeige erstattet. Im Oktober 2024 wurden neun Beschäftigte, darunter vier Frauen, aus einer Weberei entlassen und wegen ihrer Teilnahme an einem Streik für den Mindestlohn verhaftet. Zu ihrem Schutz sollen ihre Namen hier nicht genannt werden.



Foto: TUCOSWA

ESWATINI

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITENDE MENSCHEN:

- Strenge Auflagen für Gewerkschaften
- Schikanieierung führender Gewerkschaftsmitglieder
- Unterbindung öffentlicher Versammlungen

In Eswatini, das zu den zehn schlimmsten Ländern der Welt für erwerbstätige Menschen gehört, sind Gewerkschaftsfeindlichkeit, Unterdrückung und Straffreiheit weit verbreitet. Während sich die bürgerlichen Freiheiten weiter verschlechtern, verbieten die Behörden routinemäßig Gewerkschaftsversammlungen, politische Parteien bleiben verboten und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird streng kontrolliert.

Der Zustand der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten verschlechtert sich in Eswatini weiter. Die königlichen Behörden verbieten politische Parteien, Gewerkschaften werden in ihrer wichtigen Rolle als demokratische Institutionen verfolgt.

Stark eingeschränkt sind die Grundfreiheiten der Meinungsäußerung und der friedlichen Versammlung. Nach dem Gesetz über die öffentliche Ordnung von 2017 gelten für jede Versammlung von mehr als 50 Personen strenge Meldepflichten. Die Behörden nutzen dieses Gesetz häufig, um Gewerkschaftsversammlungen und Demonstrationszüge zur Übergabe von Petitionen zu verbieten, auch solche, die vom Gewerkschaftsbund Trade Union Congress of Swaziland (TUCOSWA) organisiert werden.

Gewerkschaftsmitglieder im Visier

Der Generalsekretär der Gewerkschaft Swaziland Transport, Communication and Allied Workers Union (SWATCAWU), Sticks Nkambule, befindet sich nach einem Anschlag auf sein Leben im Dezember 2022 noch immer im Exil. Er kann nicht in seine Heimat zurückkehren, weil er wegen angeblicher Straftaten gesucht wird.

Die Swaziland National Association of Teachers (SNAT) kämpfte jahrelang um ihre offizielle Anerkennung. Die Eswatini Teaching Service Commission (TSC) verweigert der Gewerkschaft weiterhin die Registrierung und geht gegen deren Mitglieder vor. Im Jahr 2022 wurde das Gehalt des SNAT-Vorsitzenden Mbongwa Dlamini ohne Begründung ausgesetzt, und trotz eines Gerichtsurteils zu seinen Gunsten hält die TSC seinen Lohn weiterhin zurück. Während derselben Gerichtsverhandlung kam es zu einem Versuch der Behörden, ihn festzunehmen.



Foto: Ted Aljibe / AFP

PHILIPPINEN

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITENDE MENSCHEN:

- Verunglimpfung von Gewerkschaftsaktivist*innen als Kommunisten
- Verfolgung durch die Polizei
- Staatliche Übergriffe auf Beschäftigte

Beschäftigte und Gewerkschaften auf den Philippinen kämpfen täglich um die Ausübung selbst grundlegender Rechte in einem von Schikanen, Gewalt und Mord geprägten Klima.

Die Regierung setzt seit langem „Red Tagging“ als Taktik gegen Gewerkschaftsführer*innen und -mitglieder ein, beschuldigt sie also zu Unrecht, die kommunistische Rebellion unter Führung der New People's Army (NPA) zu unterstützen oder sich daran zu beteiligen. Diese zynische Strategie bringt Beschäftigte und Aktivist*innen in direkte Gefahr und schreckt andere davon ab, Gewerkschaften beizutreten oder zu gründen. Trotz internationaler Forderungen nach einer Beendigung des „Red Tagging“ zeigt die Regierung wenig politischen Willen, gewerkschaftliche Führer zu schützen oder ein Klima zu fördern, das dem reibungslosen Funktionieren von Gewerkschaften zuträglich ist.

Festnahme führender Gewerkschaftsmitglieder

Am 27. Oktober 2024 nahm die Polizei zwei führende Gewerkschaftsmitglieder des Gewerkschaftsbundes Kilusang Mayo Uno (KMU) in Southern Tagalog fest. Gavino Panganiban, regionaler Kampagnenleiter der KMU, wurde wegen Mordes und versuchten Mordes angeklagt, und Maritess David, Organisatorin der Organized Labor Associations in Line Industries and Agriculture (OLALIA-KMU), wurde wegen Verstößen gegen das Waffengesetz angeklagt. Beide hatten sich aktiv an Hilfsmaßnahmen für Beschäftigte beteiligt, die vom Taifun „Trami“ betroffen waren. Ihre Festnahmen waren Teil einer Razzia gegen arbeitende Menschen, Gewerkschaftsmitglieder und Aktivist*innen, die für angemessene Löhne, Arbeitsplatzsicherheit und das Recht auf Vereinigungsfreiheit kämpfen.

Auf den Philippinen fordern Protestierende, den früheren Präsidenten Rodrigo Duterte vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen. Während seiner Präsidentschaft waren die Gewerkschaften systematischen Einschüchterungen ausgesetzt, und das Land ist nach wie vor eins der schlimmsten Länder der Welt für erwerbstätige Menschen.



Foto: AFP

MYANMAR

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITENDE MENSCHEN:

- Verfolgung führender Gewerkschaftsvertreter*innen
- Zwangsarbeit und Massenverhaftungen
- Gewerkschaften de-facto verboten

Polizisten stehen am 1. Februar 2025, dem vierten Jahrestag des Militärputsches, auf einer Straße in Yangon Wache. Myanmar ist nach wie vor eins der schlimmsten Länder der Welt für erwerbstätige Menschen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden dort von der herrschenden Junta gefoltert, zu Haftstrafen verurteilt, ins Exil gezwungen und sogar getötet.

Vier Jahre nach dem Militärputsch leiden Beschäftigte und Gewerkschaften unter Einschüchterung und harten Arbeitsbedingungen. In einer zunehmend bedrohlichen und repressiven Atmosphäre gibt glaubwürdigen Berichten zufolge Fälle von Zwangsarbeit. Insgesamt wurden 151 Gewerkschaftsmitglieder festgenommen. Zwei von ihnen verbüßen lebenslange Haftstrafen, einer starb in Haft, ein weiterer wurde hingerichtet. Die Junta hat die meisten unabhängigen Gewerkschaften de facto verboten.

Der Gewerkschaftsbund von Myanmar (CTUM) ist vor allem ins Visier der Junta geraten. Viele seiner Mitglieder wurden inhaftiert, misshandelt und gefoltert. Gegen die Führungsspitze des CTUM liegt weiterhin ein Haftbefehl vor, ihre Pässe und Staatsbürgerschaften wurden entzogen.

Verfolgung von Thet Hnin Aung

Der Generalsekretär der Myanmar Industry Crafts and Services Trade Union Federation (MICS-TUSF), Thet Hnin Aung, war 2021 vom Militär festgenommen worden. Er wurde zunächst zu zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt, aber nach seiner Freilassung im Jahr 2023 erneut festgenommen. Nach seiner Entführung wurde er fünf Monate lang ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten, gefoltert und ihm wurde der Zugang zu einem Rechtsbeistand verweigert, bevor er wegen Terrorismus zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde.

Im Dezember 2024 wurde er geschlagen und zur Bestrafung in eine „Hundezelle“ gesperrt, weil er während eines Besuchs des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz über die Haftbedingungen berichtet hatte.



Foto: NLC

NIGERIA (NEU)

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITENDE MENSCHEN:

- Nigeria neu unter den zehn schlimmsten Ländern
- Razzien bei Gewerkschaften, willkürliche Verhaftungen
- Verletzung des Streikrechts

In Nigeria sind die Beschäftigten zunehmend Unterdrückung ausgesetzt. Das Land wurde im Globalen Rechtsindex 2025 neu in die Liste der zehn schlimmsten Länder im Hinblick auf Arbeitnehmerrechte aufgenommen.

Am 3. Juni hat die Regierung einen geplanten Generalstreik des NLC vor dem Hintergrund eskalierender Belästigungen und der zunehmenden Unterbindung von Gewerkschaftsaktivitäten für illegal erklärt.

Zum ersten Mal seit der Einführung des Index im Jahr 2014 gehört Nigeria zu den zehn schlimmsten Ländern der Welt für arbeitende Menschen. Beschäftigte und Gewerkschaftsmitglieder waren mit einer deutlichen Zunahme von Einschüchterungen und Niederschlagungen konfrontiert, Aktivist*innen wurden schikaniert, das Recht auf Tarifverhandlungen wurde verletzt und friedliche Proteste gewaltsam unterdrückt. Im Juni 2024 erklärte die Regierung einen vom Nigeria Labour Congress (NLC) geplanten Generalstreik für illegal.

Staatliche Verfolgung des Gewerkschaftsdachverbands NLC

Im August 2024 durchsuchten schwer bewaffnete Sicherheitskräfte das Hauptquartier des NLC im Geschäftsviertel von Abuja. Die Beamten nahmen den Wachmann der Gewerkschaft fest, drangen in die Büros

im zweiten Stock ein und durchsuchten die Buchhandlung. Die Behörden erklärten, sie suchten nach aufrührerischem Material, das angeblich mit einer Mobilisierungskampagne gegen schlechte Regierungsführung in Verbindung stehe. Eine solche Kampagne war jedoch nicht vom NLC organisiert worden.

Am 9. September 2024 wurde Joe Ajaero, der Präsident der NLC, daran gehindert, ein Flugzeug zu besteigen, um an der Jahreskonferenz des britischen Gewerkschaftsbundes TUC teilzunehmen. Er wurde festgenommen und bis kurz vor Mitternacht ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten. Im August war Ajaero von den Sicherheitskräften wegen des Verdachts der Terrorismusfinanzierung, Cyberkriminalität, Umsturz, krimineller Verschwörung und Hochverrats zur Vernehmung vorgeladen worden. Anklage gegen ihn wurde nicht erhoben.

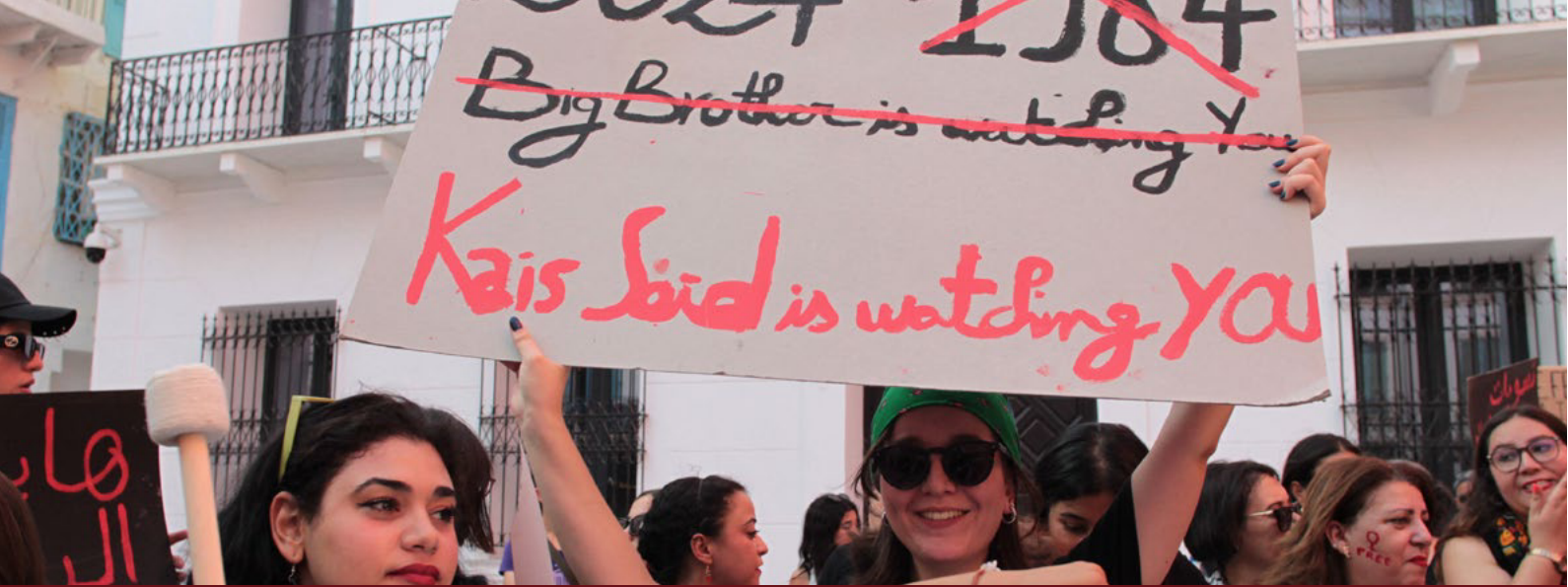


Foto: Hasna / AFP

TUNESIEN

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITENDE MENSCHEN:

- Verweigerung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit
- Gewerkschaftsmitgliedern drohen Festnahme und Strafverfolgung
- Staatliche Eingriffe in Tarifverhandlungen

*Activistas feministas y sindicales tunecinas
Tunesische Feministinnen und aktive
Gewerkschaftsmitglieder versammeln
sich am Nationalen Frauentag am 13.
August 2024 vor dem Sitz des tunesischen
Gewerkschaftsbundes UGTT in Tunis
und fordern die Freilassung von Frauen,
die wegen ihrer Kritik an Präsident Kais
Saied inhaftiert wurden. Seit Saieds
Machtübernahme im Jahr 2021 wurden viele
seiner Kritiker, auch Frauen, festgenommen.*

Nach wie vor werden die bürgerlichen Freiheiten in Tunesien ständig bedroht. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist stark eingeschränkt, und Gewerkschaftsmitglieder müssen regelmäßig mit Festnahmen und Strafverfolgung rechnen.

Die Rechtslage ermöglicht es den Behörden möglich, rechtmäßig geschlossene Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zu beeinflussen oder abzulehnen. Der Nationale Rat für den sozialen Dialog hat keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, um einen echten und konstruktiven Dialog zwischen der Regierung und den Sozialpartnern herzustellen. Im Juli 2024 verurteilte die Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT) die einseitige Entscheidung der Regierung, das Arbeitsrecht ohne Rücksprache mit den Gewerkschaften zu ändern.

Angriffe auf die Meinungsfreiheit

In den letzten Monaten war in Tunesien eine besorgniserregende Entwicklung zu beobachten, bei der Gewerkschaftsmitglieder wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten oder der Äußerung ihrer Meinung strafrechtlich verfolgt wurden. Die Behörden greifen vermehrt auf gesetzliche Bestimmungen zurück – insbesondere auf

das Dekret Nr. 54, das die Verbreitung von Informationen, die als falsch oder für die öffentliche Ordnung schädlich angesehen werden, unter Strafe stellt –, um Personen wegen Beiträgen in sozialen Medien oder öffentlicher Äußerung abweichender Meinungen strafrechtlich zu verfolgen. Wegen seines umfassenden Geltungsbereichs und seines Potenzials zur Einschränkung der Meinungsfreiheit steht dieses Dekret in der Kritik.

Darüber hinaus sind Fälle bekannt, in denen Vertreter*innen von Gewerkschaften wegen angeblicher Arbeitsbehinderung oder Anführung von Protesten festgenommen wurden. Auch wenn einige kurz darauf wieder freigelassen wurden, sind diese Maßnahmen ein Zeichen für einen immer enger werdenden zivilgesellschaftlichen Raum und immer stärkere Einschränkungen der Gewerkschaftsfreiheiten und des Rechts auf friedlichen Protest. An diesen Mustern zeigt sich ein allgemeiner Trend, dass Verteidiger*innen von Arbeitnehmerrechten allein aufgrund der Ausübung ihrer Tätigkeit oder der Äußerung ihrer Bedenken mit rechtlichen Risiken rechnen müssen. Das Klima der Einschüchterung in Tunesien ist so ausgeprägt, dass die Namen der in diese Fälle verwickelten Gewerkschaftsmitglieder zu ihrem Schutz nicht genannt werden.



Foto: Kemal Aslan /AFP

TÜRKEI

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITENDE MENSCHEN:

- Massenentlassungen und Gewerkschaftsfeindlichkeit
- Einschränkung von Tarifverhandlungen
- Festnahme von Gewerkschaftsaktivist*innen

Mai 2024 wurden mehr als 200 Protestierende, die versuchten, während einer Maikundgebung zum Taksim-Platz in Istanbul zu marschieren, von der türkischen Polizei festgenommen, nachdem die Regierung Versammlungen auf diesem Platz verboten hatte. Die Türkei gehört nach wie vor zu den zehn schlimmsten Ländern für erwerbstätige Menschen.

Die türkischen Behörden und Arbeitgeber beschränken weiterhin Gewerkschaftsrechte und schikanieren Aktivist*innen.

Weiterhin zerschlagen Arbeitgeber Gewerkschaften und Beschäftigte, die versucht haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren, werden systematisch entlassen. Nach den Kommunalwahlen im März 2024 wurden 6.750 Mitglieder des Türkiye Hak İşçi Sendikaları Konfederasyonu (HAK-IS) entlassen und mehr als 30.000 Mitglieder zum Austritt aus der Gewerkschaft gezwungen.

Das Recht auf Tarifverhandlungen wird stark eingeschränkt. Im Jahr 2024 wurde die Gewerkschaft DISK/Dev Sağlık-İş, die Beschäftigte im Gesundheitswesen organisiert, daran gehindert, ihre 10.000 Mitglieder bei Tarifverhandlungen zu vertreten. Zuvor hatten die Behörden die Namen der Mitglieder aus den offiziellen Unterlagen des Gesundheitsministeriums gestrichen. Dadurch sank der offizielle Vertretungsanteil der Gewerkschaft auf 0,99 % und damit knapp unter die für Tarifverhandlungen erforderliche 1-Prozent-Schwelle. Unter den gestrichenen Namen befand sich auch der der Vorsitzenden der Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu (DİSK), Arzu Çerkezoğlu.

Willkürliche Festnahme von Gewerkschafter*innen

Remzi Çalışkan, stellvertretender Vorsitzender der DISK und Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft, Kemal Göksoy, Regionalvertreter der DISK in Çukurova, und Serdar Ekingen, ehemaliger Regionalvertreter in Diyarbakır, wurden im November 2024 wegen Vorwürfen aus dem Jahr 2009 festgenommen. Çalışkan wurde einen Monat später freigelassen, Göksoy und Ekingen befinden sich weiterhin in Haft.

Am 7. Oktober 2024 wurde İsmet Arslan, Tarifverhandlungsexperte der Gewerkschaft Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu (KESK) und Mitglied der Gewerkschaft DİSK/Sosyal-İş, festgenommen und inhaftiert. Zwei weitere Mitglieder der KESK/Eğitim Sen wurden ebenfalls festgenommen. Arslan, der wegen einer Krebserkrankung in Behandlung ist, wurde zusammen mit seinen Gewerkschaftskollegen Yusuf Eminoğlu und Gıyasettin Yiğit im März 2025 freigelassen; ihr Gerichtsverfahren ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die Maikundgebungen in Istanbul wurden erneut von der Polizei gestört. Rund 215 Menschen wurden festgenommen und viele verletzt, als die Sicherheitskräfte Tränengas und Gummigeschosse einsetzten. Am 2. Mai 2024 wurden weitere 29 Personen festgenommen.

DIE WELTWEIT HÄUFIGSTEN RECHTSVERLETZUNGEN

Der Globale Rechtsindex 2025 verfolgt die wichtigsten Elemente einer gesunden Demokratie am Arbeitsplatz in 151 Ländern, darunter Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Tarifverhandlungen, das Streikrecht und das Recht auf Rede- und Versammlungsfreiheit.

Diese neun Arbeitnehmerrechte wurden im vergangenen Jahr am häufigsten verletzt.

Angriffe auf das Streikrecht

Das Streikrecht ermöglicht es Beschäftigten, gemeinsam die Arbeit niederzulegen, um für ihre Rechte wie z.B. bessere Löhne und sicherere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Die Verstöße gegen das Streikrecht der Erwerbstätigen lagen seit Einführung des Index im Jahr 2014 weltweit auf dem höchsten Niveau. Im Jahr 2025 waren Streiks in 131 Ländern (87 %) eingeschränkt oder vollständig verboten, unverändert gegenüber 2024 und gegenüber 63 % im Jahr 2014. Diese repressive Situation hält an, obwohl 158 der 187 ILO-Mitgliedstaaten das ILO-Übereinkommen 87 ratifiziert haben. In diesem sind die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation – die Grundlage des Streikrechts verankert.

In mehreren Ländern wurden Streikmaßnahmen von Polizei und Militär brutal niedergeschlagen. In **Brasilien** wurde ein Streik von Beschäftigten der Weltbank und Gewerkschaften gegen Outsourcing und unlautere Verhandlungen von der Polizei mit Tasern und Tränengas aufgelöst. In **Marokko** ging die Polizei mit Wasserwerfern und Schlagstöcken gegen Gewerkschaften des Bildungssektors vor, die gegen befristete Verträge und für Verbesserungen an den Schulen protestiert hatten.

Beschäftigte, die ihr Streikrecht ausübten, mussten mit Entlassungen rechnen. In **Armenien** wurden acht Mitarbeiter der Zangezur-Mine als Abschreckungsmaßnahme entlassen. Im Iran wurden vier Beschäftigte der National Iranian Steel Company in Ahvaz, nachdem sie ein Jahr lang für faire Löhne gekämpft hatten, entlassen.

Häufig kam es zu Festnahmen und Strafverfolgungen von streikenden Arbeitskräften. In **Indien** wurden über 900 Beschäftigte festgenommen, nachdem sie einen Protestmarsch gegen ihren Arbeitgeber, einen Elektronikkonzern, organisiert hatten. In **Belgien** wurden mehrere Mitglieder der christlichen Gewerkschaft CSC-ACV während eines Streiks gegen die Privatisierung einer Supermarktkette festgenommen. In der **Schweiz** wurden zwei Gewerkschafter der Unia wegen angeblichen „Hausfriedensbruchs und Nötigung“ während eines Streiks auf einer Baustelle im Jahr 2022 zu Geldstrafen verurteilt. .

In zahlreichen Ländern wurden Streiks gesetzlich drastisch eingeschränkt, darunter **Algerien, Angola, Argentinien, Burundi, Costa Rica, Ägypten, Finnland, Nepal, Ruanda, Senegal, Tunesien** und **Simbabwe**. Mehrere Regierungen

erließen Anordnungen, um Streiks im öffentlichen Dienst willkürlich einzuschränken, beispielsweise in **Italien**, oder um Streiks im kommunalen öffentlichen Dienst für illegal zu erklären, so in **Brasilien** und der **Demokratischen Republik Kongo**. In **Frankreich** legten Arbeitgeber im öffentlichen Sektor Mindestdienstanforderungen fest, obwohl ein Gesetz den Abschluss eines Tarifvertrags vorschreibt. In **Japan** wurden Beschäftigte im öffentlichen Sektor, die der „Anstiftung zum Streik“ für schuldig befunden wurden, mit hohen Geldstrafen von bis zu 1 Million JPY (6.700 US-Dollar) für Staatsbedienstete und 100.000 JPY (670 US-Dollar) für Kommunalbedienstete oder mit drei Jahren Haft bestraft.

Kamerun

Am 26. Januar 2025 kam es in Nkoteng und Mbandjock zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Beschäftigten der Zuckerrohrindustrie, die wegen niedriger Löhne, unsicherer Arbeitsbedingungen und der Unterdrückung der Gewerkschaft bei der Société Sucrière du Cameroun (SOSUCAM), Kameruns größter Zuckerfabrik, streikten. Nach Angaben der Gewerkschaft der Saisonbeschäftigten im Zuckerrohrsektor wurden in der Saison 2022-2023 mindestens 100 Unfälle verzeichnet. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen stellte das Unternehmen 90 % seiner 8.000 Beschäftigten, darunter viele Saisonarbeiter, keine Schutzausrüstung zur Verfügung. Nach einer Woche friedlicher Proteste rief das Unternehmen die Polizei, die Tränengas und Wasserwerfer einsetzte. Als die Beschäftigten sich wehrten, erschoss die Polizei einen Saisonarbeiter. Bei den anschließenden Unruhen wurden mindestens elf Personen verletzt und rund 20 festgenommen.



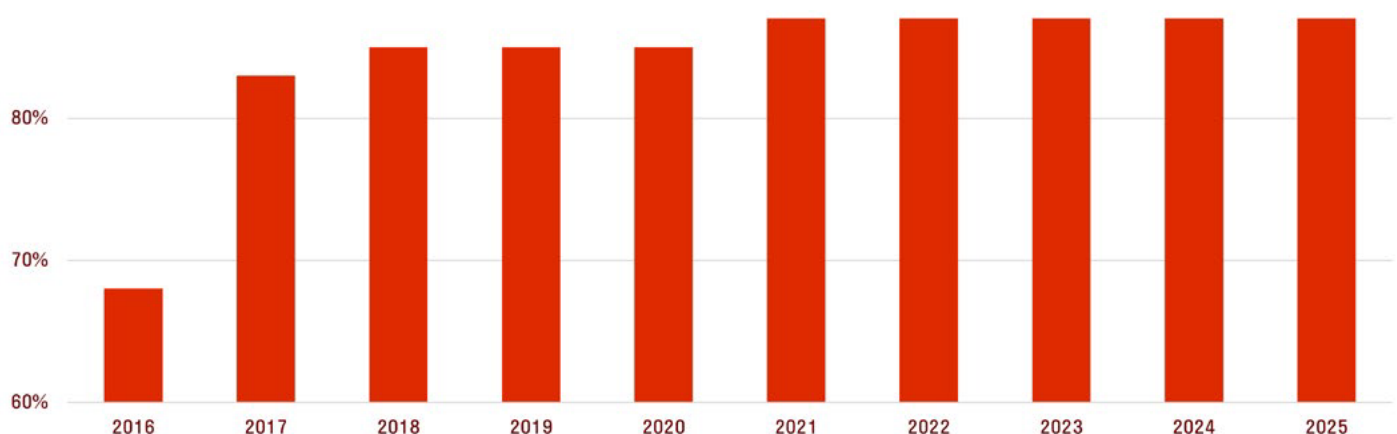
Foto: Channel 4 Iraq

Während des gesamten Jahres wurden Beschäftigte in zahlreichen Ländern wegen der Wahrnehmung ihres Streikrechtes festgenommen und strafrechtlich verfolgt. Im Irak gingen die Sicherheitskräfte gewaltsam gegen streikende Ölarbeiter in Basra im Süden des Landes vor, wobei Proteste gegen schlechte Arbeitsbedingungen und nicht eingehaltene Lohnzusagen brutal unterbunden wurden.

Irak

Am 2. Juni 2024 griffen irakische Sicherheitskräfte friedlich protestierende Vertragsarbeiter der South Refineries Company gewaltsam an. Diese hatten für unbefristete Arbeitsverträge demonstriert. Die streikenden Arbeiter, die von der General Federation of Oil, Gas and Petrochemical Unions in Iraq (GFOGPU), der General Union of Oil Workers und der General Union of Energy in Iraq unterstützt wurden, wurden von der Polizei mit Gummigeschossen und Elektrostäben angegriffen, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden. Zu Beginn der einwöchigen Proteste hatte die Polizei zahlreiche Menschen festgenommen. Die Demonstrierenden waren seit mehreren Jahren mit 315 Verträgen beschäftigt, ohne dass eine gerechte Regelung ihres Beschäftigungsstatus gefunden worden war. Sie sollten unbefristete Verträge erhalten, doch die Unternehmensleitung hatte dies nicht umgesetzt.

ZEHNJAHRESTRENDS: LÄNDER, DIE DAS STREIKRECHT VERLETZEN



Untergrabung der Tarifverhandlungen

Das Recht auf Tarifverhandlungen ermöglicht es Beschäftigten, mit Hilfe einer repräsentativen Gewerkschaft mit ihrem Arbeitgeber zu verhandeln.

Weltweit hat sich die Lage bei diesem grundlegenden Recht der Beschäftigten im Jahr 2025 leicht verschlechtert. Dieses Recht wurde in 121 Ländern (80 %) eingeschränkt oder gar nicht gewährt, gegenüber 79 % im Jahr 2024 und weit über den 63 % im Jahr 2014. Diese Zahlen unterstreichen, wie wenig viele Länder internationale Vereinbarungen zum Schutz der Arbeitnehmerrechte beachten. Insgesamt 160 von 187 ILO-Mitgliedstaaten haben das ILO-Übereinkommen 98 ratifiziert, das Arbeitnehmer vor gewerkschaftsfeindlicher Diskriminierung und Einmischung schützt.

In Ländern wie **Bahrain, Kanada, Guatemala**, den **Niederlanden, Peru** und der **Republik Korea** bedienten sich Arbeitgeber schwacher Gesetze und unzureichender Kontrollen und umgingen Tarifverhandlungen durch Hinhaltetaktiken, Verweigerung von Verhandlungen und den Abschluss von Vereinbarungen mit arbeitgebernahen Gewerkschaften oder nicht repräsentativen Gremien. In Griechenland weigerte sich das Kundendienstunternehmen Teleperformance trotz Streiks gegen stagnierende Löhne, befristete Verträge und Überwachung, an Verhandlungen teilzunehmen.

Unternehmen wie etwa in **Moldawien, Panama** und auf den **Philippinen** weigerten sich regelmäßig, Tarifverträge anzuwenden oder verstießen gegen diese. In **Nepal** kämpften Angestellte von Casinos acht Monate lang dafür, dass ihr Arbeitgeber eine Vereinbarung aus dem Jahr 2023 umsetzte. In Kenia kämpfte die Gewerkschaft **Kenya Medical Practitioners, Pharmacists and Dentists Union (KMPDU)** nach der brutalen Niederschlagung eines Streiks im Jahr 2024 darum, die Regierung zur Einhaltung einer Vereinbarung über bessere Bedingungen zu zwingen.

Internationale Überwachungsgremien bestehen darauf, dass vor der Verabschiedung arbeitsrechtlicher Gesetze Konsultationen mit den Gewerkschaften stattfinden. Viele Regierungen – beispielsweise in **Mauretanien** – weigerten sich jedoch, dies zu tun, und schlossen die Gewerkschaften aus nationalen dreigliedrigen Gremien aus oder schränkten ihre Mitsprache ein, wie im Fall von **Italien**. In **Indien** wurden zehn Gewerkschaften von Konsultationen über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für Beschäftigte in der Herstellung von Beedi-Zigaretten und Zigarren ausgeschlossen.



Foto: Ted Aljibe / AFP

Auf den Philippinen fordern die Beschäftigten gerechte Löhne, während die Arbeitgeber Tarifverträge weiterhin ignorieren oder verletzen. Angesichts steigender Lebenshaltungskosten haben viele Menschen Mühe, ihre Grundbedürfnisse zu decken, während ihre Rechte routinemäßig missachtet werden.

Frankreich

In Frankreich sind Tarifverhandlungen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – also Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten – seit den rückschrittlichen Reformen von 2017 unter Druck geraten. Mit diesen Reformen wurde die Macht der Arbeitgeber gestärkt, ihre Arbeitsbedingungen durchzusetzen und die kollektive Vertretung zu umgehen. Sind keine Arbeitnehmervertreter vorhanden (was in den meisten KMU der Fall ist), können die Arbeitgeber Tarifverträge ausarbeiten und diese den Beschäftigten ohne Zugang zu gewerkschaftlicher Beratung zur Abstimmung vorlegen. Laut Statistiken aus dem Jahr 2024 wurden 40,2 % der betrieblichen Tarifverträge durch diese Art von „Arbeitgeberreferendum“ abgeschlossen. Von dieser Lücke sind 172.000 KMU mit rund 4,5 Millionen Beschäftigten betroffen.

Kanada

Im Jahr 2024 berief sich die Regierung in vier Arbeitskonflikten, von denen Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern betroffen waren, darunter Flugzeugmechaniker, Eisenbahnarbeiter, Hafenarbeiter und Postangestellte, auf Abschnitt 107 des kanadischen Arbeitsgesetzes. Dieser Absatz ermächtigt den Arbeitsminister, in Arbeitskonflikte einzugreifen und die kanadische Arbeitsbeziehungsbehörde (Canada Industrial Relations Board, CIRB) zu Maßnahmen wie der Einleitung eines obligatorischen Schiedsverfahrens zu veranlassen. Das Eingreifen der föderalen Regierung führte zu einer Verlangsamung der Tarifverhandlungen und schwächte das Vertrauen in den Verhandlungsprozess.

Deutschland

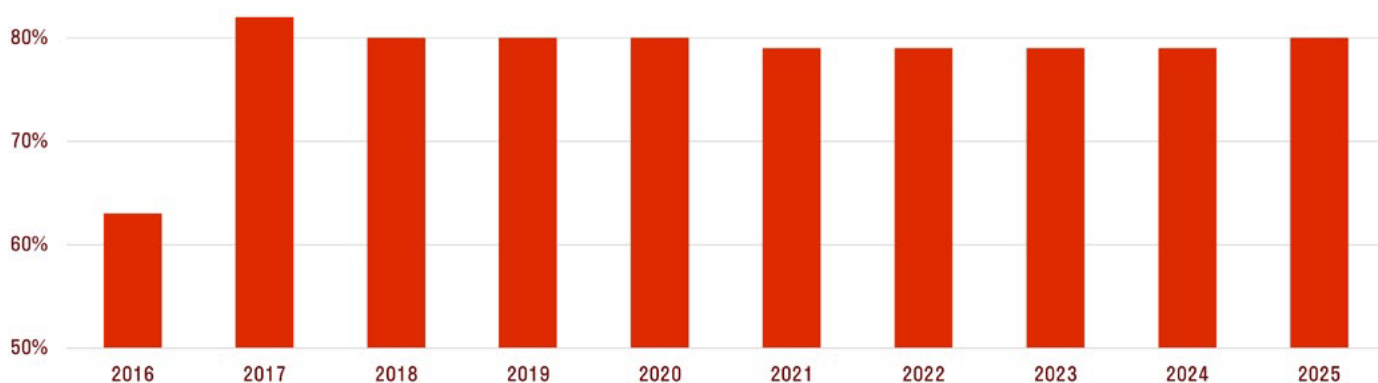
Seit mehreren Jahren erleben die Beschäftigtenvertreter im Tesla-Werk in Grünheide bei Berlin starken Widerstand der Unternehmensleitung gegen Tarifverhandlungen und eine konsequente Missachtung des deutschen Mitbestimmungsmodells. Im Oktober 2024 kündigte Tesla eine, IG Metall-Betriebsratsmitglied fristlos. Die Branchengewerkschaft hat rechtliche Schritte gegen Tesla wegen systematischer Behinderung von Tarifverhandlungen eingeleitet.

Tesla hält seine gewerkschaftsfeindliche Haltung an seinen europäischen Standorten weiter aufrecht und verstößt damit gegen nationales Arbeitsrecht und internationale Standards.

Schweden

In Schweden weigert sich Tesla nach wie vor, Tarifverhandlungen mit IF Metall aufzunehmen. Indem das Unternehmen Ersatzpersonal (Streikbrecher) aus anderen Tesla-Werkstätten in Europa einfliegen lässt, um Streikende zu ersetzen, verstößt es gegen schwedisches Recht. Außerdem hat das Unternehmen einen Beschäftigten wegen seiner Teilnahme am Streik zu Unrecht entlassen. Die Mobilisierung der Beschäftigten in Schweden hält an.

ZEHNJAHRESTRENDS: LÄNDER, DIE DAS TARIFVERHANDLUNGSRECHT VERLETZEN



Vom arbeitsrechtlichen Schutz ausgeschlossen

Das Recht auf Vereinigungsfreiheit macht es Beschäftigten möglich, sich ohne Zwang unabhängigen Gewerkschaften anzuschließen und solche zu gründen, um ihre Interessen zu schützen.

Laut internationalen Arbeitsabkommen, die von 158 der 187 ILO-Mitglieder ratifiziert wurden, haben alle Beschäftigten das Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf gewerkschaftliche Organisation. Die globalen Daten zeichnen jedoch ein ganz anderes – besorgniserregendes – Bild. Im Jahr 2025 werden in 113 von 151 Ländern (75 %) Beschäftigte von diesem Recht ausgeschlossen sein, unverändert gegenüber 2024 und weit über den 58 % im Jahr 2014.

Vom arbeitsrechtlichen Schutz ausgeschlossen

Häufig schützen die Arbeitsgesetze Hausangestellte und Zeitarbeitskräfte sowie Beschäftigte in der informellen Wirtschaft und in der Plattformwirtschaft nicht. So beispielsweise in **Burundi** und **Pakistan**. In rund 30 der untersuchten Länder, darunter **Jordanien**, **Mauretanien**, **Katar**, **Saudi-Arabien** und **Thailand**, ist es Wanderarbeitkräften untersagt, Gewerkschaften zu gründen oder ihnen beizutreten, Führungspositionen in Gewerkschaften zu bekleiden oder sich gewerkschaftlich zu betätigen. In Sonderwirtschaftszonen, etwa in **Bangladesch** und **Haiti**, haben Beschäftigte kein Recht auf Vereinigungsfreiheit.

Bestimmte Gruppen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind weiterhin vom Vereinigungsrecht ausgeschlossen, darunter Richter*innen in **Marokko**, Sicherheitskräfte in **Ruanda**, Feuerwehrleute, Gefängnispersonal und Küstenwache in **Japan**, Gefängnisbeamte auf den **Bahamas** sowie hochrangige Beamte, Richter*innen und Gefängniswärter*innen in der **Türkei**.

Gewerkschaftsfeindlichkeit

Gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen, bei denen Arbeitgeber Gewerkschaftsaktivitäten behindern und die Gründung oder den Ausbau von Gewerkschaften erschweren oder verhindern, sind zu einer weit verbreiteten Strategie geworden, unter der Millionen von Beschäftigten leiden. Diese Praxis verstößt gegen das ILO-Übereinkommen 98, das von 160 der 187 ILO-Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde und das Recht der



Foto: Yuichi Yamazaki / AFP

In Japan sind bestimmte Gruppen von Beschäftigten, darunter Feuerwehrleute, vom Recht auf die Gründung von und den Beitritt zu Gewerkschaften ausgeschlossen.

Arbeitnehmerorganisationen auf angemessenem Schutz vor Eingriffen der Arbeitgeber in ihre Gründung, ihre Tätigkeit oder ihre Geschäftsführung festschreibt. Hier nur einige Beispiele:

- **El Salvador:** Fünf Beschäftigte einer Brauerei wurden wegen der Gründung einer Gewerkschaft entlassen.
- **Guinea:** 20 Hotelangestellte wurden nach der Gründung einer Gewerkschaft entlassen.
- **Ungarn:** Mehrere Journalist*innen wurden wenige Tage nach der Gründung einer Gewerkschaft entlassen.
- **Lesotho:** Ein Automobilunternehmen stellte die Zahlung der Gewerkschaftsbeiträge ein.
- **Polen:** Ein Güterbahnunternehmen entließ gezielt Gewerkschaftsmitglieder.
- **Senegal:** Ein Zementunternehmen weigert sich seit 20 Jahren, Gewerkschaftswahlen zuzulassen.
- **Schweiz:** Eine Supermarktkette versuchte, Beschäftigte vom Beitritt zu einer Gewerkschaft abzuhalten.
- **Thailand:** Ein Automobilunternehmen suspendierte drei führende Gewerkschaftsmitglieder und versetzte 38 Mitglieder unmittelbar nach der Gründung einer Gewerkschaft.

Malaysia

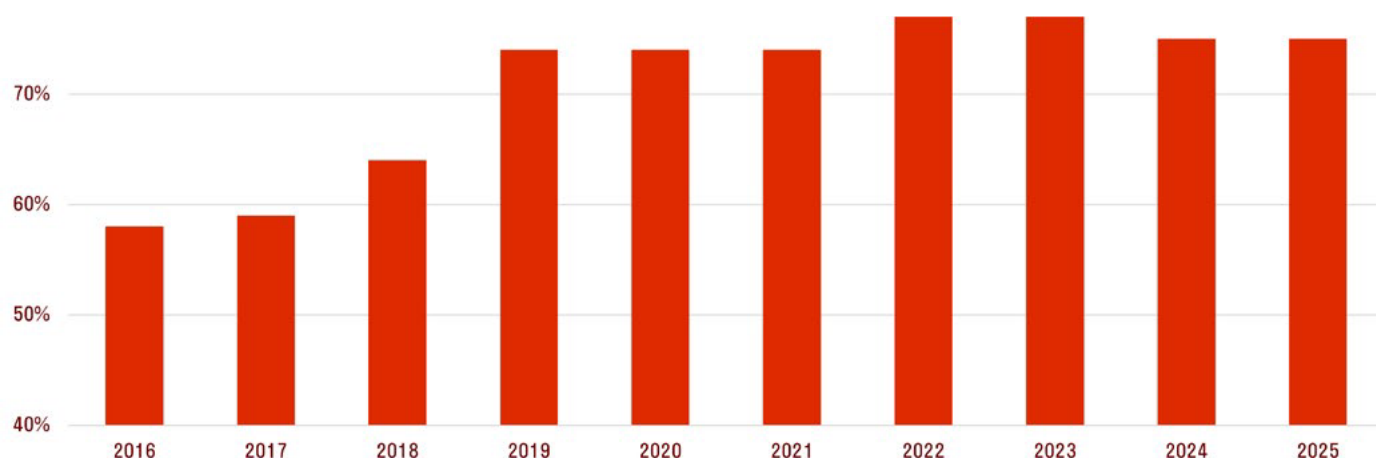
Amcor, ein globales Verpackungsunternehmen, das multinationale Konzerne wie Coca-Cola, Nestlé und Unilever beliefert, setzte seine gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen fort. Im Jahr 2024 entließ das Unternehmen die Sekretärin der BEMIS Asia Pacific Workers Union, Siti Sanijah Binti Musa, ungerechtfertigt. Die Kündigung folgte auf andere willkürliche Disziplinarmaßnahmen gegen sie, darunter eine einseitige und nicht begründete Lohnkürzung in Höhe von 50 Prozent für 19 Tage.

Amcor führt seit langem eine gewerkschaftsfeindliche Kampagne, um die Beschäftigten daran zu hindern, sich zu organisieren. Bei einer geheimen Abstimmung im April 2024 schickte das Unternehmen die Beschäftigten vorzeitig nach Hause, um viele von ihnen, insbesondere Wanderarbeitskräfte, von der Stimmabgabe abzuhalten.

Kanada

Dutzende Beschäftigte in einem Logistikzentrum von Amazon im kanadischen Laval (Provinz Québec) haben sich im Mai 2024 gewerkschaftlich organisiert. Nach sechsmonatigen Verhandlungen über einen ersten Tarifvertrag und kurz vor einem Schiedsverfahren kündigte das Unternehmen des Milliardärs Jeff Bezos die Schließung seiner fünf Lagerhäuser in der Provinz Québec an, wodurch rund 2.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. Amazon, das für seine aggressive Gewerkschaftsfeindlichkeit bekannt ist, begründete die Schließungen mit Kosteneinsparungen. Québec war die einzige Provinz in Kanada, in denen Amazon-Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert sind.

ZEHNJAHRESTRENDS: LÄNDER, DIE BESCHÄFTIGTE VOM RECHT AUF DIE GRÜNDUNG VON ODER DEN BEITRITT ZU GEWERKSCHAFTEN AUSSCHLIESSEN



Beschränkungen des Zugangs zur Justiz

Das Recht auf Zugang zur Justiz gibt Beschäftigten die Möglichkeit, bei Verletzung ihrer Rechte über das Justizsystem eine faire Entschädigung zu verlangen und zu erhalten.

Der Zugang zur Justiz und zu einem fairen Verfahren ist ein Grundpfeiler jeder freien, demokratischen Gesellschaft. Es gibt jedoch zunehmend alarmierende Anzeichen dafür, dass dieses Recht weltweit immer stärker unter Druck gerät. Im Jahr 2025 hatten Beschäftigte in 109 (72 %) von 151 Ländern keinen oder nur eingeschränkten Zugang zur Justiz. Dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber 65 % im Jahr 2024 und entspricht dem höchsten Wert seit Bestehen des Index.

Regelmäßig wurden führende Gewerkschaftsmitglieder unter falschen Anschuldigungen festgenommen und strafrechtlich verfolgt, und die Gerichtsverfahren wiesen eklatante Verstöße gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren und die Unparteilichkeit der Justiz auf. Besonders auffällig war dies in **Belarus, Kambodscha, Hongkong, Myanmar** und **Venezuela**.

Beschäftigte, die Rechtsverletzungen anzeigen wollten, wurden systematisch daran gehindert: Ihnen wurden der Zugang zur Justiz erschwert und unerschwinglich gemacht, die Verfahren waren übermäßig komplex, es kam zu erheblichen Verzögerungen, die Entschädigungen waren gering und die Rechtsdurchsetzung war unzureichend. Alle Regionen waren davon betroffen, doch in Europa nahmen diese behindernden Taktiken 2025 stark zu. In **Frankreich** schränkten übermäßig lange Wartelisten vor den Gerichten und Obergrenzen für Entschädigungen bei rechtswidrigen Kündigungen den Zugang der Beschäftigten zur Justiz erheblich ein.



Foto: Andrej Isakovic / AFP

In Serbien sind die Beschäftigten mit neuen Hindernissen konfrontiert, um zu ihrem Recht zu kommen. Die Frist für die Anfechtung von Arbeitsrechtsverletzungen wurde von 90 Tagen auf 60 Tage verkürzt, und hohe Gerichts- und Anwaltskosten machen es für viele unerschwinglich, vor Gericht zu gehen.

Philippinen

Mehrere Gewerkschaftsmitglieder auf den Philippinen müssen sich auch mehrere Jahre nach ihrer Freilassung gegen Kautions wegen der Ausübung ihrer Gewerkschaftsarbeit vor Gericht verantworten. Diese Praxis, Gewerkschafter mit der Androhung einer erneuten Verhaftung unter Druck zu setzen, dient dazu, Gewerkschaften einzuschüchtern und mundtot zu machen. France Castro, eine Gewerkschaftsführerin im Bildungssektor, und 17 Menschenrechtsaktivist*innen (zusammen bekannt als die „Talaingod 18“) wurden im November 2018 verhaftet, als sie vertriebenen indigenen Lumad-Gemeinschaften Hilfe leisteten. Die Regierung hat die Anklagen gegen sie noch nicht fallen gelassen.

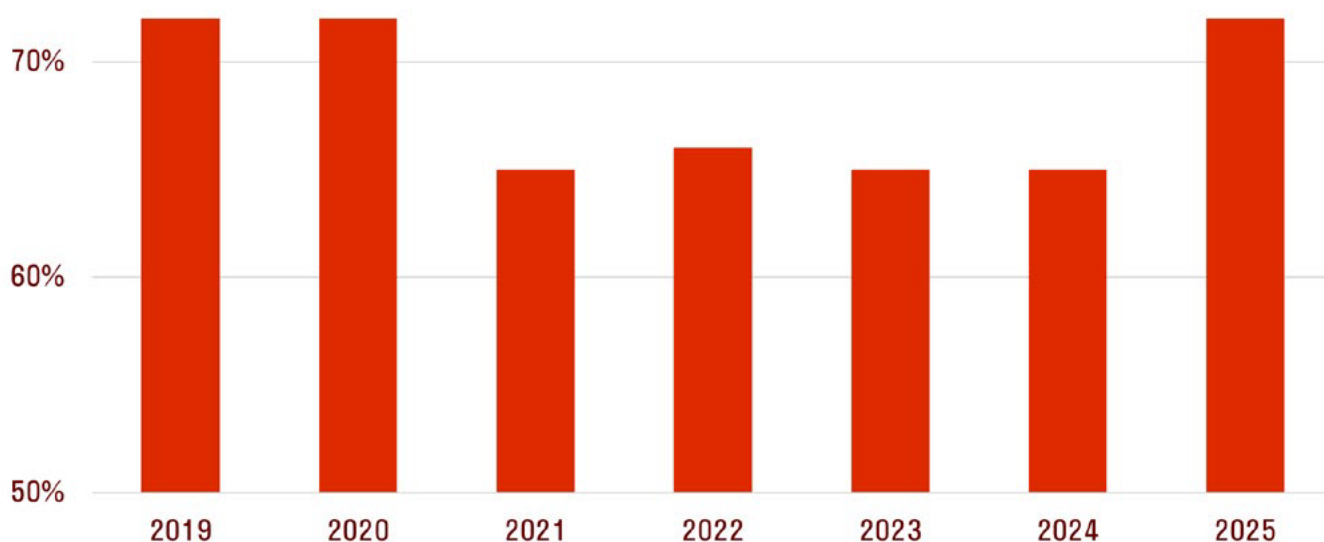
In ähnlicher Weise wurden 2019 Anne Krueger, Referentin für internationale Angelegenheiten bei Kilusang Mayo Uno (KMU), und der Bauernführer Danny Tabura unter dem Vorwurf des illegalen Waffenbesitzes festgenommen und gegen Kautions freigelassen. Ihre Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Iran

Seit ihrer Festnahme im Mai 2022 sind Cécile Kohler und Jacques Paris, zwei französische Gewerkschafter der Force Ouvrière, immer noch rechtswidrig in Teheran inhaftiert. Ihnen wird „Vereinigung und Verschwörung mit dem Ziel der Gefährdung der Sicherheit des Landes“ vorgeworfen, was mit einer Freiheitsstrafe von zwei bis fünf Jahren geahndet wird.

Beide sind im Hochsicherheitstrakt für politische Gefangene inhaftiert und warten auf ihren Prozess. Sie sind in kleinen, ständig beleuchteten Zellen ohne Fenster untergebracht, die sie sich nach dem Zufallsprinzip mit anderen Häftlingen teilen. Der Zugang ins Freie ist auf drei 30-minütige Pausen pro Woche beschränkt, die oft willkürlich gestrichen werden. Seit ihrer Inhaftierung wurden nur vier konsularische Besuche genehmigt. Beide werden misshandelt und psychisch gefoltert und dürfen nicht mit anderen Häftlingen sprechen.

SECHSJAHRESTRENDS: LÄNDER, IN DENEN DER ZUGANG ZUR JUSTIZ EINGESCHRÄNKT WIRD



Aufhebung der Zulassung von Gewerkschaften

Das Recht einer Gewerkschaft auf offizielle Anerkennung durch Behörden und Unternehmen durch eine gesetzliche Registrierung ist ein wesentlicher Bestandteil des Vereinigungsrechts.

Das Recht auf Vereinigungsfreiheit ist im ILO-Übereinkommen Nr. 87 verankert, das 158 der 187 ILO-Mitgliedstaaten unterzeichnet haben. Das Ausmaß der Verstöße gegen das Recht auf Registrierung einer Gewerkschaft blieb jedoch auf dem schlechtesten Stand seit Bestehen des Index und hat sich gegenüber dem Bericht von 2024 nicht verändert. Im Jahr 2025 gab es in 112 (74 %) von 151 Ländern erhebliche Hindernisse für die Gründung und Registrierung von Gewerkschaften, weil die Verfahren langwierig und willkürlich waren und die Behörden praktische Hürden aufstellten.

In **Äthiopien** wurde die Registrierung der National Teachers' Association (NTA) wiederholt abgelehnt, und die Ethiopian Teachers' Association (ETA) darf nicht der Confederation of Ethiopian Trade Unions (CETU) beitreten, weil Beschäftigte im Bildungs- und Ausbildungsbereich von den allgemeinen Arbeitsbestimmungen ausgeschlossen sind. Im **Tschad** haben die Behörden eine neu gegründete Lehrgewerkschaft suspendiert, angeblich um „ein friedliches Bildungsumfeld zu gewährleisten und jede Form von Unruhen zu verhindern, die Schüler und das tschadische Bildungssystem beeinträchtigen könnten“. In **Mosambik** hat die Regierung die Registrierung der Gewerkschaft Sindicato Nacional dos Trabalhadores da Função Pública (SINAFP) abgelehnt, und in **Pakistan** hat ein Gericht in der Region Belutschistan 62 Gewerkschaften für illegal erklärt, wodurch Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ohne kollektive Vertretung blieben.



Foto: Kabir Dhanji / AFP

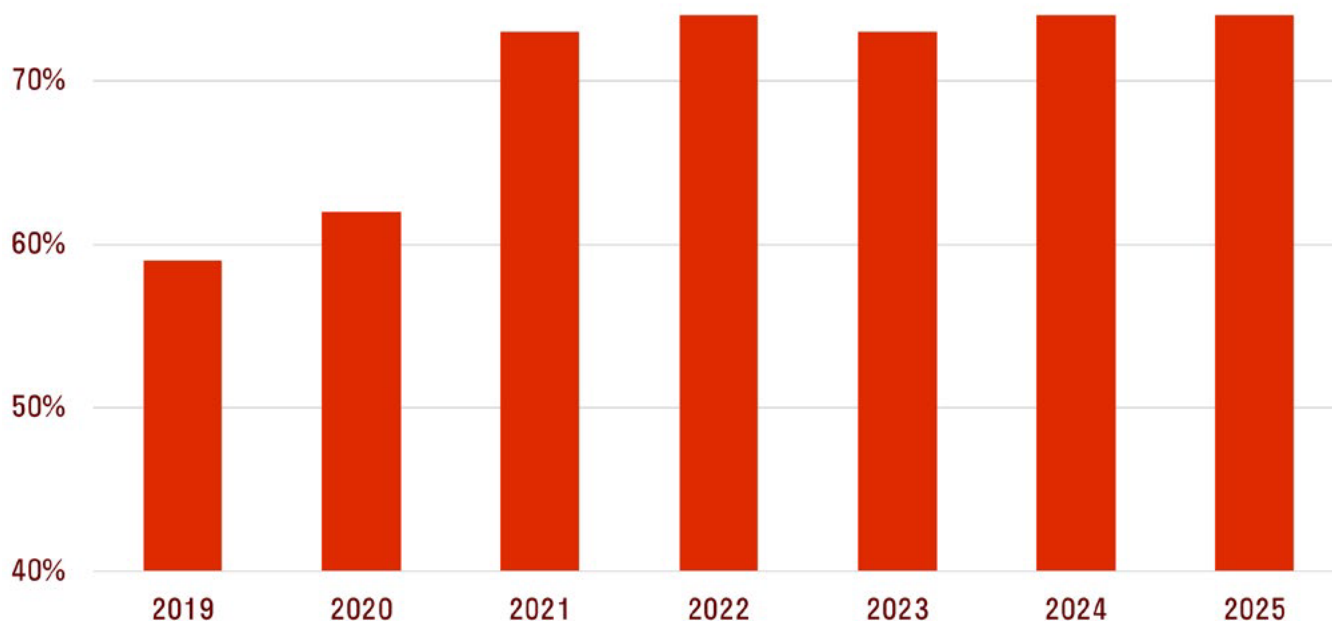
In Kenia wird Beschäftigten das Recht auf einen Gewerkschaftsbeitritt verweigert, da der Staat ihren Beschäftigungsstatus manipuliert und damit gegen internationale Arbeitsnormen verstößt.

In **Belarus, Ägypten, Hongkong, Sudan** und **Jemen** können Beschäftigte keine Gewerkschaften gründen oder ihnen beitreten, da die unabhängige Gewerkschaftsbewegung vor einigen Jahren von den Behörden zerschlagen wurde. In anderen Ländern wie **China, Irak, Laos, Libyen** und **Vietnam** werden die Beschäftigten gezwungen, staatlich kontrollierten Gewerkschaften beizutreten.

Kenia

Seit über 18 Monaten versuchen rund 600 Beschäftigte der Flugsicherung, eine Gewerkschaft unter dem Dach der Transport Workers Union of Kenya (TAWU) zu gründen. Die kenianische Zivilluftfahrtbehörde (KCAA) blockiert diese Bemühungen jedoch, indem sie die Beschäftigten zu Unrecht als „Führungskräfte“ einstuft. Dadurch wird den Beschäftigten das Recht auf Gewerkschaftsbeitritt verweigert, da das kenianische Arbeitsrecht Führungskräfte von der Gewerkschaftsmitgliedschaft ausschließt, ein Verstoß gegen internationale Arbeitsnormen und Vereinbarungen. Die TAWU kämpft vor Gericht für die Rechte der Beschäftigten.

SIEBENJAHRESTRENDS: LÄNDER, DIE DIE **ZULASSUNG VON GEWERKSCHAFTEN EINSCHRÄNKEN**



Angriffe auf die Rede- und Versammlungsfreiheit

Die freie Meinungsäußerung und das Recht auf Versammlungsfreiheit sind grundlegende bürgerliche Freiheiten, die für eine gesunde Gewerkschaftsbewegung unverzichtbar sind.

Die Zahl der Länder, in denen Beschäftigten grundlegende Freiheiten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit verwehrt werden, hat einen neuen Höchststand erreicht. Im Jahr 2025 verletzten 68 (45 %) von 151 Ländern die Rechte der Beschäftigten auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung, gegenüber 43 % im Jahr 2024 und 26 % im Jahr 2014, als der Index eingeführt wurde.

Am deutlichsten werden diese Rechte in autoritären Regimes und Ländern unter Militärherrschaft wie **Algerien, Burkina Faso, Tschad, Ägypten, Gabun, Guinea, Libyen, Mali, Niger** und **Tunesien** unterdrückt. Studentische Proteste wurden in Bangladesch und Kenia gewaltsam niedergeschlagen, Arbeitnehmerproteste wurden in Bahrain, Eswatini, Guinea-Bissau, Hongkong und Türkei verboten.

Benin

Während der Feiern zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2024 wurden 74 Beschäftigte festgenommen. Einige wurden schnell wieder freigelassen, 42 blieben jedoch in Haft. Bei einem ähnlichen Vorfall am 27. April 2024 wurden mehrere Gewerkschaftsführer bei einer friedlichen Demonstration von der Polizei festgenommen und später wieder freigelassen.



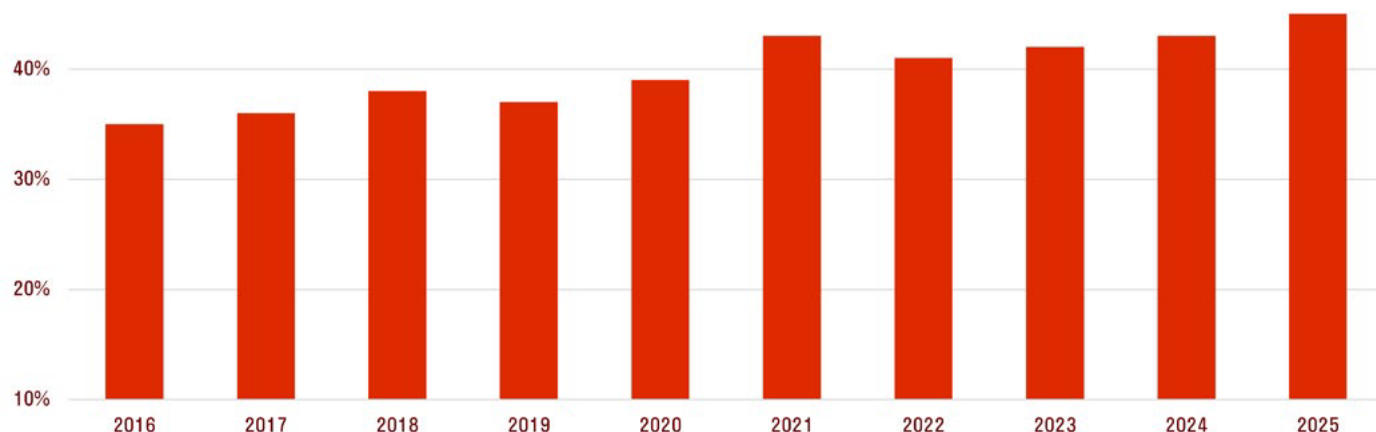
Foto: Abadjaye Justin Sodogandji / AFP

In Benin sind arbeitende Menschen zuzunehmend Repressionen ausgesetzt. Während des Jahres 2024 wurden führende Gewerkschaftsvertreter festgenommen, weil sie die Arbeitnehmerrechte mit friedlichen Mitteln verteidigt und die steigenden Lebenshaltungskosten kritisiert hatten.

Russische Föderation

Sogenannte „Covid-Beschränkungen“ gelten weiterhin für öffentliche Veranstaltungen, sodass die Behörden jegliche Straßenaktionen auf unbestimmte Zeit verbieten oder stark einschränken können. Änderungen aus dem Jahr 2020 erschweren die Organisation von Kundgebungen und Demonstrationen mit mehr als 500 Teilnehmern erheblich, da strenge Bedingungen für die Finanzierung gelten und die Regierung verstärkt in Spenden eingreift. Eine Kombination aus rechtlichen und administrativen Hindernissen schränkt die Möglichkeiten der Gewerkschaften, Veranstaltungen und Kampagnen zu organisieren, stark ein.

ZEHNJAHRESTRENDS: LÄNDER, DIE DIE REDE- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT VERWEIGERN ODER EINSCHRÄNKEN



Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen

Gewerkschafter sind weltweit in alarmierendem Ausmaß Verfolgung ausgesetzt. In 71 (47 %) von 151 Ländern waren Beschäftigte 2025 wegen der Ausübung ihrer Gewerkschaftsfreiheiten von Inhaftierung und Haftstrafen bedroht. Dies ist zwar eine leichte Verbesserung gegenüber dem Rekordhoch von 49 % im Jahr 2024, aber immer noch fast doppelt so viel wie zum Zeitpunkt der Einführung des Index im Jahr 2014.

In **Mali** wurden zwei gewerkschaftlich organisierte Gefängnisangestellte für drei Tage entführt, nachdem sie die Militärjunta kritisiert hatten. In **Venezuela** wurde ein Gewerkschaftsmitglied aus dem Bildungssektor ohne Grund von der Polizei festgenommen, ein anderes sitzt seit über zwei Jahren in Untersuchungshaft.

Frankreich

In Frankreich wurden über 1.000 Mitglieder und Führungspersonen der Confédération générale du travail (CGT) wegen ihrer Beteiligung an Massenprotesten gegen Rentenreformen strafrechtlich verfolgt und mit Disziplinarmaßnahmen belegt. Einige Gewerkschafter wurden aus unklaren Gründen immer wieder von der Polizei vorgeladen. Laurent Indrusiak, Generalsekretär der CGT-Ortsgruppe in Allier, soll in den letzten zwei Jahren 33 Mal vorgeladen worden sein. Im April 2024 wurden Indrusiak und zwei weitere Gewerkschaftsführer, Caroline Beradan und Elena Blond, wegen „Behinderung des Verkehrs auf einer öffentlichen Schnellstraße“ zu Geldstrafen verurteilt. Sie hatten 2023 an einer Aktion „Schneckentempo“ teilgenommen. Bei solchen Aktionen geht es darum, den Verkehr oder Arbeitsabläufe gezielt zu verlangsamen, um Störungen zu verursachen und auf ein Anliegen aufmerksam zu machen, ohne dass es zu einer vollständigen Blockade oder einem Streik kommt.



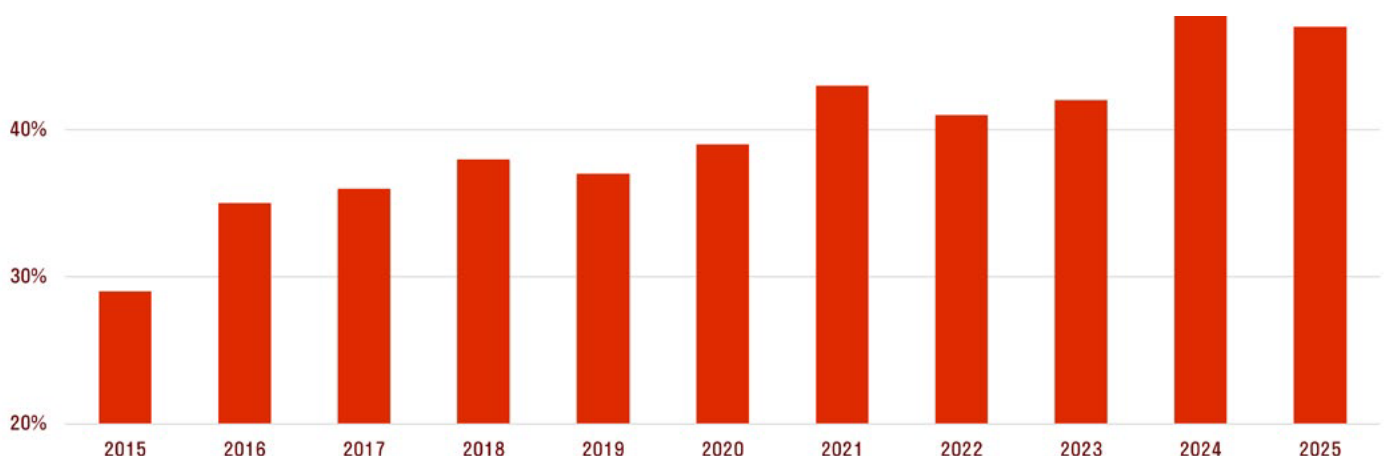
Foto: Kabir Dhanji / AFP

In Tunesien ist die Lage mit Blick auf bürgerliche Freiheiten nach wie vor äußerst besorgniserregend. Grundfreiheiten wie die Meinungsfreiheit und das Recht auf friedliche Versammlungen sind stark eingeschränkt, und Gewerkschaftsmitglieder werden häufig verhaftet und strafrechtlich verfolgt.

Hongkong

Im Jahr 2020 wurden 47 Demokratieaktivisten, darunter Carol Ng, Vorsitzende der Hong Kong Confederation of Trade Unions (HKCTU), und Winnie Yu, Vorsitzende der Hospital Authority Employees Alliance (HAEA), wegen Verschwörung zum Umsturz verhaftet, weil sie an einer Vorwahl für die Kandidaten der Wahlen teilgenommen hatten. Im Jahr 2024 wurden Yu und 13 weitere Personen verurteilt. Die Gewerkschaftsführerin wurde zu sechs Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Ng wurde zu vier Jahren und fünf Monaten Haft verurteilt. Mit dem Nationalen Sicherheitsgesetz von 2021 werden die Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften eingeschränkt: 292 Personen wurden verhaftet, 195 angeklagt und 71 verurteilt.

ZEHNJAHRESTRENDS: LÄNDER, DIE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER WILLKÜRLICH FESTNEHMEN UND INHAFTIEREN



Gewaltsame Angriffe auf Beschäftigte

Beschäftigte und Gewerkschaftsmitglieder wurden 2025 in 40 Ländern (26 %) Opfer von Gewalt, womit sich die Lage gegenüber 2024 (29 %) leicht verbessert hat. Wo Gewalt herrscht, können Gewerkschaftsmitglieder nicht frei arbeiten, die Arbeitnehmerrechte und -wohlergehen sind dadurch stark gefährdet.

Die Polizei führte Razzien in den Wohnungen von führenden Gewerkschaftsmitgliedern in der **Türkei** und in Gewerkschaftsbüros in **Nigeria** und **Tunesien** durch. In **Frankreich** wurden mehrere Gewerkschaftsbüros – die Confédération française démocratique du travail (CFDT) in Rennes und die Confédération générale du travail (CGT) in der Stadt Gennevilliers, im Département Puy-de-Dôme und in Okzitanien – von Rechtsextremen verwüstet. Ein Gewerkschafter der CGT in Morbihan wurde von seinem Arbeitgeber angegriffen, als er einen Kollegen während eines Disziplinarverfahrens unterstützte. Französische Gewerkschaftsfunktionäre erhielten außerdem anonyme Morddrohungen.

Haiti

In Haiti mussten fast alle Gewerkschaftsführer und -vertreter ihre Häuser verlassen, um vor bewaffneten Banden in Port-au-Prince zu fliehen. Der Generalsekretär der Confédération des Travailleurs et Travailleuses des Secteurs Public et Privé (CTSP) und seine Familie wurden angegriffen, und sein Haus wurde von bewaffneten Banditen überfallen. Er konnte sich in Sicherheit bringen. Der Hauptsitz der CTSP wird seitdem von bewaffneten Banden besetzt.



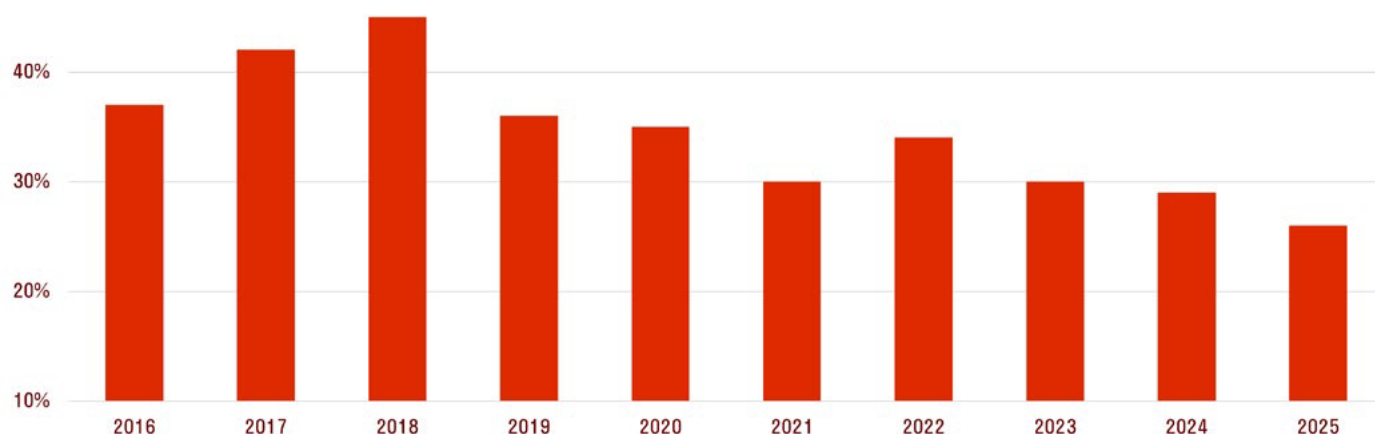
Foto: Clarens Siffroy / AFP

In Haiti hat die Bandengewalt im ganzen Land verheerende Auswirkungen. Auch die Gewerkschaften sind Zielscheibe: Bewaffnete Gruppen nehmen Gewerkschaftsbüros in Besitz und zwingen führende Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter zur Flucht, um sich in Sicherheit zu bringen.

Simbabwe

Am 1. Mai 2024 wurden fünf Mitglieder der Gewerkschaft Zimbabwe Diamond and Allied Minerals Workers Union (ZDAMWU) gewaltsam aus einer Veranstaltung zum Tag der Arbeit in der größten Lithiummine Simbabwes, Bikita Minerals, vertrieben. Über 20 Schläger, darunter einige vor Ort bekannte Personen, bedrohten die Gewerkschafter mit Waffen und zerstörten ihr Zelt. Eine Gewerkschafterin wurde entführt und zu einem Auto gezerzt, wo sie einer demütigenden Leibesvisitation unterzogen wurde.

ZEHNJAHRESTRENDS: LÄNDER, DIE BESCHÄFTIGTE KÖRPERLICHER GEWALT AUSSETZEN



Morde

Wegen ihrer mutigen und wichtigen Arbeit zum Schutz von Arbeitnehmerinteressen und zur Verteidigung demokratischer Freiheiten ist das Leben von Gewerkschaftsmitgliedern in Gefahr. Nach Morden an Gewerkschaftsaktivist*innen gibt es oft keine Gerechtigkeit für die Opfer oder ihre Familien. Der Tod führender Gewerkschafter*innen hat eine abschreckende Wirkung auf den Aktivismus und lässt die Beschäftigten schutzlos gegenüber staatlicher und arbeitgeberseitiger Willkür zurück.

Im Jahr 2025 starben Gewerkschaftsmitglieder und Beschäftigte in fünf Ländern für ihre Überzeugung:
Kamerun, Kolumbien, Guatemala, Peru und Südafrika.

Guatemala

Gesundheitswesen Guatemalas (SNTSG), wurde am 23. September 2024 von Auftragskillern ermordet.

Am 5. September wurde der Lehrer René Sucup Morán, Leiter der Gewerkschaft Sindicato de Trabajadoras y

Trabajadores de la Educación de Guatemala (STEG), von einem Auftragskiller ermordet. Die Gewerkschaft hatte seit Mai 2024 eine Reihe von Angriffen und Einschüchterungen gegen STEG-Führungskräfte dokumentiert, nachdem sie eine landesweite Kampagne für konstruktive Tarifverhandlungen gestartet hatte.

Am 15. Juni 2024 wurde Anastacio Tzib Caal, ein Anführer des Netzwerks der Textil-Maquila-Gewerkschaften in Guatemala, erschossen. Bis zum Redaktionsschluss dieses Berichts gab es noch keine Festnahmen.

Südafrika

Im Mai 2024 wurde ein Streik bei einem multinationalen Hersteller von Klimaanlage und Kühlsystemen für Autos in KwaZulu-Natal von Sicherheitskräften brutal aufgelöst, dabei schossen sie auf die Beschäftigten. Einer der Beschäftigten, Njabulo Mpulo, wurde getötet, mehr als zehn weitere wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Tödliche Realität: In Guatemala bezahlen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ihren Einsatz für die Arbeitnehmerrechte vielfach mit ihrem Leben, während die Behörden trotz wiederholter Aufforderungen nichts unternehmen, um sie zu schützen.



DER GLOBALE RECHTSINDEX ERKLÄRT

Der Globale Rechtsindex des IGB beschreibt die schlimmsten Länder der Welt für erwerbstätige Menschen und bewertet die einzelnen Länder auf einer Skala von 1-5+ anhand ihrer jeweiligen Einhaltung der Arbeitnehmerrechte. Rechtsverletzungen werden jedes Jahr von April bis März dokumentiert.

1. DOKUMENTATION VON RECHTSVERLETZUNGEN

Der IGB dokumentiert Verletzungen international anerkannter kollektiver Arbeitnehmerrechte durch Regierungen und Arbeitgeber. Die Methodik bezieht sich auf grundlegende Rechtsnormen bei der Arbeit, vor allem auf das Recht auf Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Tarifverhandlungen und das Streikrecht.

Es werden Fragebogen an 340 nationale Gewerkschaften in 169 Ländern versandt, in denen sie über Verletzungen von Arbeitnehmerrechten mit entsprechenden Angaben berichten können.

Es finden regionale Sitzungen mit Sachverständigen für Menschen- und Gewerkschaftsrechte statt, bei denen die Fragebogen zunächst verteilt, erläutert und dann ausgefüllt werden.

Der IGB setzt sich darüber hinaus telefonisch und per E-Mail direkt mit Gewerkschaften in Verbindung, wenn Rechtsverstöße bekannt werden, um die relevanten Fakten zu bestätigen.

Rechtsexperten analysieren die geltenden Gesetze der einzelnen Länder, um Bereiche festzustellen, in denen international anerkannte kollektive Arbeitnehmerrechte nicht ausreichend geschützt werden.

2. CODIERUNG DES TEXTES

Der Text zu jedem Land in der IGB-Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten wird anhand von 97 Indikatoren codiert, die von den Übereinkommen und der Rechtsprechung der ILO abgeleitet sind und sich auf Verletzungen von Arbeitnehmerrechten sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Praxis beziehen.

Ein Land erhält jedes Mal einen Punkt, wenn die Textinformation einem Indikator entspricht. Jeder Punkt entspricht dem Wert 1. Nach der Codierung der für ein Land vorliegenden Informationen werden die Punkte addiert, um den Gesamtwert zu ermitteln.

3. BEWERTUNG DER LÄNDER

Die Länder werden in Kategorien von 1-5+ bewertet, wobei es darum geht, inwieweit sie kollektive Arbeitnehmerrechte respektieren. Es gibt 5 Ratings, wobei 1 das beste und 5+ das schlechteste Rating ist, das ein Land bekommen kann. Der Entwicklungsstand, die Größe oder Lage eines Landes werden dabei nicht berücksichtigt, da grundlegende Rechte allgemeingültig sind und alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überall auf der Welt die Möglichkeit haben müssen, sie wahrzunehmen. Eine Kategorie mit einem hohen Rating bedeutet, dass die Beschäftigten in diesen Ländern nicht das Recht auf eine kollektive Stimme haben, da der Staat die Rechte nicht garantiert.

BESCHREIBUNG DER RATINGS



1 SPORADISCHE RECHTSVERLETZUNGEN

Kollektive Arbeitnehmerrechte werden generell garantiert. Die Beschäftigten können sich ungehindert zusammenschließen und ihre Rechte kollektiv gegenüber der Regierung und/oder Unternehmen vertreten und ihre Arbeitsbedingungen durch Tarifverhandlungen verbessern. Es kommt nur gelegentlich zu Arbeitnehmerrechtsverletzungen.

2 WIEDERHOLTE RECHTSVERLETZUNGEN

Länder mit dem Rating 2 verfügen über leicht schwächere kollektive Arbeitnehmerrechte als diejenigen mit dem Rating 1. Die Regierungen und/oder Unternehmen haben bestimmte Rechte wiederholt verletzt und die Bemühungen um bessere Arbeitsbedingungen untergraben.

3 REGELMÄSSIGE RECHTSVERLETZUNGEN

Die Regierungen und/oder Unternehmen greifen regelmäßig in kollektive Arbeitnehmerrechte ein oder versäumen es, wichtige Aspekte dieser Rechte uneingeschränkt zu garantieren. Es sind gesetzliche Defizite und/oder bestimmte Praktiken vorhanden, die häufige Rechtsverletzungen ermöglichen.

4 SYSTEMATISCHE RECHTSVERLETZUNGEN

Die Beschäftigten in Ländern mit dem Rating 4 haben über systematische Rechtsverletzungen berichtet. Die Regierungen und/oder Unternehmen zielen darauf ab, die kollektive Stimme der Arbeitnehmer*innen zum Schweigen zu bringen, wodurch die Grundrechte gefährdet sind.

5 RECHTE NICHT GARANTIERT

In Ländern mit dem Rating 5 lässt es sich am schlechtesten arbeiten. Die Gesetze mögen zwar bestimmte Rechte vorsehen, aber in der Praxis haben die Beschäftigten keine Möglichkeit, sie wahrzunehmen und sind daher autokratischen Regimen und unlauteren Arbeitspraktiken ausgesetzt.

5+ RECHTE NICHT GARANTIERT WEGEN DES ZUSAMMENBRUCHS DER RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Beschäftigten in Ländern mit dem Rating 5+ verfügen über gleichermaßen begrenzte Rechte wie diejenigen in Ländern mit dem Rating 5. In Ländern mit dem Rating 5+ hängt dies jedoch mit zerrütteten Institutionen infolge interner Konflikte und/oder einer militärischen Besatzung zusammen. In diesen Fällen erhalten die Länder automatisch das Rating 5+.

LISTE DER INDIKATOREN

Der Globale Rechtsindex des IGB Liste der zusammengesetzten Indikatoren

Die Methodik bezieht sich auf grundlegende Rechtsnormen bei der Arbeit, gestützt auf internationale Menschenrechtsnormen, vor allem die ILO-Übereinkommen 87 und 98 sowie die Rechtsprechung der ILO-Überwachungsmechanismen¹.

I. Bürgerliche Freiheiten

A. Rechtsverletzungen in der Gesetzgebung

1. Verhaftung, Inhaftierung, Anklageerhebung und Verhängung einer Haft- oder Geldstrafe gegen Gewerkschafter*innen

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 119-159

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 31-32

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

2. Verletzung der Grundfreiheiten von Gewerkschafter*innen (Freizügigkeit, Versammlungs- und Demonstrationsrecht, Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung)

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 190-201, 202-232, 233-268

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 35-39

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

3. Verletzung des Rechtes von Gewerkschaften und Gewerkschafter*innen auf den Schutz ihrer Räumlichkeiten und ihres Eigentums

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 275-292

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 40

Allgemeine Erhebung 2012 Abs. 59-62

4. Keine Garantie für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren und/oder Gerechtigkeit in Bezug auf Rechtsverletzungen 1-3

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 160-189

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 29-32

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 60-62

B. Rechtsverletzungen in der Praxis

5. Tötung oder Zwangsverschleppung von Gewerkschafter*innen

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 81-118

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 28-30

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

6. Gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen gerichtet

Rechtsverletzung unter (5) richtet sich gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen

7. Andere Arten tätlicher Gewalt

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 67-118, 275-298

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 28-30, 33, 35-39

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

¹ Sachverständigenausschuss für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen (CEACR), Ausschuss für die Durchführung der Normen (CAS) und Ausschuss für Vereinigungsfreiheit (CFA). S. insbesondere:

- Zusammenstellung der Beschlüsse des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit (Compilation of decisions of the Committee on Freedom of Association) (<https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:70001:0::NO>),
- ILO Allgemeine Erhebung 1994 zur Vereinigungsfreiheit ([https://www.ilo.org/public/libdoc/ilo/P/09661/09661\(1994-81-4B\).pdf](https://www.ilo.org/public/libdoc/ilo/P/09661/09661(1994-81-4B).pdf)); und
- ILO Allgemeine Erhebung 2012 zu Grundrechtsübereinkommen (https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_174832.pdf).

8. Gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen gerichtet
Rechtsverletzung unter (7) richtet sich gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen

9. Drohungen, Einschüchterung und Belästigung
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 67-118
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 28-30, 33
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

10. Gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen gerichtet
Rechtsverletzung unter (9) richtet sich gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen

11. Verhaftung, Inhaftierung, Anklageerhebung und Verhängung einer Haft- oder Geldstrafe gegen Gewerkschafter*innen
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 119-159
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 31-32
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

12. Gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen gerichtet
Rechtsverletzung unter (11) richtet sich gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen

13. Verstoß gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 233-268
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 35-39
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

14. Verstoß gegen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 202-232
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 34-39
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

15. Einschränkung des Rechtes auf Freizügigkeit
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 190-201
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 34
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

16. Gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen gerichtet
Rechtsverletzungen unter (13)-(15) richten sich gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen

17. Angriffe auf die Räumlichkeiten und das Eigentum von Gewerkschaften und Gewerkschafter*innen
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 275-292
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 40
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

18. Schweregrad
Weitverbreitete und/oder systematische Rechtsverletzungen unter (5)-(17)

19. Keine Garantie für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren und/oder Gerechtigkeit
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 160-189
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 29, 31-32
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 59-62

II. Recht auf die Gründung von und den Beitritt zu Gewerkschaften

A. Rechtsverletzungen in der Gesetzgebung

20. Generelles Verbot der Gründung von und/oder des Beitritts zu Gewerkschaften

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 12, 93

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 51

21. Ausnahme bestimmter Gruppen von Beschäftigten vom Recht auf die Gründung von und/oder den Beitritt zu Gewerkschaften

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 315-418

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 45-67

22. Einschränkung der Entscheidungsfreiheit bez. der Struktur und Zusammensetzung von Gewerkschaften

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 472-513; 546-560

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 79-90

23. Vorherige Genehmigung für die Zulassung von Gewerkschaften erforderlich

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 419-444, 448-471

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 68-70

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 82-87, 89-90

24. Gewerkschaftsmonopol

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 475-501

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 91

25. Auflösung/Aussetzung der Zulassung gesetzmäßig arbeitender Gewerkschaften

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 979-1013

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 180-188

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 162

26. Gesetzliche Bestimmungen ermöglichen gewerkschaftsfeindliche Diskriminierung (Entlassung, Suspendierung, Versetzung, Degradierung)

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1072-1185

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 199-210, 213

27. Keine wirksamen gesetzlichen Garantien zum Schutz vor gewerkschaftsfeindlicher Diskriminierung

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1134-1162

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 214-224

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 166-167, 173-193

28. Gesetzliche Bestimmungen ermöglichen Eingriffe von Arbeitgebern und/oder Behörden

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1215-1219

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 225-234

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 194-196

29. Keine wirksamen gesetzlichen Garantien zum Schutz vor Eingriffen von Arbeitgebern und/oder Behörden

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1187-1230

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 189-198

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 163

30. Verletzung des Rechtes auf die Gründung von und den Beitritt zu Verbänden und Dachverbänden sowie auf den Beitritt zu internationalen Arbeitnehmerorganisationen

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1014-1071

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 189-198

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 163

31. Keine Garantie für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren

Kein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren im Falle von Rechtsverletzungen unter (20)-(30)

B. Rechtsverletzungen in der Praxis

32. Ernsthafte Behinderung der Wahrnehmung des Rechtes auf die Gründung von und/oder den Beitritt zu Gewerkschaften

Der Großteil der Bevölkerung kann dieses Recht in der Praxis nicht wahrnehmen.

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 12, 93

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 51

33. Ausnahme bestimmter Gruppen von Beschäftigten vom Recht auf die Gründung von und/oder den Beitritt zu Gewerkschaften

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 315-418

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 45-67

34. Einschränkung der Entscheidungsfreiheit bez. der Struktur und Zusammensetzung von Gewerkschaften

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 472-513, 546-560

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 79-90

35. Vorherige Genehmigung für die Zulassung von Gewerkschaften erforderlich

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 427-444

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 68-70

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 82-87, 89-90

36. Gewerkschaftsmonopol

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 475-501

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 91

37. Auflösung/Aussetzung der Zulassung gesetzmäßig arbeitender Gewerkschaften

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 979-1013

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 180-188

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 162

38. Gewerkschaftsfeindliche Diskriminierung (u.a. Entlassung, Suspendierung, Versetzung, Degradierung)

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1072-1185

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 199-210, 213

39. Gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen gerichtet

Rechtsverletzung unter (38) richtet sich gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen

40. Keine wirksamen gesetzlichen Garantien zum Schutz vor gewerkschaftsfeindlicher Diskriminierung

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1134-1162

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 214-224

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 166-167, 173-193

41. Eingriffe von Arbeitgebern und/oder Behörden

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1215-1219

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 225-234

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 194-196

42. Keine wirksamen gesetzlichen Garantien zum Schutz vor Eingriffen von Arbeitgebern und/oder Behörden

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1187-1230

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 189-198

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 163

43. Verletzung des Rechtes auf die Gründung von und den Beitritt zu Verbänden und Dachverbänden sowie auf den Beitritt zu internationalen Arbeitnehmerorganisationen

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1014-1071

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 189-198

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 163

44. Keine Garantie für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren und/oder Gerechtigkeit

Kein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren im Falle von Rechtsverletzungen unter (32)-(43)

III. Gewerkschaftsaktivitäten

A. Rechtsverletzungen in der Gesetzgebung

45. Verletzung des Rechtes auf die ungehinderte Wahl von Gewerkschaftsvertreter*innen
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 585-665
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 112-121
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 101-107

46. Verletzung des Rechtes auf die ungehinderte Ausarbeitung von Satzungen und internen Regeln sowie auf eigene Verwaltung
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 561-584, 666-679
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 108-111
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 100,112-114

47. Verletzung des Rechtes auf die ungehinderte Organisation und Kontrolle der Finanzverwaltung
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 680-715
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 108, 124-127
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 108-111

48. Verletzung des Rechtes auf die ungehinderte Organisation von Aktivitäten und Programmen
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 716-750
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 108-112, 124-127
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 100,112-114

49. Keine Garantie für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren
Kein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren im Falle von Rechtsverletzungen unter (45)-(48)

B. Rechtsverletzungen in der Praxis

50. Verletzung des Rechtes auf die ungehinderte Wahl von Gewerkschaftsvertreter*innen
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 585-665
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 112-121
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 101-107

51. Verletzung des Rechtes auf die ungehinderte Ausarbeitung von Satzungen und internen Regeln sowie auf eigene Verwaltung
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 561-584, 666-679
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 108-111
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 100,112-114

52. Verletzung des Rechtes auf die ungehinderte Organisation und Kontrolle der Finanzverwaltung
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 680-715
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 108, 124-127
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 108-111

53. Verletzung des Rechtes auf die ungehinderte Organisation von Aktivitäten und Programmen
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 716-750
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 108-112, 124-127
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 100,112-114

54. Keine Garantie für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren
Kein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren im Falle von Rechtsverletzungen unter (50)-(53)

IV. Tarifverhandlungsrecht

A. Rechtsverletzungen in der Gesetzgebung

55. Generelles Verbot von Tarifverhandlungen

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 12, 93

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 51

56. Unzureichende Förderung von Tarifverhandlungen

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1318, 1322-1326, 1517-1567, 1569-1578

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 235-236, 244-247

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 166-167, 198-199

57. Ausnahme bestimmter Gruppen von Beschäftigten vom Tarifverhandlungsrecht

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1239-1288

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 261-264

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 168, 209

58. Ausschluss von Verhandlungsthemen/Einschränkungen

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1289-1312

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 250

59. Obligatorisches Schiedsverfahren

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1415-1419

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 254-259

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 246-250

60. Übermäßige Anforderungen und/oder keine objektiven, vorher festgelegten und präzisen Kriterien mit Blick auf die Feststellung und/oder die Anerkennung von Gewerkschaften als Tarifpartei (einschließlich Verstößen gegen die Rechte von Minderheitsgewerkschaften)

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1342-1403

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 238-243

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 224-240

61. Eingriffe in Tarifverhandlungen (u.a. Festlegung der Verhandlungsebene, Verhinderung zeitlicher Beschränkungen, Angebot besserer Arbeitsbedingungen durch individuelle Vereinbarungen)

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1420-1470

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 244-249

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 198, 200, 208, 214, 222-223

62. Verstoß gegen laufende Tarifverträge

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1313-1321, 1327-1341

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 251-253

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 201-207

63. Eingriffe in Konsultationen mit Arbeitnehmerorganisationen

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1318, 1322-1326, 1517-1567, 1569-1578

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 235-236, 244-247

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 166-167, 198-199

64. Keine Garantie für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren

Kein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren im Falle von Rechtsverletzungen unter (55)-(63)

B. Rechtsverletzungen in der Praxis

65. Ernsthafte Behinderung der Wahrnehmung des Rechtes auf Tarifverhandlungen

Der Großteil der Bevölkerung kann dieses Recht in der Praxis nicht wahrnehmen.

66. Unzureichende Förderung von Tarifverhandlungen
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1318, 1322-1326, 1517-1567, 1569-1578

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 235-236, 244-247

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 166-167, 198-199

67. Ausnahme bestimmter Gruppen von Beschäftigten vom Tarifverhandlungsrecht

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1239-1288

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 261-264

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 168, 209

68. Ausschluss von Verhandlungsthemen/
Einschränkungen

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1289-1312

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 250

69. Obligatorisches Schiedsverfahren

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1415-1419

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 254-259

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 246-250/1419

Estudio General 1994 párrafos 254-259

Estudio General 2012 párrafos 246-250

70. Übermäßige Anforderungen und/oder keine objektiven, vorher festgelegten und präzisen Kriterien mit Blick auf die Feststellung und/oder die Anerkennung von Gewerkschaften als Tarifpartei (einschließlich Verstößen gegen die Rechte von Minderheitsgewerkschaften)

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1342-1403

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 238-243

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 224-240

71. Eingriffe in Tarifverhandlungen (u.a. Festlegung der Verhandlungsebene, Verhinderung zeitlicher Beschränkungen, Angebot besserer Arbeitsbedingungen durch individuelle Vereinbarungen)

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1420-1470

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 244-249

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 198, 200, 208, 214, 222-223

72. Verstoß gegen laufende Tarifverträge

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1313-1321, 1327-1341

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 251-253

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 201-207

73. Keine Konsultationen mit Arbeitnehmerorganisationen

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 1318, 1322-1326, 1517-1567, 1569-1578

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 235-236, 244-247

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 166-167, 198-199

74. Keine Garantie für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren und/oder Gerechtigkeit

Kein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren im Falle von Rechtsverletzungen unter (65)-(73)

V. Streikrecht

A. Rechtsverletzungen in der Gesetzgebung

75. Generelles Streikverbot

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 152-153, 170-171

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 122, 140, 144, 159

76. Ausnahme bestimmter Gruppen von Beschäftigten vom Streikrecht (einschließlich einer übermäßig weit gefassten Definition wesentlicher Dienste)

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 154-160

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 127

77. Ausnahmen/Einschränkungen hinsichtlich des Ziels und/oder der Art des Streiks

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 758-786

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 165-168, 173

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 124-126, 142

78. Übertriebene Voraussetzungen für die Wahrnehmung des Streikrechts

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 789-814

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 170-172

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 144-148

79. Obligatorisches Schiedsverfahren im Falle von Streiks

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 816-823

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 153

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 153-156

80. Gesetzliche Bestimmungen ermöglichen die Aussetzung und/oder die Feststellung der Rechtswidrigkeit von Streiks seitens der Verwaltungsbehörden

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 907-913

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 157

81. Eingriffe in die Festlegung von Mindestdienstleistungen

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 864-906

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 161-162

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 136-139

82. Keine oder unzureichende ausgleichende Garantien für gesetzliche Einschränkungen des Streikrechts

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 824-852

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 164

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 141

83. Eingriffe der Arbeitgeber und/oder der Behörden während eines Streiks gesetzlich zulässig (u.a.

Rückbeordnung an den Arbeitsplatz, Einstellung von Beschäftigten während eines Streiks,

Arbeitsverpflichtung)

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 917-929

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 163, 174-175

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 149-152

84. Übermäßige Sanktionen im Falle der gesetzmäßigen Wahrnehmung des Streikrechts

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 951-976

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 176-178

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 157-160

85. Keine Garantie für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren

Kein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren im Falle von Rechtsverletzungen unter (75)-(84)

B. Rechtsverletzungen in der Praxis

86. Ernsthafte Behinderung der Wahrnehmung des Rechtes in der Praxis

Der Großteil der Bevölkerung kann dieses Recht in der Praxis nicht wahrnehmen.

87. Ausnahme bestimmter Gruppen von Beschäftigten vom Streikrecht (einschließlich einer übermäßig weit gefassten Definition wesentlicher Dienste)

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 154-160

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 127, 129-135

88. Ausnahmen/Einschränkungen hinsichtlich des Ziels und/oder der Art des Streiks

ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 758-786

Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 165-168, 173

Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 124-126, 142

89. Übertriebene Voraussetzungen für die Wahrnehmung des Streikrechts
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 789-814
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 170-172
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 144-148

90. Obligatorisches Schiedsverfahren im Falle von Streiks
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 816-823
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 153
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 153-156

91. Aussetzung und/oder Feststellung der Rechtswidrigkeit von Streiks seitens der Verwaltungsbehörden
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 907-913
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 157

92. Eingriffe in die Festlegung von Mindestdienstleistungen
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 864-906
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 161-162
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 136-139

93. Keine oder unzureichende ausgleichende Garantien für gesetzliche Einschränkungen des Streikrechts
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 824-852
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 164
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 141

94. Eingriffe der Arbeitgeber und/oder der Behörden während eines Streiks (u.a. Rückbeordnung an den Arbeitsplatz, Einstellung von Beschäftigten während eines Streiks, Arbeitsverpflichtung)
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 917-929
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 163, 174-175
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 149-152

95. Übermäßige Sanktionen im Falle der gesetzmäßigen Wahrnehmung des Streikrechts
ILO Compilation of CFA decisions, Abs. 951-976
Allgemeine Erhebung 1994, Abs. 176-178
Allgemeine Erhebung 2012, Abs. 157-160

96. Gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen gerichtet
Rechtsverletzung unter (95) richtet sich gegen führende Gewerkschaftsvertreter*innen

97. Keine Garantie für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren und/oder Gerechtigkeit
Kein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren im Falle von Rechtsverletzungen unter (86)-(96)

Über den IGB

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) ist ein Dachverband nationaler Gewerkschaftsbünde, die ihrerseits ein Zusammenschluss der Gewerkschaften ihrer jeweiligen Länder sind. Er ist die globale Stimme erwerbstätiger Menschen in aller Welt. Der IGB vertritt 200 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 341 Mitgliedsorganisationen und 170 Ländern.

IGB

Internationaler Gewerkschaftsbund

info@ituc-csi.org

www.ituc-csi.org

Tel.: +32 (0)2 224 0211

Boulevard du Jardin Botanique 20
B-1000 Brüssel, Belgien

Verantwortlicher Herausgeber:
Luc Triangle, Generalsekretär

